NZZ
Nr. 50
FEBRUAR 2024

GESCHICHTE

Wer kommt?

Die Geschichte der Einwanderung



Gegen das Chaos
Keine Kultur ohne Regeln: Die Historikerin Lorraine Daston im Gespräch
10

Radiopiraten
Bis 1983 hatte die SRG das Rundfunkmonopol. Illegale Sender hielten dagegen
62

Zurück zur Natur
Wie eine radikale Idee von Jean-Jacques Rousseau Karriere machte
90



Master of Advanced Studies in Applied History

Weiterbildungsprogramm in Applied History 2024–2026

Der MAS Applied History bietet eine praxisorientierte Ausbildung auf hohem Niveau, die Ihre berufliche Qualifikation auf einzigartige Weise ergänzt. Sie eignen sich analytische Fähigkeiten an, schulen Ihre Kommunikationskompetenz, erweitern Ihren Bildungshorizont und erwerben in konzentrierter Form historisches Wissen. Gut 100 Dozierende unterrichten Sie in Zürich und im Rahmen mehrtägiger Schools, die in Rom, Kopenhagen oder in den USA entlang des Mississippis und in Afrika stattfinden.

Anmeldung und Auskünfte

MAS Applied History
Universität Zürich
Historisches Seminar
Culmannstrasse 1
8006 Zürich

applied-history@hist.uzh.ch
mas-applied-history.ch
044 634 47 97



Ihr Profil: Sie sind vielseitig interessiert, verfügen über ein abgeschlossenes Hochschulstudium in einer beliebigen Fachrichtung oder über eine vergleichbare Qualifikation (Entscheidung über die Aufnahme sur dossier). Das zweijährige, berufsbegleitend angelegte Studium behandelt in 29 Modulen u.a. folgende Themen:

- Geschichte und Zukunft der Demokratie
- Die Sprache der Kunst im Epochenwandel
- Zyklen der Finanz- und Wirtschaftskrisen
- Urbanisierung von der antiken Polis zur Megacity
- Aufstieg und Fall von Imperien
- Weltperspektiven: Japan, China und Indien

Vier verschiedene Studiengänge stehen Ihnen offen:

- MAS Applied History (CHF 24 900)
- DAS Applied History (CHF 17 900)
- CAS Applied History (CHF 9960)
- CAS Applied Economic History (CHF 9960)

Das 19. Curriculum 2024–2026 beginnt am 7. Juni 2024.
Anmeldefrist: 15. April 2024.

Informationsveranstaltungen mit Prof. Dr. Tobias Straumann

jeweils um 18.30 Uhr, Universität Zürich, Rämistrasse 71, 8006 Zürich

Mittwoch, 7. Februar 2024, KOL-F-103

Mittwoch, 6. März 2024, KOL-F-103

Montag, 8. April 2024, KOL-F-103



Liebe Leserin, lieber Leser

Sie halten die 50. Ausgabe von *NZZ Geschichte* in der Hand. Wir feiern das Jubiläum mit einem Schwerpunkt zur Einwanderung, einem Thema, das die Schweiz immer wieder umtrieb und das wohl auch künftig aktuell bleiben wird.

Rund acht Prozent des Landes sind Siedlungsfläche – knapp 3300 Quadratkilometer. Pro Person stehen damit 380 Quadratmeter zum Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Herumreisen, Sportmachen, Erholen, Kaffeetrinken und Kulturkonsumieren zur Verfügung – der Rest ist Landwirtschaftsfläche, Wald, Gewässer, Fels und Geröll.

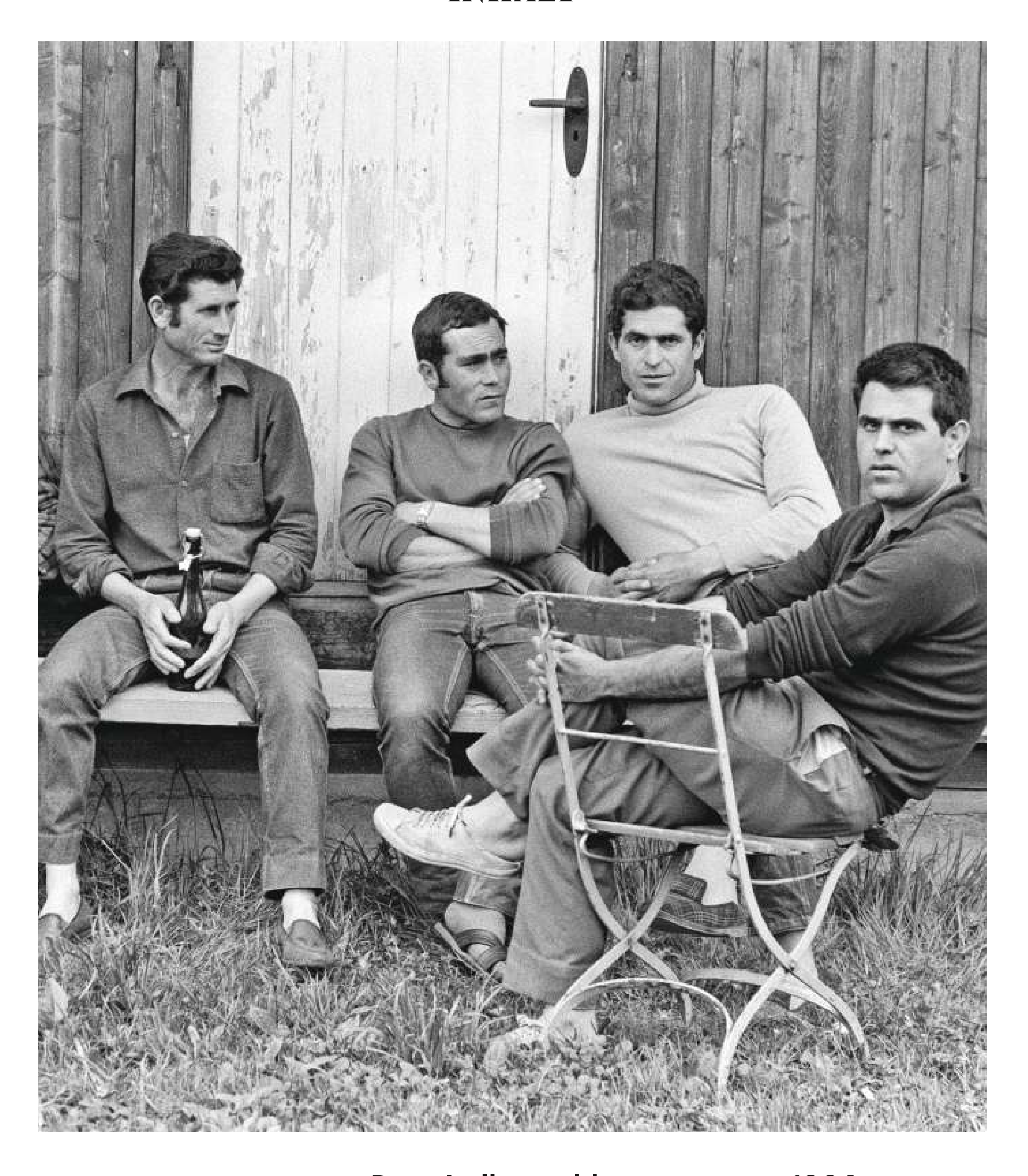
Für wie viele Menschen reicht dieses Siedlungsgebiet? Und wer soll hier leben und arbeiten dürfen? Darüber entstanden im 20. Jahrhundert hitzige Debatten, wie der Autor unserer Titelgeschichte zeigt. Von «Überfremdung» war die Rede, von einem «Rettungsboot», das nicht alle aufnehmen könne. Ab 1962 machte die Nationale Aktion mit dem Slogan «Schweizer erwache» gegen Saisonniers mobil, und heute kursiert die Zehn-Millionen-Schweiz als magische Grenze für das helvetische Wohlgefühl. Dabei war die Verfassung von 1848 einst von einem liberalen Geist geprägt: Im jungen Bundesstaat galt – wenn auch explizit nur für Christen – die Niederlassungsfreiheit.

Mit dieser Ausgabe verabschiede ich mich von Ihnen. Ich durfte in den vergangenen Jahren mit zahlreichen engagierten Autorinnen und Autoren zusammenarbeiten und das Magazin mit einem grossartigen Team planen, gestalten und produzieren: Daniel Di Falco (mein Redaktionskollege), Barbara Stauss (Bildredaktion) und Claudio Gmür (Art Direction). Am 1. Februar übernimmt Claudia Mäder meine Nachfolge.

Lea Haller, Redaktionsleiterin

Cover-Illustration: Jörn Kaspuhl, nach einem Bild von Walter Studer / Photopress-Archiv / Keystone

INHALT



Das «Italienerabkommen» von 1964 erleichterte die Einwanderung billiger Arbeitskräfte. Saisonniers aus Italien vor ihrer Wohnbaracke in Adliswil, 1972.

→ Seite 42

Bild: Ruedi Rohr / Keystone

INHALT

Das Ding

6 **Zahnbürste**

Erst Schweineborsten, dann Nylon: Diese Bürste war ein Triumph der Volksgesundheit.
Von Christoph Ribbat

Interview

10 **Regeln ohne Ausnahme**

«Ohne Regeln gibt es keine Kultur», sagt die Historikerin Lorraine Daston. Zugleich würden die Spielräume des Ermessens immer kleiner.
Von Daniel Di Falco

Einwanderung

20 **Ankommen, um zu bleiben**

Seit 1888 ist die Schweiz ein Einwanderungsland: Damals wanderten erstmals mehr Menschen ein als aus. Was trieb die Menschen in die Schweiz? Wer war hier willkommen und wer nicht? Rückblick auf hitzige Debatten.
Von Guido Koller

42 **Ein halber Schritt in Richtung Europa**

Das «Italienerabkommen» von 1964 markiert den Einstieg in die Personenfreizügigkeit.
Von Thomas Gees

50 **Ich war Jugoslawin**

Mai 1992: Zwei Frauen und fünf Kinder machen sich mit einem Škoda aus Bosnien auf den Weg in die Schweiz. Es war eine Flucht.
Von Tanja Miljanović

Schlüsselmomente

58 **Kanonade von Valmy**

Als preussische Truppen 1792 in Frankreich die Revolution beenden wollten, trafen sie auf Unerwartetes: Soldaten, die für Ideale kämpfen.
Von Ute Frevert

62 **Aufruhr im Äther**

Bis in die 1980er Jahre hatte die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) das Rundfunkmonopol. Dagegen protestierten mehrere Gruppen: mit illegalen Sendern.
Von Anne-Christine Schindler

72 **Im Bauch der Stadt**

1977 kam ein junger Zürcher Fotograf nach New York. Was Willy Spiller auf seinen Fahrten mit der maroden U-Bahn sah, betörte ihn.
Von Daniel Di Falco

80 **Flucht aus der Schweiz**

Zahlreiche amerikanische Piloten überlebten im Zweiten Weltkrieg die Notlandung in der Schweiz. Sie wurden interniert und wollten bald nur noch eines: weg von hier.
Von Jürg Flückiger

90 **Zurück zur Natur**

Eine naturnahe Form des Zusammenlebens sei möglich, fand Jean-Jacques Rousseau im 18. Jahrhundert. Er prägt die Debatten bis heute.
Von Volker Reinhardt

Das Tier

100 **Die Ameise**

Sie sind gut organisiert: Seit je sehen die Menschen in Ameisenhaufen ein Vorbild für ihre eigenen Staaten.
Von Claudia Mäder

Zugaben

106 **Werkstatt**
Zu Besuch bei Günther Giovannoni, der das Tonarchiv der Schweiz leitet.
Von Lea Haller

110 **Empfehlungen**

114 **Das Buch meines Lebens**
Von André Holenstein

Zahnbürste

Moderne Gesellschaften erziehen ihre Mitglieder zu Gesundheit und Reinlichkeit. Aber die Zähne hat man sich schon früher geputzt. Wie der Zahnbürstenbaum zu seinem Namen kam. Und was der Prophet Mohammed mit Dentalhygiene zu tun hat.

Text Christoph Ribbat **Bild** Andrea Ventura

Er war fünfzig Jahre alt und hatte noch nie eine Zahnbürste gesehen. In einem Bergdorf in Montenegro lebte er. Sein Name: Wunanovczek. Er sah zwei Touristen beim Zähneputzen zu. Die Touristen weckten seine Neugier. Als sie abreisten, schenkten sie Wunanovczek eine ihrer Bürsten. Für ihn hatte das fürchterliche Folgen.

Vom Prozess im Mordfall Wunanovczek berichtete im Oktober 1933 ein Korrespondent der *New York Times*. In der Reportage zeigte sich eine leichte Arroganz gegenüber dentalhygienisch zurückgebliebenen Europäern. Ungerechtfertigterweise, denn die Zahnbürste wurde auch in den USA erst in den 1930er Jahren zu einem Alltagsgegenstand. Noch 1927 besass nur jeder siebte Amerikaner eine. Und von diesen, wusste ein Experte, ahnte auch nur jeder Fünfte, wie man sie richtig verwendete. Es gab Zahnputzwettbewerbe in New York. Schulkinder traten gegeneinander an. Es ging um die beste Putztechnik. Dentalpflege war also noch lange keine Selbstverständlichkeit. In der amerikanischen Presse las man zudem immer wieder von Menschen, die ihre Zahnbürsten beim Zähneputzen aus Versehen verschluckt hatten und operativ von ihnen befreit werden mussten.

So ungeschickt wie diese Amerikaner war Wunanovczek nicht. Täglich benutzte er das geschenkte Gerät, stets an der Wasserpumpe in seinem Garten. Sicher rechnete er mit positiven Ergebnissen für seine dentale Gesundheit. Und lag damit richtig. Aber er schätzte die Reaktion seiner Mitmenschen falsch ein. Angeblich passierten seltsame Dinge in der Gegend. Das musste, dachten die anderen Dörfler, mit dem Teufel zu tun haben. Und was könnte Satans Präsenz heraufbeschworen haben, wenn nicht dieses tägliche Ritual, sich einen Holzstab ins Maul zu stecken?

Dreizehn Männer suchten Wunanovczek nachts in seinem Haus auf und prügelten ihn zu Tode. Seit es die Welt und Montenegro gebe, hätten die Montenegriner gute Zähne und keinen Grund, sie zu reinigen. Dies zu ändern, sei Teu-



felswerk und habe beendet werden müssen. Das sagte der Bürgermeister der Gemeinde vor Gericht, auch er einer der Totschläger.

Seither ist, was für ein schlimmer Gemeinplatz, fanatische religiöse Gewalt nicht aus der Welt verschwunden. Und es scheint angesichts des von ihr verursachten Horrors ziemlich realitätsvergessen, beim Zähneputzen innezuhalten, den Mund voll Schaum, sich das Reinigungsutensil in der Hand anzusehen und über seine Geschichte zu sinnieren. Aber vielleicht bringt es einen ja auf andere Gedanken.

Vielleicht. Jedenfalls landet man, das Sinnieren hat gerade begonnen, bei einem Zahnpflegeexperten namens Mohammed, etwa im Jahr 600 unserer Zeit. Ja, bei dem Mohammed, den man nicht karikieren darf, wenn man auch morgen wieder lebendig oder zumindest gesund vor dem Badezimmerspiegel erscheinen will. Der Prophet empfahl die Mundreinigung mit einem Zweig,

> Bürsten gab es. Aber es dauerte erschreckend lange, bis man sich im Westen ans Putzen gewöhnte.

«Siwak» genannt. Die Technik hatte sich damals im arabischen Raum durchgesetzt, abgeleitet aus altindischen Bräuchen.

Ökologisch kann die Siwak-Nutzung voll überzeugen. Die Enden der Zweige wurden angekaut oder aufgeschlagen. Mit ihren dann auseinanderspleissenden Holzfasern reinigte man sich Zähne und Zahnzwischenräume. Besonders eignete sich das Holz der *Salvadora persica*, heute als Zahnbürstenbaum bekannt. Es hat tatsächlich einen gewissen Fluoridanteil. So sehr war Mohammed von den Vorzügen gepflegter Zähne überzeugt – dies schreibt ein Biograf –, dass er sich noch kurz vor seiner Todesstunde mit einem Siwak die Zähne reinigte. Zuvor hatte eine seiner Frauen das Stöckchen mit ihrem Speichel angefeuchtet.

Wer gerade nicht mehrere Lebensgefährten zur Verfügung hat oder vielleicht gar keinen oder vielleicht nur einen, der die Dentalhygiene weniger proaktiv unterstützt als jene Gattin, der bleibt wohl besser bei dem Gerätetypus, den Wunanovczek nutzte. Vorläufer kamen aus China. Im Jahr 1000 soll dort ein Modell mit Elfenbeingriff und Pferdehaar verwendet worden sein. Erfolgreicher war die rustikale Variante aus der Zeit um 1500: Rinderknochen mit Schweineborsten. Irgendwann, mit starker Verzögerung, setzte sie sich auch in Europa und in Nordamerika durch.

Es ist erschreckend, wie lange der vermeintlich so innovative Westen dafür brauchte, sich trotz durchaus bereitstehenden Bürsten an regelmässiges Zähneputzen zu gewöhnen. Meist illustrieren Gruselgeschichten aus dem faulzahnigen Mittelalter das Problem. Aber man muss gar nicht so weit zurückgehen.

Im Amerikanischen Bürgerkrieg, 1861–1865, plante man, Nordstaatensoldaten Schiesspulver und andere Munition in kleinen Papiertüten mitzugeben. Diese sollten sie an der Front mit den Zähnen aufreissen, weil sie schliesslich, die Waffe im Griff, nicht beide Hände frei haben würden. Theoretisch hätten ein halbes Dutzend Zähne in ungefähr passender Anordnung genügt, um die Beutelchen aufzubekommen; praktisch fehlten sie recht häufig. Noch 1916, im Ersten Weltkrieg, fiel ein Drittel der amerikanischen Freiwilligen durch den Sechs-Zähne-Test.

Mit solchen Befunden begann eine neue Ära. Moderne Gesellschaften legten es bald darauf an, ihre Mitglieder zu Sauberkeit und Gesundheit zu erziehen. Mediziner wussten stets, was zu tun war, Sozialreformer setzten die Konzepte um. Allerdings stand der hohe Preis von Schweineborsten einer allumfassenden Prophylaxe noch immer im Weg.

Die Begüterten immerhin konnten sich Zahnbürsten leisten und stippten sie im 19. Jahrhundert in Tiegel mit zunehmend raffiniertem Inhalt. Neu war damals eine Crème, die im Mund zu schäumen begann. Die Idee setzte sich durch. Ein wenig später reiste der Sohn eines amerikanischen Zahnpastaherstellers nach Paris und

trieb sich dort in Künstlerateliers herum. Ihm fielen die schlauchartigen Objekte auf, aus denen die Maler ihre Farben auf die Palette quetschten. Er gab den Fund seinem Vater weiter. Und seit 1892 sah sich der Endverbraucher mit der Zahnpastatube konfrontiert.

Dann, im Oktober 1938, es wurde auch wirklich Zeit, endete die Epoche der Schweinebehaarung in Menschenmündern. In New York verkündete in jenem Herbst der Vizepräsident des Chemiekonzerns Du Pont die Geburt einer besonders flexiblen Kunststofffaser. Den Namen des Materials hatte man sich in der Firma ausgedacht: Der Manager sah eine Welt voller Nylonstrümpfe, Nylonfrischhaltefolien und Nylonangelschnüre vor sich. Er verkündete zudem, welches radikal innovative Produkt als erstes auf den Markt kommen sollte: Zahnbürsten mit Nylonborsten. Die waren sehr viel weicher als die von Eber und Sau und die Bürsten für fast jedermann erschwinglich. Die Werbekampagne lief an, die Zukunft hatte begonnen.

Übersieht man die Plastikvermüllung unseres Planeten, ist die Geschichte der Zahnbürste seither in ihre beste Phase übergegangen. Seit Mitte der 1950er Jahre sind Karies effizient bekämpfende Fluoridzahnpasten auf dem Markt. Wir haben folglich alles, was wir brauchen.

Es gibt zwar noch ein paar offene Fragen. Aber die lassen sich nach solider Recherche recht klar beantworten. Vor dem Frühstück putzen oder danach? Expertenansicht: Gründlichbürster dürfen vor der Mahlzeit. (Weil sie morgendliche Bakterien vollständig aus dem Weg räumen, können Speisereste in ihren Mündern nichts Schlimmes mehr anrichten.) Nutzer mit eher schlampiger Natur? Bitte danach. (Sie hinterlassen Restbakterien, und die profitieren vom Frühstück.) Zusätzlich Zahnseide oder Interdentalbürste, täglich? Ja. Reicht es vielleicht auch, die Zahnärztin beim Kontrolltermin anzuschwindeln, dass man natürlich, ja selbstverständlich, täglich Zahnseide verwende? Möglicherweise.

Die komplizierteste dieser Fragen lautet: traditionell putzen oder elektrisch? Die Dentalmedizin scheint hier etwas unentschlossen. Klar für Strom aber positionierte sich schon um die Mitte des 20. Jahrhunderts der Genfer Mikrobiologe Philippe-Guy Woog, als junger Mensch am Zahnbett erkrankt. Er hatte gelitten, eine Lösung gesucht und die moderne elektrische Bürste entwickelt, erhältlich seit 1954. «You brush with an ordinary toothbrush», so die markante Männerstimme in einem frühen Werbespot, «you brrrrrush with a Brrrrroxodent.»

Nach Woogs Erinnerungen war der sowjetische Staatschef Nikita Chruschtschow Paradontitis-Patient, bestellte gleich zwölf Exemplare bei ihm in Genf, für sich und alle anderen Mitglieder des Politbüros, und riet dann noch dem indischen Ministerpräsidenten Jawaharlal Nehru, ebenfalls paradontitisch, sich wie er eine Broxodent zuzulegen. Und auch der heutige Historiker tendiert nach dem Quellenstudium dazu, seinen Mitmenschen eine elektrische Zahnbürste zu empfehlen. Man verschluckt sie nicht so leicht. |G|



Christoph Ribbat, Jahrgang 1968, ist Professor für Amerikanistik in Paderborn. 2011 erschien von ihm im Steiner-Verlag *Flackernde Moderne. Die Geschichte des Neonlichts.* Bei Suhrkamp folgten: *Im Restaurant* (2016), *Deutschland für eine Saison* (2017) und *Die Atemlehrerin* (2020). Zuletzt erschien *Wie die Queen,* eine Biografie der deutsch-jüdischen Emigrantin Ilse Gross, die in England unter dem Namen Kathrine Talbot zur Erfolgsautorin wurde (Insel-Verlag 2022).

Weiterführende Literatur

Stuart L. Fischman: The History of Oral Hygiene Products. How Far Have We Come In 6000 Years?, in: Periodontology 2000 15 (1997), S. 7–14.

Rudolf Hintze: Beiträge zur Geschichte der Zahnbürste und anderer Mittel zur Mund- und Zahnpflege. Berlin 1930.

John M. Hyson: History of the Toothbrush, in: Journal of the History of Dentistry 51 (2003), Nr. 2, S. 73–80.

Alyssa Picard: Making the American Mouth. Dentists and Public Health in the Twentieth Century. New Brunswick, New Jersey, 2009.

Illustration: Agata Marszalek

«Ohne Regeln gibt es keine Kultur»

Rechtschreibung, Kochrezepte, Rentenalter – wir folgen Regeln, von der Wiege bis zur Bahre. Im Lauf der Zeit hat sich nicht nur ihr Inhalt verändert: Es gebe immer mehr Regeln ohne Ausnahmen, sagt die Historikerin Lorraine Daston.

Interview Daniel Di Falco
Bild Maurice Weiss

Wer kann sich eine Welt vorstellen, in der zwei plus zwei nicht vier ergibt, sondern fünf? Oder eine, in der Einhörner kompatibel mit den Naturgesetzen sind? Lorraine Daston, vielfach ausgezeichnete amerikanisch-deutsche Historikerin, ist Expertin für die Geschichte des Wissens und der Wissenschaft, und sie tut, was Historiker im gewinnbringendsten aller Fälle tun: Sie zeigt, dass die Welt nicht zwangsläufig werden musste, was sie heute ist. «Ein Nutzen der Geschichte liegt in der Erschütterung heutiger Gewissheiten», denn damit weite sich «unser Sinn für das Denkbare», schreibt Daston in ihrem neuen Buch. Es handelt von den Regeln, an die wir glauben – im Alltag und in der Politik, aber auch in der Natur.

NZZ Geschichte: **Wer Regeln hört, denkt an Schiedsrichter. Oder an Hausmeister. Was brachte Sie als Historikerin aufs Thema?**
Lorraine Daston: Vor etwa zehn Jahren habe ich zusammen mit Kolleginnen und Kollegen ein Buch über die «Rationalität des Kalten Kriegs» geschrieben. Das klingt vielleicht wie ein Widerspruch in sich, man denkt beim Kalten Krieg eher an Irrationalität. Aber uns ist aufgefallen, wie unheimlich wichtig Regeln in jener Ära waren. In einer Situation, in der eine Interkontinentalrakete Washington oder Moskau innert dreissig Minuten erreichen konnte, gab es überhaupt keine Zeit für Diskussionen oder Verhandlungen. Die üblichen politischen Prozesse zwischen Staaten waren ausser Kraft, denn wenn eine solche Rakete einmal unterwegs war, konnte weder der Präsident der Vereinigten Staaten noch der sowjetische Premierminister etwas daran ändern. Umso entscheidender war es, dass beide Seiten die Spielregeln kannten und dass diese Regeln strikt und glasklar waren.

Das Schicksal der Welt hing davon ab.
Die Tatsache, dass es die Welt immer noch gibt, ist vielleicht ein Beweis dafür, dass diese Regeln funktionierten. Wer daran dachte, die Sowjetunion anzugreifen, der wusste, dass die sofortige automatische Antwort die Vernichtung der USA sein würde – und umgekehrt. Das war fast wie ein Naturgesetz, man konnte daran so wenig ändern wie an der Schwerkraft, jedenfalls im Prinzip. Man sprach vom Gleichgewicht des Schreckens,

Bild: Maurice Weiss / Agentur Ostkreuz



«Ich frage mich, warum das Ermessen, wenn es um Regeln geht, heute derart in Verruf geraten ist.» Lorraine Daston vor dem Wissenschaftskolleg zu Berlin, Dezember 2023.

von der Mutually Assured Destruction, der gegenseitig zugesicherten Zerstörung. Die Abkürzung dafür war MAD, und nicht von ungefähr wurde diese Doktrin in Filmen wie Stanley Kubricks *Dr. Strangelove* persifliert. Aber in der Extremsituation eines drohenden atomaren Weltkriegs hat sich die Strategie maximaler Rigidität bewährt. Diese Regel war ein Programm, ein Algorithmus, der keinen Spielraum und keine Ausnahme zuliess.

Müsste jede Regel so beschaffen sein, damit sie funktioniert?
Vielleicht meinen wir das heute. Und auch in der Zeit des Kalten Kriegs dachte man sich, dass Regeln wie Automaten funktionieren müssten, nicht nur im militärisch-strategischen Bereich, sondern überall, wo es um Entscheidungen und Steuerung ging, in der Wirtschaftstheorie, in der Psychologie oder in den Sozialwissenschaften. Sieht man sich aber an, was man vor dem 20. Jahrhundert unter einer Regel verstand, dann war das etwas ganz anderes. Das brachte mich dazu, ein Buch über die Geschichte der Regeln zu schreiben.

In Ihrem Buch geht es um Kochrezepte und mathematische Verfahren, um Anleitungen für den Festungsbau und die Zehn Gebote, um Rechtschreibung und Modelle politischer Herrschaft. Für alles im Leben scheint es Regeln zu geben.
Ich würde sogar sagen: Kulturen bestehen aus Regeln. Manchmal wünschen wir uns eine Welt ohne Regeln, aber das ist nur eine Phantasie: Ohne Regeln gibt es keine Kultur. Ich wäre sehr überrascht, wenn man irgendwo in der Vergangenheit oder in irgendeiner Ecke der Welt eine Kultur entdecken würde, in der es keine Regeln gab oder gibt.

Und was ist mit Robinson Crusoe, dem schiffbrüchigen Einsiedler auf seiner Insel?
Das Erste, was Robinson Crusoe macht: Er gibt sich Regeln, um seine Tage zu strukturieren, denn er weiss, dass ihn ein Alltag ohne geregelten Ablauf zerstören würde. Das war auch die Erfahrung, die viele Leute während der Covid-Pandemie gemacht haben: Sie mussten neue Strukturen für ihren Alltag finden. Das war nicht einfach.

Ist das die Funktion von Regeln: Sie schaffen Strukturen?
Ich würde sagen: Sie schaffen Vorhersehbarkeit. Stellen Sie sich vor, wir könnten uns nicht darauf verlassen, dass die Sonne jeden Morgen wieder aufgeht – in einer solchen Welt wäre kein menschliches Leben möglich. Die Regeln, die wir uns geben, sind gewissermassen die Fortsetzung dieser natürlichen Regelmässigkeiten. Wir können nicht im Chaos existieren. Wir sind soziale Wesen, und Regeln ermöglichen soziale Interaktion, indem sie das Verhalten der anderen in einem bestimmten Mass vorhersehbar machen.

Der Fall der atomaren Abschreckung zeigt das drastisch. Doch wie wichtig ist die Vorhersehbarkeit, die Regeln schaffen, im normalen Alltag?
Sie ist auch hier entscheidend. Man kann das gut beobachten, wenn Kinder in die Gesellschaft hineinwachsen. Wann gibt es Essen? Wer ist wofür verantwortlich? Was ist verboten, was ist erlaubt? Familien regeln zahllose Dinge, implizit oder explizit. Und jeder, der jemals mit kleinen Kindern zu tun gehabt hat, weiss, wie schnell sie darin sind, aus allem eine Regel zu machen. Versuchen Sie einmal, ein zweijähriges Kind davon zu überzeugen, dass bei einer Regel eine Ausnahme gelten soll – das ist eine ziemlich strapaziöse Angelegenheit. Kinder achten penibel darauf, dass man sich an die Regeln hält.

Wieso tun sie das?
Für sie ist das Leben denkbar unsicher. Erwachsene haben die Regeln verinnerlicht, Kinder müssen diese Orientierungspunkte erst noch finden. Zugleich lernen sie schon mit zwei, spätestens drei Jahren, dass für unterschiedliche Bereiche unterschiedliche Regeln gelten können. Womöglich sind die Regeln der Mutter nicht genau die gleichen wie die des Vaters, und die Kinder wissen, dass man solche Lücken im System für die eigenen Zwecke nutzen kann. Die Spielräume, die die Regeln offen lassen, sind so wichtig wie die Regeln selber.

«Vorbilder werden nicht mehr zu den Regeln gezählt. Natürlich gibt es noch Vorbilder, aber sie sind das Gegenteil dessen geworden, was als Regel gilt.»

Sie unterscheiden in der Geschichte drei Gattungen von Regeln: Algorithmen, Gesetze und Vorbilder. Warum zählen Sie Vorbilder zu den Regeln?
Ich bin Spezialistin für die Frühe Neuzeit, ich habe hauptsächlich mit dem 16., dem 17. und dem 18. Jahrhundert zu tun, und ich habe mir die Frage genau umgekehrt gestellt: Warum werden Vorbilder heute nicht mehr zu den Regeln gezählt? Natürlich gibt es noch immer Vorbilder, aber ein Vorbild ist das Gegenteil dessen geworden, was als Regel gilt. Dabei verstand man in der westlichen Kultur bis um etwa 1800 unter einer Regel hauptsächlich dies: ein Vorbild, ein Modell, ein Paradigma. Diese Bedeutung von Regel ist aus unserem Bewusstsein und aus unseren Wörterbüchern fast völlig verschwunden. Das hat mich in meiner ganzen Arbeit am Thema am meisten überrascht.

Vorbilder als Regeln – was muss man sich darunter vorstellen?
Eines meiner Lieblingsbeispiele ist die Benediktinerregel. Das sind die Vorschriften, die Benedikt von Nursia im sechsten Jahrhundert nach Christus für den Orden formulierte, den er in Italien gründete. Die *Regula Benedicti* besteht aus 73 Kapiteln, und die bestimmen das Leben im Kloster in jedem Detail: wann die Mönche morgens aufstehen müssen, welche Arbeit sie zu leisten haben, welche Bekleidung und welches Bettzeug sie bekommen, welches Essen, wie viel und zu welcher Zeit. Doch bei jeder Bestimmung folgt schon im nächsten Satz eine Ausnahme. So darf zum Beispiel während der Mahlzeit niemand sprechen, die einzige Stimme ist die des Mönchs, der aus der Bibel liest – ausser ein Gast besucht das Kloster, und der Abt will ihn als Gesprächspartner am Tisch. Oder: Jeder Mönch erhält nur einen Viertelliter Wein pro Tag – ausser er hat vormittags unter einer heissen Sommersonne gearbeitet, dann darf der Abt mehr bewilligen. So gibt es immer besondere Umstände, die eine Ausnahme erfordern. Und allmählich versteht man, dass die *Regula Benedicti* im Grunde nicht aus den 73 Kapiteln besteht, sondern aus dem Abt: Weil er die Regel interpretiert, ist er das Exempel, das Vorbild.

Regeln machen die Welt vorhersehbar. Wie ist Vorhersehbarkeit möglich, wenn es jemanden gibt, der jederzeit eine Ausnahme beschliessen kann?
Das muss kein Widerspruch sein. Die Ausnahmen liegen im Ermessen des Abts, und Ermessen ist nicht das Gleiche wie Willkür. Nicht umsonst ist der Ablauf des Lebens in einem Benediktinerkloster ziemlich vorhersehbar, und das seit vielen Jahrhunderten. Zudem hat sich die Regel weit über die Benediktiner hinaus in Gemeinschaften auf der ganzen Welt etabliert. Diese scheinbar strenge

Ordnung hat Spielräume. Sie ist elastisch, darum kann sie sich unerwarteten Umständen anpassen. Ich denke, wir haben heute ein Ideal von Regeln, das jenem von Naturgesetzen gleicht. Aber wenn die Benediktinerregel so strikt und lückenlos wäre, wie wir es heute von einer Regel erwarten, dann gäbe es keine Benediktinerregel und auch keine Benediktinerkloster mehr. Diese Regel ist für eine Welt gemacht, in der man mit Veränderungen und Überraschungen rechnen muss. Es ist wie bei den Vorbildern im Handwerk: Ein Schreiner, der einen Tisch baut, folgt allgemeinen Regeln für den Bau von Tischen. Aber er braucht Ermessen und Urteilskraft, um zu wissen, dass man einen Tisch aus Nussbaumholz anders baut als einen Tisch aus Esche. Dazu braucht er die Regeln nicht aufzugeben. Es genügt, dass er sie justiert.

Wo aber liegt der Unterschied zwischen Ermessen und Willkür?
Wenn wir das ein für allemal wissen könnten, hätten wir eine Art Über-Regel, die entscheidet, ob die Verletzung einer Regel vernünftig, unvernünftig oder eben willkürlich war. In der Theorie ist das ein unlösbares Problem, doch in der Praxis ist es selten unlösbar. Die meisten Leute sind durchaus in der Lage, eine vernünftige Anwendung der Urteilskraft von Willkür zu unterscheiden.

Sie haben die Naturgesetze erwähnt, die heute das Ideal einer Regel abgeben. Komisch ist, dass sie «Gesetze» heissen. Das klingt nach dem Ausdruck eines Willens. Dabei folgt die Natur keinem Willen.
Es ist komisch, das stimmt, auch in anderen Sprachen, mit den «lois de la nature» oder den «natural laws». Und man fand es schon damals komisch, als man diesen Begriff erfand. Gottfried Wilhelm Leibniz, einer der grossen Philosophen des 17. Jahrhunderts, meinte, es brauche ein Bewusstsein, um von Gesetzen zu reden, aber er wusste auch, dass die Materie kein Bewusstsein hat. Woher sollten die Planeten also wissen, dass sie den «Naturgesetzen» folgen sollen? Darum hatte Leibniz von Anfang an seine Bedenken gegenüber diesem Konzept, genau wie viele andere Philosophen. Trotzdem setzte es sich durch, und dafür gibt es einen einfachen Grund: Man ging davon aus, dass es jemanden gibt, der dem Universum Regeln gegeben hat. Dieser Gesetzgeber war Gott.

Ohne Gott ging es nicht?
Nein, etwas anderes war damals nicht vorstellbar. Das gilt für Descartes, der den Begriff der «Naturgesetze» prägte, aber auch für Newton, Leibniz, Boyle – für alle Helden der wissenschaftlichen Revolution des 17. Jahrhunderts. Sie sahen in den Naturgesetzen die Regeln Gottes. Und sie waren der Ansicht, dass dieser Gesetzgeber auch alles anders hätte machen können. Wenn Gott es gewollt hätte, fand Descartes, dann wären zwei plus zwei nicht vier, sondern fünf. Eine Frage war aber strittig: Wie viel konnte oder musste Gott

«Ein Schreiner folgt Regeln für den Bau von Tischen. Aber er weiss auch, dass man einen Tisch aus Nussbaumholz anders baut als einen aus Esche.»

noch tun, damit die Schöpfung wie vorgesehen weiterfunktionierte? Für Leibniz war die Sache mit der Setzung der Regeln erledigt, aber damit war er in der Minderheit. Newton ging davon aus, dass Gott kontinuierlich neue Kraft ins Universum fliessen liess, damit es nicht zum Stillstand kommt, so wie ein Uhrwerk, das täglich aufgezogen und manchmal gerichtet werden muss.

Zu Gesetzen gehören Ausnahmen. Aber in der Natur gibt es keine.
Dem hätte Leibniz zugestimmt. Doch auch hier dachte die Mehrheit in der damaligen Debatte über die Naturgesetze anders: Sie rechnete mit dem Auftreten von Anomalien, etwa mit Unregelmässigkeiten in der Umlaufbahn der Himmelskörper. Oder damit, dass Nordlichter nicht nur im hohen Norden erscheinen könnten. Newton erklärte, die Naturgesetze seien nur eine momentane Entscheidung, Gott könne sie jederzeit ändern. Wozu sollte es einen Herrscher geben, wenn er keine Herrschaft ausüben könne?

Die Erscheinung von «Wundern», die den Naturgesetzen widersprachen, bewies die Allmacht Gottes.
Genau. Zugleich war nicht immer klar, wann es sich um wahre Wunder handelte. Man kannte die «mirabilia», das waren wundersame Ereignisse, die zwar selten, aber letztlich ebenfalls Produkte der Naturgesetze waren. Und dann gab es die «miracula», echte Ausnahmen von den Naturgesetzen. Die Grenze zwischen den zwei Kategorien war nicht eindeutig. Die Tatsache, dass das deutsche Wort «Wunder» beide umfasst, ist ein Überbleibsel dieser Zeit.

Heute definieren wir die Naturgesetze strenger: Wo sie gelten, gibt es keine Wunder. Darin scheint sich jene allgemeine Entwicklung zu spiegeln, die Sie in Ihrem Buch zeigen: Es gibt immer mehr Regeln ohne Ausnahmen.
Ja, das scheint mir richtig. Wenn man sich das Ideal dessen ansieht, was in der westlichen Kultur eine Regel ist, dann ist das der grosse Bogen, der von der Frühen Neuzeit in die Moderne führt: Man versteht Regeln immer weniger als Vorbild, sie tendieren zum Algorithmus. Sie verlieren an Spielraum, sie werden starrer und schlanker.

Das ist eine zentrale Unterscheidung, die Sie machen: zwischen «fülligen» und «schlanken» Regeln.
Füllige Regeln sind ausführlich formuliert, sie sind reich an Erklärungen, Beispielen, Vorbehalten, Ausnahmen, Ratschlägen. Dieses Polster macht sie elastisch: Sie antizipieren veränderliche Realitäten und zerbrechen nicht, wenn sie auf überraschende Umstände treffen. Die Benediktinerregel ist eine füllige Regel – schlank dagegen ist der Algorithmus zur Lösung einer quadratischen Gleichung. Oder die Doktrin für den Atomwaffeneinsatz, von der wir gesprochen haben. Schlanke Regeln enthalten nur die Anweisung zur Ausführung und keine

weiteren Erläuterungen. Deswegen sind sie fragiler als füllige Regeln, sie funktionieren am besten in einer stabilen, homogenen, standardisierten Welt. In einer solchen Welt lässt sich die Zukunft verlässlich aus der Vergangenheit extrapolieren.

Ist die Welt seit der Frühen Neuzeit berechenbarer geworden?
Eine schwierige Frage. Jedenfalls ist es eine grosse Hoffnung der Moderne, die Welt berechenbarer zu machen. Bis jetzt haben wir diesen Zustand nicht erreicht, darum sind die schlanken Regeln noch immer ein bisschen provisorisch. Mit ihnen errichten wir Inseln der Stabilität und Vorhersehbarkeit in einer chaotischen Realität, und diese Inseln sind jederzeit gefährdet durch Kriege, Naturkatastrophen, Revolutionen oder, wie wir eben erst gesehen haben, durch Pandemien. Und doch steckt in unseren Regeln die fromme Hoffnung, dass die Welt eines Tages restlos in ihnen aufgeht.

Sollen wir uns auf eine solche Welt freuen?
Eine Welt, in der alle Ausnahmen abgeschafft sind und sich jedes Ermessen erübrigt, wäre totalitär. Ich frage mich, warum das Ermessen, wenn es um Regeln geht, heute derart in Verruf geraten ist. Eine mögliche Antwort: In den westlichen Gesellschaften haben sich der Rechtsstaat und die Demokratie durchgesetzt. Das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit verlangt, dass für alle die gleichen Regeln gelten und alle gleich behandelt werden. Dadurch gerät jede Ausnahme unter Verdacht. Zudem liegt es sozusagen in der Natur der Demokratie, dass man dem Ermessen misstraut, denn die grösste Gefahr für die Demokratie besteht darin, dass Einzelne oder ein Einzelner die Macht an sich reisst.

Ich sehe: Die Sache mit dem Ermessen ist ziemlich knifflig.
Und sie wird noch kniffliger, wenn man bedenkt, dass es keine Regel geben kann, die ganz ohne Ermessen und ohne Urteilskraft funktioniert. Man sieht es in der Bürokratie. Beamte kennen den «Dienst nach Vorschrift»: Sobald sie den Regeln haargenau folgen, funktioniert das System nicht mehr. Das zeigt sich, wenn sich bei der Grenzkontrolle kilometerlange Lastwagenstaus bilden. Oder auch daran, dass bei Facebook oder Twitter Moderatoren arbeiten, die die Posts prüfen: Die vielgerühmten Algorithmen allein können das nicht.

Weil sie noch nicht gut genug sind.
Ich denke, es liegt an etwas anderem. Auch in der bestmöglichen aller Bürokratien sind niemals alle Regeln restlos konsistent, und so muss man sich immer wieder entscheiden, welche Regel in einem gegebenen Fall die wichtigere ist. Dazu kommt, dass die Wirklichkeit laufend neue Fälle hervorbringt, so dass man die Regeln anpassen muss. Für all das braucht es ein Minimum an Ermessen und Urteilskraft. Man könnte auch sagen: gesunden Menschenverstand. |G|

Lorraine Daston,
geboren 1951 in Lansing (Michigan, USA), lehrte an den Universitäten Harvard, Princeton, Brandeis, Göttingen und Chicago. Von 1995 bis 2019 leitete sie das Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte in Berlin. Heute lebt und arbeitet sie in Chicago und Berlin. Auf Deutsch sind von ihr erschienen: *Wunder und die Ordnung der Natur* (mit Katharine Park, Eichborn 2002), *Objektivität* (mit Peter Galison, Suhrkamp 2007), *Gegen die Natur* (Matthes & Seitz 2018) sowie zuletzt *Regeln. Eine kurze Geschichte* (Suhrkamp 2023).

Daniel Di Falco
ist Redaktor von *NZZ Geschichte*.
daniel.difalco@nzz.ch

MUSEUM ALTES ZEUGHAUS

Ein Kulturengagement des Kantons Solothurn

28. Oktober 2023 bis 26. Mai 2024

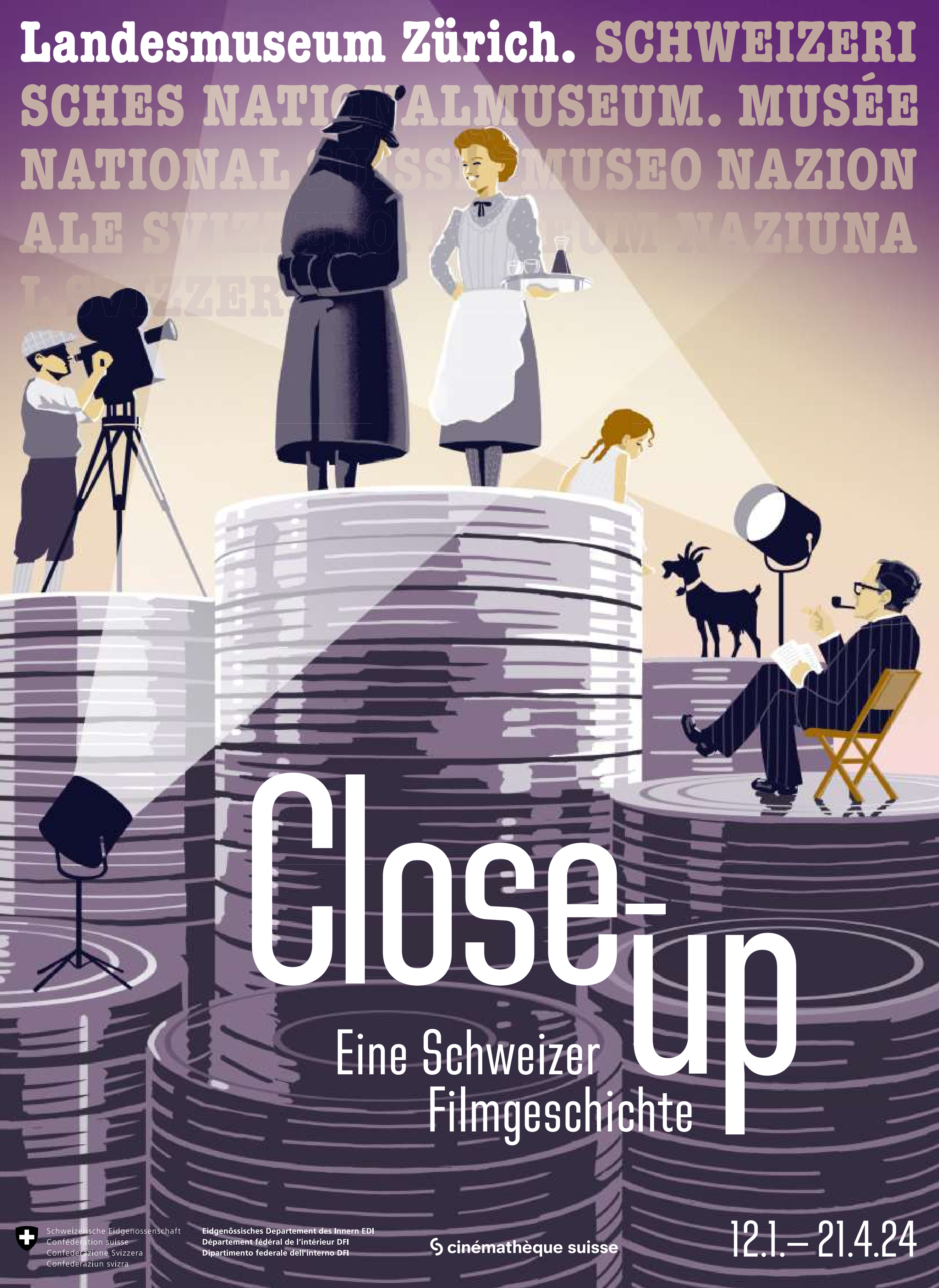
museum-alteszeughaus.ch

Tiere im Krieg

Die Ausstellung wird unterstützt von:

DÄSTER SCHILD STIFTUNG

STADT SOLOTHURN



Landesmuseum Zürich. SCHWEIZERI
SCHES NATIONALMUSEUM. MUSÉE
NATIONAL SUISSE. MUSEO NAZION
ALE SVIZZERO. MUSEUM NAZIUNA
Close-up
Eine Schweizer Filmgeschichte
Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra
Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Département fédéral de l’intérieur DFI
Dipartimento federale dell’interno DFI
cinémathèque suisse
12.1.– 21.4.24

EINWANDERUNG

20
Ankommen, um zu bleiben
Von Guido Koller

42
Ein halber Schritt in Richtung Europa
Von Thomas Gees

50
Ich wäre am liebsten heute noch Jugoslawin
Von Tanja Miljanović



Ankommen, um zu bleiben

Die Einwanderung in die Schweiz polarisiert: Wie viel verträgt das Land? Die Antworten fielen immer wieder anders aus – das zeigt die Geschichte der Migration.

Von Guido Koller



Die Schauspielerin Audrey Hepburn vor einer DC-7 der Swissair (undatierte Aufnahme, zwischen 1953 und 1962). 1966 liess sie sich in Tolochenaz am Genfersee nieder.

Im August 1942, mitten im Zweiten Weltkrieg, besucht Heinrich Rothmund die Grenze zu Frankreich. Der Chef der Polizeiabteilung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, verantwortlich für zivile Flüchtlinge, will sich ein Bild von der Lage machen. In Boncourt im Jura trifft er auf eine Gruppe belgischer und polnischer Juden – Männer, Frauen und Kinder, «eine recht wenig erfreuliche Gesellschaft», wie er seinem Vorgesetzten, Bundesrat Eduard von Steiger, schreibt. Einige Tage später, wieder in Bern, erlässt Rothmund, gestützt auf einen Beschluss des Bundesrats, die Weisung, dass die Grenze geschlossen werden soll. Flüchtlinge, zu diesem Zeitpunkt zumeist Juden, sollen weggewiesen werden.

Dass Rothmund damals entscheiden konnte, wer in die Schweiz einreisen darf und wer nicht, war den ausserordentlichen Vollmachten von Regierung und Verwaltung geschuldet. In den Kriegsjahren setzte man mit Notrecht die üblichen Entscheidungsmechanismen ausser Kraft. Migration und Asyl wurden der Sicherheit des Landes untergeordnet. Dass die Regierung die Einwanderung so strikt kontrolliert, blieb allerdings die Ausnahme. In normalen Zeiten ist die Migrationspolitik in erster Linie Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – da reden alle mit.

Wie viel Einwanderung ist gut und wünschbar für das Land? Wie weit will man die Grenze für Arbeitskräfte öffnen und wie weit für Asylsuchende? Wie sichert man den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Und lässt sich die Einwanderung langfristig überhaupt steuern? Das alles sind Fragen, die immer wieder zu Debatten über die Identität der Schweiz führten.

Rechtlich sind Migration und Asyl zwei unterschiedliche Sachverhalte. Migration ist in erster Linie wirtschaftspolitischer, das Asyl grundrechtlicher Natur. Im Alltag wird beides unter dem Begriff Einwanderung häufig gleichgesetzt. Sozialwissenschaftlich ist bis heute vor allem ein Zugang prägend: das *Push-and-Pull*-Modell, das der amerikanische Soziologe Everett S. Lee 1966 entwarf. Lee glaubte, dass Migration ein quasinatürlicher Ausgleichsprozess sei. Menschen suchen anderswo ein besseres Leben, wenn es ihnen dort, wo sie aufgewachsen sind, nicht gut geht. Armut, Krieg, Dürre, religiöse und politische Verfolgung drängen sie also fort *(push)*, und auf der Suche nach einem neuen Lebensort lassen sie sich von der Attraktivität eines Landes leiten *(pull)*. Es ist ein reduktionistisches Modell mit zwei entscheidenden Faktoren. Auch wenn es nicht völlig falsch ist: Dem vielfältigen Phänomen der Migration wird es nicht gerecht – das zeigt die wechselhafte Geschichte der Einwanderung in die Schweiz.

Diese Geschichte lässt sich grob in vier Phasen einteilen. Die erste Phase umfasst das «lange» 19. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg. Als 1848 eine von der Tagsatzung eingesetzte Kommission die Verfassung des neuen Nationalstaats ausarbeitete, stützte sie sich auf die Ideen der Französischen Revolution: *Liberté! Egalité!* Die freisinnigen Gründerväter wollten die restriktive Ordnung des Ancien Régime abschaffen. Der neue Rechtsrahmen war liberal und diese Freiheit vor allem wirtschaftlicher Natur: Die Einschränkungen für gewerbliche Tätigkeit, Aufenthalt und Niederlassung fielen dahin, im neuen Bundesstaat galten Niederlassungsfreiheit (für Christen), Gewerbefreiheit und Personenfreizügigkeit. Auch das Asyl wurde in der Verfassung geregelt: nicht als Rechtsanspruch, der individuell geprüft wird, sondern als das Recht der Schweiz, Verfolgten auch gegen den Einwand eines anderen Staats Schutz zu gewähren. Der Entscheid lag letztinstanzlich beim Bundesrat. Dieses Asylrecht war Ausdruck der souveränen und neutralen Staatsmaxime, des neuen Selbstbewusstseins der Schweiz.

Freizügigkeit und eine eigenmächtige Aufnahme von Flüchtlingen: Das also war das Ideal, mit dem die Liberalen später oft haderten. Bis zum Ersten Weltkrieg war die Einreise in die Schweiz völlig frei. Nur Aufenthalte für eine gewerbliche Tätigkeit oder eine definitive Niederlassung mussten gemeldet werden. In Handelsverträgen mit den Nachbarstaaten hielt man die gegenseitigen Niederlassungsrechte fest. Aufgrund eines Vertrags mit Frankreich genossen jüdische Franzosen ab 1864 Niederlassungsrechte in der Schweiz. Nach einer Volksabstimmung

Oben: Die gesamte Firmenleitung von Brown, Boveri & Cie. und drei Monteure sind anwesend, als am 20. September 1901 eine Dampfturbine mit Gleichstromdynamo auf dem Prüfstand ist. Die Einwanderer Charles Brown (Zweiter von links) und Walter Boveri (Dritter von links) gründeten den Elektrokonzern 1891 in Baden. Unten: Mitarbeiter des amerikanischen Konzerns Procter & Gamble trainieren 2013 im Gym am Firmensitz in Genf.

wurde das Niederlassungsrecht 1866 auch in der Schweiz wohnhaften Juden gewährt.

Die grösste Migrationsbewegung der damaligen Zeit war indes nicht Ein- und Auswanderung, sondern Binnenmigration. Es war die Blütezeit des Liberalismus und der Entfesselung des Kapitals – das bedeutete Reichtum für wenige und Armut für viele. Weil die Bevölkerung vor allem aufgrund der besseren medizinischen Versorgung schnell wuchs und die kleinen, bäuerlichen Betriebe nicht mehr alle ernähren konnten, zogen Männer, Frauen und Kinder vom Land in die Stadt und von der Landwirtschaft oder der Heimarbeit in die Fabriken.

Lange realisierte die Regierung nicht, welche einschneidenden gesellschaftlichen Folgen dieser Strukturwandel hatte. Sie beschäftigte sich

In den ersten Jahrzehnten des jungen Bundesstaats war die Schweiz kein Einwanderungs-, sondern ein Auswanderungsland.

vor allem damit, Bevölkerung und Geografie des neuen Staats zu erfassen und den neuen Wirtschaftsraum zu erschliessen. So erhielt Bundesrat Stefano Franscini, zuständig für das Departement des Innern, 1860 als erster Bundesrat ein eigenes Amt, das Bundesamt für Statistik. Beim englischen Pionier Robert Stephenson bestellte der Bundesrat ein Konzept für eine Eisenbahn. Sie soll «eine nationale Schöpfung sein», hiess es 1852 im Nationalrat. Tatsächlich wurde sie zum Rückgrat der Industrialisierung, transportierte Arbeitskräfte und Waren über weite Strecken.

In den ersten Jahrzehnten des jungen Bundesstaats war die Schweiz kein Einwanderungsland, sondern ein Auswanderungsland: Die Bevölkerungsstatistik zeigt, dass das Land Einwohner verlor. Zahlreiche Menschen wanderten nach Übersee aus, insbesondere nach Amerika, um der Armut zu entgehen. Als die Industrialisierung Fahrt aufnahm, begann gleichzeitig ein gezieltes Anwerben von Arbeitskräften im Ausland. Der Eisenbahnpionier Alfred Escher holte für den Bau des Gotthardtunnels zwischen 1872 und 1880 Tausende Italiener in die Schweiz. Auch für den Bau von Städten und Strassen wurden billige ausländische Arbeitskräfte angeworben. Um das Jahr 1900 zählten Basel, Genf und Zürich erstmals je über 100 000 Einwohner.

In den Arbeiterquartieren der schnell wachsenden Städte war die soziale Lage prekär, die Wohnungen waren klein und überbelegt, das Essen war knapp. Schweizer warfen Ausländern vor, die Löhne zu drücken. Die Spannungen entluden sich in Unruhen, etwa im Käfigturmkrawall 1893 in Bern. Am 19. Juni zogen rund fünfzig arbeitslose Maurer und Handlanger von Baustelle zu Baustelle und attackierten italienische Arbeiter. Nikolaus Wassilieff, der Sekretär der Arbeiterunion, soll zum Protest aufgerufen haben. Schweizer, die rund 30 Rappen in der Stunde verdienten, warfen Italienern vor, für 25 Rappen zu arbeiten. Die Polizei verhaftete vierzehn Randalierer und sperrte sie in den Käfigturm ein, das Gefängnis der Stadt Bern. Darauf versuchten die Schweizer, ihre Kollegen zu befreien. Es kam zum Kampf mit der Polizei und einer Bürgerwehr; der Stadtpräsident forderte beim Eidgenössischen Militärdepartement Truppen an. Nach rund zwölf Stunden lösten diese den Protest auf.

Zwischen den Arbeiterinnen und Arbeitern aus verschiedenen Ländern fehlte die Solidarität. Grund dafür war, dass politische Partizipation in der Moderne an eine Staatsangehörigkeit gebunden wurde. Der moderne Staat wollte die Menschen eindeutig identifizieren und national zuordnen. Indem er das tat, «erfand» er gleichzeitig den «Ausländer». Und dieser «Ausländer» durfte zwar kommen, aber er war rechtlich den Einheimischen nicht gleichgestellt.

Im Verbund mit der Personenfreizügigkeit entwickelte die Frage der Herkunft so politische Sprengkraft. Dass er als Ausländer nicht mitreden durfte, erfuhr etwa Herman Greulich, Wegbereiter der Schweizer Arbeiterbewegung. 1842 im schlesischen Breslau geboren, kam er 1865 als

Geselle auf Wanderschaft nach Zürich. Er wollte sich in der Gemeinde Hirslanden einbürgern lassen, erhielt aber an der Versammlung nicht genügend Stimmen. Die Einbürgerung gelang nur dank dem Stichentscheid des Präsidenten. Erst jetzt konnte er sich politisch für die Rechte von Arbeiterinnen und Arbeitern einsetzen. 1902 wurde er Nationalrat für die SP.

Weniger brisant war dagegen die erste Phase des Asyls in der Schweiz: Sie war von Grosszügigkeit geprägt. Wer Asyl bekam, hatte einen handfesten Aufenthaltsgrund, und durch die Aufnahme von Flüchtlingen konnte sich die Schweiz gegenüber anderen Staaten profilieren. Insbesondere für Revolutionäre, die in ihrer Heimat für eine Republik oder einen eigenen Nationalstaat kämpften, war die Schweiz attraktiv. Die politischen Flüchtlinge kamen aus Deutschland, Frankreich und Italien, aber auch aus dem zaristischen Russland. In der Schweiz entstanden wichtige Stützpunkte der ukrainischen und der polnischen Nationalbewegung (*NZZ Geschichte* Nr. 32, Februar 2021). Andere nutzen die Schweiz für die Veröffentlichung politischer Schriften – etwa Michail Bakunin, der 1872 im Uhrmacherdorf Saint-Imier im Berner Jura die Antiautoritäre Internationale gründete, einen Zusammenschluss von anarchistisch gesinnten, antimarxistischen Syndikalisten.

Auch Kriege machten die Schweiz zu einem Zufluchtsort. Im Winter 1870/71, während des Deutsch-Französischen Kriegs, nahm sie 87 000 französische Soldaten vorübergehend auf: die Bourbaki-Armee. Das Schweizerische Rote Kreuz hatte seinen ersten grossen Einsatz. Dieser Akt der Solidarität begründete in der kollektiven Erinnerung die humanitäre Tradition der Schweiz, nicht zuletzt vermittelt durch das berühmte Panoramabild von Edouard Castres in Luzern, das den Übertritt der Soldaten in Les Verrières im Neuenburger Jura zeigt.

Politische Flüchtlinge und ihre republikanischen, sozialistischen oder anarchistischen Aktivitäten belasteten indes zunehmend das Verhältnis zu den Nachbarstaaten. Immer häufiger intervenierten ausländische Regierungen, und das wiederum beunruhigte die Schweizer Behörden. Das Justiz- und Polizeidepartement hielt 1885 in einem vertraulichen Bericht fest, Anarchisten würden «offen Brandstiftung und Vernichtung der Gesellschaft empfehlen». Es gebe Indizien, «dass behufs Sprengung des Bundespalastes ein Komplott angezettelt» werde. Um solches zu verhindern, empfahl man, einen «Generalanwalt der Eidgenossenschaft» zu ernennen. Tiefpunkt war die Ermordung der österreichischen Kaiserin Elisabeth («Sisi») durch den Anarchisten Luigi Lucheni 1898 in Genf (*NZZ Geschichte* Nr. 19, Dezember 2018).

Um politisch aktive Ausländer besser kontrollieren zu können, führte die Bundesanwaltschaft einen Polizeidienst ein, der Meldungen aus den Kantonen auswertete. Dieser zivile Nachrichtendienst professionalisierte den Staatsschutz ab den 1930er Jahren unter anderem mittels Fichen. Sie dienten auch der Überwachung von Einheimischen, was nach dem Ende des Kalten Kriegs zu einem grossen Skandal führte: Es wurde publik, dass der Staatsschutz im Geheimen Informationen über Personen gesammelt hatte, ohne dass ein Vergehen vorlag. Rund 900 000 Fichen waren über die Jahrzehnte angelegt worden.

Nicht nur für politische Flüchtlinge, sondern auch für Bildungshungrige war die Schweiz um 1900 attraktiv: Es gab hier kaum Einschränkungen für eine Zulassung an den Hochschulen. Insbesondere Russinnen, die in Russland nicht studieren durften, schrieben sich gern an schweizerischen Universitäten ein. Unter ihnen war etwa Rosa Luxemburg, die als Rozalia Luxenburg in Zamość im Russischen Kaiserreich (heute Polen) zur Welt kam und später eine Ikone der deutschen Arbeiterbewegung wurde. Auch Albert Einstein studierte an der ETH. 1907 wurde er an der Universität Bern habilitiert und schrieb, während er als Angestellter im Berner Patentamt geistiges Eigentum verwaltete, Teile seiner berühmten Relativitätstheorie. Die Schweiz profitierte auch vom Zuzug ausländischer Professoren. Bekannt ist etwa Gottfried Semper: Er baute in Zürich das Polytechnikum, die spätere ETH.

1888 kehrte der Wanderungssaldo: In diesem Jahr wanderten erstmals mehr Menschen ein als aus – die Schweiz wurde zum Einwanderungs-



Oben: Secondos und Secondas, also Kinder von Einwanderern, die in der Schweiz geboren wurden, treffen sich 1992 vor dem italienischen Mövenpick-Restaurant Frascati an der Zürcher Seepromenade.
Unten: In der Schrebergartenanlage an der Vulkanstrasse in Zürich Altstetten wehen während der Fussball-Europameisterschaft 2008 Fahnen verschiedener Nationen im Wind.

land. Zwischen 1850 und 1910 wuchs der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung von 3 auf 15 Prozent. Besonders markant war der Anstieg in den Städten und Grenzkantonen: In Genf betrug der Anteil 1910 40 Prozent, in Basel 38 Prozent, in Zürich 20 Prozent. 552 000 Personen aus dem Ausland wohnten damals in der Schweiz, davon 40 Prozent aus Deutschland, 37 Prozent aus Italien und 12 Prozent aus Frankreich.

Der Erste Weltkrieg beendete die Phase der Freizügigkeit und damit die erste Phase der Geschichte der Migration abrupt. Die Grenzen wurden geschlossen. Während des Kriegs verschärfte sich eine Debatte, die immer strenger zwischen «erwünschten» und «unerwünschten» Ausländern unterschied. Zur ersten Kategorie gehörten Touristen, Investoren und Arbeitskräfte, zur zweiten Kategorie Kommunisten, Sozialistinnen und Juden. Vor allem die vor Pogromen flüchtenden Juden aus Russland und Osteuropa sollten «abgewehrt» werden. Die traditionelle kirchliche und volkstümliche Judenfeindschaft verwandelte sich in einen modernen Antisemitismus.

Um 1900 veröffentlichte Carl Alfred Schmid, Sozialfürsorger in Zürich, eine Schrift mit dem Titel *Unsere Fremdenfrage.* Er warnte vor einer «hochgradigen Überfremdung der Schweiz». Zunächst nahm kaum jemand davon Notiz. Erst später zeigte sich, dass Schmid einen Begriff erfunden hatte, der das Land nicht mehr losliess: die «Überfremdung». Sie drückte die Angst aus, Ausländer könnten die Identität der Nation gefährden. Zunächst waren es die Behörden, die sich den Begriff aneigneten. 1917 wurde die Eidgenössische Fremdenpolizei gegründet. Ihr Chef Heinrich Rothmund zentralisierte den Kampf gegen die «Überfremdung».

Die Fremdenpolizei koordinierte sich mit der Bundesanwaltschaft, die in Zürich etwa die Dadaisten um das Cabaret Voltaire überwachen liess. Vieles an deren Lebensstil war den Polizisten fremd. Das «Concubinatspaar» Hugo Ball alias Ha Hu Baley und Emmy Hennings alias Editha von Münchhausen löste erhebliche Irritationen aus. Die Polizeiberichte zeigten, dass das Paar sich nicht politisch, sondern künstlerisch betätigte und dass es illegal, also ohne Trauschein, zusammenlebte. Avantgardistische Kultur und ein mondäner Lebensstil führten in der konservativen, von ländlichen Normen geprägten Schweiz zu Kopfschütteln, selbst im zunehmend urbanen Zürich.

Zu dieser Zeit zeichnete sich erstmals eine übergeordnete, rechtlich gefasste Ausländerpolitik ab. Ihr Architekt war der Jurist und Chefbeamte Ernst Delaquis. «Wir müssen den fremden Ankömmling auf Herz und Nieren prüfen», schrieb er 1921: «Reiht er sich ein in unser politisches, wirtschaftliches, soziales Staatsgefüge?» Nun wurde die «Assimilation», also die Anpassung, ja: Angleichung, zur zentralen Forderung. Die neue Politik wurde 1931 im Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer ausformuliert. Die Einbürgerung verlor ihren Status als Mittel der Integration. Rothmund sagte es so: Es gebe «kein Recht auf Einbürgerung» und «keine Einbürgerung ohne Assimilation». Die Gemeinden entschieden, ob jemand das Bürgerrecht erhielt, und sie taten das oft willkürlich, wie das Bundesgericht wiederholt feststellte. Emil Steinberger und Walo Lüönd nahmen die helvetische Einbürgerungsbürokratie 1978 im Film *Die Schweizermacher* aufs Korn.

Nachdem schon zu Beginn des Ersten Weltkriegs rund 150 000 Wehrpflichtige in ihre Herkunftsländer zurückkehren mussten, ging der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung weiter zurück – von 9 Prozent um 1930 auf 5 Prozent um 1940. Die Bewährungsprobe für die solidarische Schweiz war die nationalsozialistische Entrechtungs-, Vertreibungs- und Vernichtungspolitik. Das deutsche Unrechtsregime löste riesige Fluchtbewegungen in Europa aus. Die Schweiz war mittendrin. Rothmund, mittlerweile Chef der Eidgenössischen Polizeiabteilung, verlangte von sich und seinen Kollegen in den Kantonen weiterhin, die Schweiz vor «Verjudung» zu bewahren. Die Schweiz sollte nicht Asyl-, sondern nur Transitland sein. Das heisst, Verfolgte aus Nazi-Deutschland durften in die Schweiz einreisen, aber nicht um zu bleiben, sondern um hier ihre Weiterreise zu organisieren. Sie galten als «Emigranten» und erhielten eine «Toleranzbewilligung» für den befristeten Aufenthalt.

Das Problem war, dass kaum ein Land bereit war, diese Flüchtlinge aufzunehmen. Es gelang den Schweizer Behörden nicht, die Flüchtlingspolitik mit den Westmächten abzustimmen, um Juden vor der Verfolgung zu retten, im Gegenteil: Als 1938 eine internationale Flüchtlingskonferenz in Evian gescheitert war und die Zahl jüdischer Flüchtlinge zunahm, verhandelten Rothmund und Hans Frölicher, der Schweizer Gesandte in Berlin, mit den Nazis über eine Markierung der Pässe deutscher Juden und Jüdinnen. Die Einführung einer generellen Visumspflicht für Deutsche wollte der Bundesrat vermeiden, da man enge wirtschaftliche Beziehungen pflegte. Mit dem «J»-Stempel wurde stattdessen eine zielgruppenspezifische Visumspflicht eingeführt. Das Bundesgericht stellte noch während des Kriegs fest, dass dieser behördliche Akt aufgrund der Diskriminierung einer Bevölkerungsgruppe – der Juden – gegen die rechtliche Grundordnung der Schweiz verstiess.

Nachdem die Schweiz eine Markierung jüdischer Pässe verlangt hatte, führte Nazi-Deutschland 1938 den «Judenstempel» ein.

Nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs wurde die Grenze geschlossen und streng bewacht. Flüchtlinge, die nicht weggewiesen werden konnten, wurden interniert. Bundesrat Eduard von Steiger rechtfertigte diese restriktive Politik am 30. August 1942 vor der «Jungen Kirche», der Jugendgruppe der reformierten Kirche, mit einer Metapher, die berühmt werden sollte: «Wer ein schon stark besetztes kleines Rettungsboot zu kommandieren hat, indessen Tausende von Opfern einer Schiffskatastrophe nach Rettung schreien, muss hart scheinen, wenn er nicht alle aufnehmen kann.» Für die Behörden war das Boot im Sommer 1942 voll.

Hat die Schweiz die Bewährungsprobe bestanden? Die Meinungen sind geteilt. Einerseits nahm die Schweiz in schwieriger Zeit rund 103 000 militärische Flüchtlinge, 9900 Emigranten und 55 000 zivile Flüchtlinge auf, darunter 21 000 Personen, die aufgrund ihrer jüdischen Herkunft verfolgt wurden. Andererseits lehnten die Behörden von den rund 24 000 Einreisegesuchen von Ausländern, die hier Zuflucht suchten, 15 000 ab und nahmen an der Grenze über 25 000 Wegweisungen vor, wobei unter den Weggewiesenen viele Jüdinnen und Juden waren. Wie viele genau, wissen wir nicht – die Aktenlage ist zu lückenhaft. Belegt ist, dass viele nach Auschwitz oder in andere Vernichtungslager deportiert wurden. Der Schriftsteller Thomas Mann hingegen fand Zuflucht in der Schweiz. Er bat die Behörden, auch Alfred Pringsheim, seinen Schwiegervater, einreisen zu lassen. Auf dem Formular, mit dem die Fremdenpolizei die Bewilligung erteilte, steht ein drei Zentimeter grosses violettes «J»: Der Überfremdungsdiskurs bildete sich sogar in humanitären Gesten ab.

Nach dem Krieg wurde über die Flüchtlingspolitik kontrovers diskutiert. Der *Beobachter* enthüllte die aktive Rolle der Schweiz bei der Einführung des «J»-Stempels. Der politische Druck führte 1957 zu einer offiziellen Untersuchung, dem «Ludwig-Bericht», benannt nach seinem Verfasser, dem Schweizer Juristen Carl Ludwig. Er stellte die gesetzlichen Grundlagen zusammen und beschrieb das Handeln der Behörden. Einer Wertung enthielt er sich weitgehend.

In seiner Stellungnahme zum Bericht erklärte der Bundesrat das Asylrecht nun zur staatspolitischen Maxime. Insbesondere dem Non-Refoulement-Prinzip, also dem Verbot, Verfolgte in den Verfolgerstaat zurückzuschicken, wollte der Bundesrat künftig Rechnung tragen. Vom Tisch war die Debatte damit nicht: 1967 publizierte der Journalist Alfred A. Häsler sein Buch *Das Boot ist voll* und ging mit den Behörden hart ins Gericht. Später legte auch die Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg, die ab 1997 eigentlich die nachrichtenlosen Vermögen abklären sollte, einen Bericht zur Flüchtlingspolitik vor. Ihr Befund: «Die Schweizer Behörden trugen

Bilder: Vera Markus; Mark Henley

Oben: Ein tamilisches Mädchen putzt sich zu Hause in Zürich Seebach die Zähne (2004). Heute leben rund 43 000 Tamilen in der Schweiz. Sie flüchteten in den 1980er und 1990er Jahren vor dem Bürgerkrieg. Unten: Die Schweizer Banken verwalten nicht nur Gelder aus aller Welt, sie rekrutieren auch Arbeitskräfte im Ausland. Blick auf den Zürcher Paradeplatz während der Rushhour, Januar 2001.



Küchengehilfe: Ein «Gastarbeiter» 1970 im Einsatz in einem Schweizer Hotel. Hinter ihm der Chef, mit kritischem Blick.



Oben: Alltagsszene an der Zürcher Langstrasse, 1961. Im Arbeiterquartier Aussersihl wohnen viele Immigranten; der Ausländeranteil ist bis heute hoch. Allerdings nicht so hoch wie im Seefeld, wo zahlreiche Expats leben. Unten: Mitte Juli 2022 startet Zürich ein sechswöchiges Pilotprojekt namens «Mediterrane Nächte», zahlreiche Kneipen haben am Wochenende bis 2 Uhr nachts geöffnet. Das freut Ausgehwillige aller Nationen.

dazu bei, dass das NS-Regime seine Ziele erreichen konnte.» Das löste bei der älteren Generation heftige Kritik aus. Sie fühlte sich angegriffen und warf «Junghistorikern» vor, die damalige Zeit falsch, nämlich mit heutigen Werten zu beurteilen. In Wirklichkeit sahen sie sich um ihr Geschichtsbild betrogen: die Vorstellung, dass die Schweiz dank der wehrhaften Armee und mit etwas Glück verschont worden sei.

Nach dem Zweiten Weltkrieg begann die dritte Phase der Migration. Grosszügigkeit prägte insbesondere die neue Flüchtlingspolitik. 1955 trat die Schweiz der Genfer Flüchtlingskonvention bei, 1979 erliess sie ein liberales Asylgesetz – die Schweizerische Flüchtlingshilfe erklärte, es sei das modernste der Welt. Nach dem Ungarnaufstand 1956 nahm die Schweiz rund 13 000 ungarische Flüchtlinge auf; nach der chinesischen Besetzung des tibetischen Hochlands 1961 als erstes Land in Europa 300 tibetische Flüchtlinge. Die Bevölkerung trug diese Praxis mit. Nach dem Prager Frühling, dem Demokratisierungsprogramm unter Parteigeneralsekretär Alexander Dubček, war sie auch gegenüber den rund 12 000 tschechoslowakischen Flüchtlingen solidarisch.

Die weitherzige Politik war dem Kalten Krieg geschuldet: Flüchtlinge, die vor dem Kommunismus, vor sowjetischer oder chinesischer Unterdrückung flohen, wurden mit offenen Armen empfangen. Flüchtlinge, die vor rechtsgerichteten lateinamerikanischen Diktaturen flohen, etwa Chilenen, waren weniger willkommen. Die Flüchtlingspolitik war Ausdruck der prowestlichen Neutralitätspolitik. Die Schweiz war völkerrechtlich zwar neutral, zählte sich aber klar zum transatlantischen Lager.

So wie die Asylpolitik vom Kalten Krieg geprägt war, war die Migrationspolitik vom wirtschaftlichen Wachstum bestimmt, das bis in die 1970er Jahre anhielt. Die Märkte expandierten und verflochten sich zunehmend. Es entstand ein europäischer Wirtschaftsraum, in dem auch das Bruttosozialprodukt der Schweiz stetig wuchs. Die Gewerkschaften rangen den Unternehmern im Rahmen von Gesamtarbeitsverträgen Zugeständnisse ab. Die Löhne stiegen, die Kaufkraft nahm zu, der Konsum wiederum

Zeittafel

1848

Der neu geschaffene Bundesstaat ist in Einwanderungsfragen liberal: Es gilt die Niederlassungsfreiheit für Christen.

1866

Auch Schweizer Juden erhalten das Niederlassungsrecht – nachdem man es jüdischen Franzosen 1864 in einem Handelsvertrag gewährt hat.

1900

Der Sozialfürsorger Carl Alfred Schmid erfindet den Begriff «Überfremdung».

1914

Mit dem Ersten Weltkrieg endet das liberale Einwanderungsregime: Erstmals gibt es Grenzkontrollen.

1935

Die Bundesanwaltschaft gründet einen Polizeidienst für den Staatsschutz, die «Politische Polizei». Sie legt während Jahrzehnten Fichen über Personen an.

1938

Die Flüchtlingskonferenz von Evian scheitert – und die Schweiz bittet Nazi-Deutschland, jüdische Pässe künftig zu markieren.

1955

Die Schweiz ratifiziert die Genfer Flüchtlingskonvention. Mit ihr definierten die Vereinten Nationen, wer ein Recht auf Schutz hat.

1970

Die Schwarzenbach-Initiative will den Ausländeranteil auf zehn Prozent begrenzen – und scheitert an der Urne.

Bild S. 30/31: Keystone / Photopress-Archiv / Str; Bilder S. 32: Rob Gnant / Fotostiftung Schweiz / Keystone; Ennio Leanza / Keystone

kurbelte die Wirtschaft an. Die Hochkonjunktur in Europa mobilisierte Arbeitskräfte. Um 1970 migrierten schätzungsweise 15 Millionen Menschen aus dem Süden Europas in nord- und westeuropäische Länder.

Diese Länder konkurrierten um Arbeitskräfte. Die Schweiz schloss 1948 ein erstes Abkommen mit Italien, um «Gastarbeiter» anwerben zu dürfen (siehe den Beitrag auf Seite 42). Als «Saisonniers» durften sie neun Monate in der Schweiz bleiben, danach mussten sie wieder zurück. Die Hälfte der Saisonniers waren Frauen. Sie arbeiteten in der Textil- und Uhrenindustrie, im Gastgewerbe und in der Pflege. Die Männer arbeiteten vor allem in der Bauindustrie. Das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit legte das Kontingent für jede Branche fest, die Kantone erteilen die einzelnen Bewilligungen. Das Rotationsprinzip, also die ständige Auswechslung der Arbeitskräfte, war ein Kompromiss: Es deckte das Bedürfnis der Wirtschaft nach Arbeitskräften und stellte gleichzeitig sicher, dass diese nicht in der Schweiz blieben.

Das Saisonnierstatut verursachte hohe soziale Kosten. Die italienischen Arbeitskräfte wohnten oft in dürftigen Baracken. Sie durften ihre Familien nicht bei sich haben, doch Tausende Kinder lebten versteckt in der Schweiz (*NZZ Geschichte* Nr. 31, Dezember 2020). Linke und Kulturschaffende kritisierten das Statut, der Schriftsteller Max Frisch etwa kommentierte 1964: «Ein kleines Herrenvolk sieht sich in Gefahr: Man hat Arbeitskräfte gerufen, und es kommen Menschen.» Er appellierte an Wirtschaft und Politik, die Arbeitskräfte menschenwürdig zu behandeln. Eine Revision des Abkommens mit Italien 1963 ermöglichte es den Saisonniers, einen Jahresaufenthalt und fünf Jahre später eine Niederlassung zu beantragen. 2002 wurde das Statut im Rahmen der bilateralen Verträge mit der EU abgeschafft.

Während der Hochkonjunktur stieg die ausländische Wohnbevölkerung in der Schweiz kontinuierlich an: von 285 000 Personen um 1950 auf 585 000 Personen um 1960 und schliesslich auf eine Million um 1970 – das entspricht 6, 11 und 17 Prozent der Wohnbevölkerung. Die wichtigsten Herkunftsländer um 1970 waren Italien (54 Prozent), Spanien (11 Prozent) sowie Deutschland (10 Prozent).

Der wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel, die Urbanisierung und die Veränderung der Lebensverhältnisse überforderten Teile der Schweizer Bevölkerung. Das Unbehagen äusserte sich zunehmend fremdenfeindlich. 1962 wurde die Nationale Aktion gegründet; «Schweizer, erwache» lautete ihr Slogan. Sie lancierte eine Initiative, die verlangte, dass der Ausländeranteil 10 Prozent der Wohnbevölkerung nicht übersteige. Aushängeschild der Initiative war der Publizist James Schwarzenbach; er war in den 1930er Jahren, während seines Studiums der Geschichte, Mitglied der Nationalen Front gewesen, ein Faschist. Die Mathematik war klar: Würde die Initiative angenommen, müssten 350 000 Personen die Schweiz verlassen. Unter Italienern löste das Volksbegehren grosse Verunsicherung aus. «Wir waren konfrontiert mit hasserfüllten Blicken, Verachtung», sagte Sergio Giovannelli-Blocher, «Gastarbeiter» aus Ligurien und Schwager von SVP-Doyen Christoph Blocher, 2014 in einem Film des Schweizer Fernsehens. Italienische Eltern drohten Kindern zuweilen mit Schwarzenbach als Schreckgespenst: Er komme ihn holen, wenn er nicht ruhig sei, erinnerte sich der Journalist Concetto Vecchio. Die Stimmbürger lehnten die radikale Initiative mit 54 Prozent Nein 1970 ziemlich knapp ab.

Die Politik aber nahm die Stimmung ernst und reagierte 1970 mit einem Beschluss zur Begrenzung der Zuwanderung. Der Bund stellte weniger Kontingente für Saisonniers und Jahresaufenthalter aus. Dabei stellte er fest, dass er gar nicht genau wusste, wie viele Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz wohnten, worauf er ein Zentrales Ausländerregister einführte. Die Kantone mussten von nun an die Mutationen nach Bern melden, wo sie auf Lochkarten erfasst und schliesslich in Grossrechnern statistisch ausgewertet wurden. Auf diese Weise entstand ein «permanentes Inventar», eine der ersten Datenbanken des Bundes. Es war ein Versuch, die Einwanderung staatlich zu kontrollieren und zu steuern.



Oben: 1948 unterzeichnet die Schweiz mit Italien ein erstes Abkommen, um «Gastarbeiter» anwerben zu dürfen. Bleiben sollen sie nicht. Arbeiter in der Strumpffabrik Flexy in St. Gallen, 1961.
Unten: Kunst kennt keine Grenzen – die grossen Häuser konkurrieren um die Besten. Ballettmeister Heinz Spoerli studiert 2007 mit einem Tänzer und einer Tänzerin im Proberaum des Opernhauses Zürich Schritte ein.



Mineure feiern 1962 den Durchstich am Grossen St. Bernhard. Viele «Fremdarbeiter» arbeiteten ab 1958 am Bau des Tunnels; 1964 wurde er in Betrieb genommen.



Oben: Denise und Marc Rich an der Fasnacht im Restaurant Aklin in Zug (ohne Datum). Die Erbin eines reichen amerikanischen Schuhfabrikanten half mit, die Rohstoffhändlerkarriere ihres Mannes zu finanzieren. 1974 gründete Rich in Zug die Marc Rich + Co. (heute Glencore). 1996 liess sich das Paar scheiden.
Unten: Asylsuchende kochen 2009 im Durchgangszentrum Bergermoos in Urdorf, einst ein Luftschutzbunker.

Die dritte Phase der Migration endete mit einer dreifachen Ernüchterung. In den 1970er Jahren brach die Wirtschaftseuphorie zusammen: Die Öl- und Benzinpreiskrise beendete die Hochkonjunktur. Der Dämpfer verankerte sich im kollektiven Gedächtnis mit Bildern von leeren Autobahnen – mit Sonntagsfahrverboten versuchten die Behörden der drohenden Treibstoffknappheit zu begegnen. Hinzu kam die Krise der Uhrenindustrie: Die Überproduktion in der Schweiz und die Konkurrenz günstiger Quarzuhren aus Japan führten dazu, dass zahlreiche Firmen ihre Produktion einstellten. In diesen Jahren erwachte überdies die Erkenntnis, dass wirtschaftliches Wachstum ökologische Kosten verursacht. Der Club of Rome, ein interdisziplinärer Zusammenschluss von Experten aus über dreissig Ländern, veröffentlichte 1972 die *Grenzen des Wachstums,* eine vielzitierte Publikation, deren Autoren die Erde als ein System mit begrenzten Ressourcen modellierten und Entwicklungsprozesse kalkulierten. Die Berechnungen erwiesen sich zwar als unzureichend, förderten im Westen aber das ökologische Bewusstsein.

Was die Nationale Aktion und Schwarzenbach wollten und nicht erreichten, bewirkte nun die wirtschaftliche Lage: Die Rezession hatte zur Folge, dass Hunderttausende, vor allem Italiener, die Schweiz verlassen mussten. Die ausländische Wohnbevölkerung sank 1980 auf 945 000 Personen, ihr Anteil betrug noch 15 Prozent der Gesamtbevölkerung. Das trug Wirtschaft und Politik den Vorwurf ein, Ausländer als Konjunkturpuffer zu benutzen. Es zeigte sich, dass das *Push-and-Pull*-Modell nur für eine Seite funktioniert: Es sind die Empfängerstaaten, die darüber entscheiden, ob jemand bleiben darf oder nicht. Die Menschen, die sich auf den Weg machen, liefern sich einem Abenteuer mit ungewissem Ausgang aus. Migration ist ein Spiel mit ungleichen Karten.

Nach einer Übergangszeit in den 1980er Jahren prägte eine Renaissance der Freizügigkeit die vierte Phase der Migration: Nach der 1992 verlorenen EWR-Abstimmung schloss Bundesbern bilaterale Abkommen mit der EU ab. So galt ab 2002, wie seit den Maastrichter Verträgen im gesamten EU-Raum, wieder die Personenfreizügigkeit. Davon profitierte die Wirtschaft enorm. Es siedelten sich neue Firmen an, die in der Schweiz von gut ausgebildeten Arbeitskräften und tiefen Steuern profitierten. Denn fast zeitgleich traten neue Gesetze in Kraft: Es wurden Sondertarife für Holdinggesellschaften eingeführt und die Kapitalsteuern auf Bundesebene gestrichen. Weitere Reformen und Steuersenkungen führten dazu, dass mittlerweile rund die Hälfte der global tätigen Konzerne in Europa ihren Hauptsitz in der Schweiz haben.

1990 lebten in der Schweiz 1 245 000 Ausländer, im Jahr 2000 waren es 1 496 000 und 2010 schliesslich 1 766 000, das heisst 22 Prozent der Wohnbevölkerung. Die Herkunftsländer verschoben sich: Der Anteil der Personen aus Ex-Jugoslawien wuchs von 14 Prozent um 1990 auf 18 Prozent um 2010, der Anteil aus Deutschland im gleichen Zeitraum von 7 auf 15 Prozent und derjenige aus Portugal von 9 auf 12 Prozent. Der Anteil der Italienerinnen und Italiener hingegen sank von 31 auf 16 Prozent. Diese Entwicklung überraschte das Staatssekretariat für Wirtschaft; es hatte in seinen Prognosen die Einwanderung massiv unterschätzt.

> Was James Schwarzenbach nicht erreichte, bewirkte die Rezession der 1970er Jahre: Hunderttausende Italiener verliessen das Land.

Die Schweiz erlebte den Zuzug von Experten, die Jobs in global aufgestellten Firmen der Chemie, Informationstechnologie und Finanzindustrie übernahmen. Die Expats, die auch in steuerprivilegierten internationalen Organisationen tätig sind, legen dank Billigfluggesellschaften oft weite Strecken zurück. Es entstand eine neue Form der Pendelmigration. Doch es kamen nicht nur hochbezahlte Fachkräfte, die in die Schweiz pendeln, sondern auch Arbeitskräfte, die zu Tief-

Bild S. 36/37: Rob Gnant / Fotostiftung Schweiz / Keystone; Bilder S. 38: Charles Seiler; Andreas Meier / Eq Images / Keystone

löhnen Alte und Kranke pflegen. Man schätzt, dass in der Schweiz 2015 rund 30 000 Frauen aus Thailand, Polen und der Slowakei in der privaten Pflege tätig waren, viele von ihnen in informellen Arbeitsverhältnissen ohne soziale Absicherung.

Mehr als die Einwanderung polarisierte in dieser Zeit jedoch die Asylpolitik die Öffentlichkeit. Nach dem Ende des Kalten Kriegs kamen Asylsuchende nicht mehr aus Osteuropa, sondern vermehrt aus Asien und Afrika. Die Fluchtgründe vermischten sich: Bürgerkrieg, politische Verfolgung, wirtschaftliche Not. Der Bund stufte die Frage, unter welchen Umständen Personen aus diesen Ländern Asyl gewährt werden kann, als «recht heikel» ein: Ihr komme «eine gewisse politische Bedeutung» zu, wie das Bundesamt für Ausländerfragen schon in den 1970er Jahren euphemistisch festhielt. Konkret bedeutete das: Die Frage kann nicht rechtlich, sie muss politisch beantwortet werden.

Es waren Peter Arbenz, seit 1986 Delegierter des Bunds für das Flüchtlingswesen und seit 1990 Direktor des neugeschaffenen Bundesamts für Flüchtlinge, und seine Chefin, Bundesrätin Elisabeth Kopp, die die behördliche Politik und Praxis neu gestalteten: Das Asylgesetz wurde mehrfach revidiert, die Kriterien für die Gewährung von Asyl wurden restriktiver. Die Behörden prüften bis ins Jahr 2000 rund 800 000 Asylgesuche aus 180 Ländern, wie Stephan Parak im Handbuch zur Asylpraxis der Schweiz ausführt. Sie beschleunigten die Verfahren und versuchten, abgewiesene Asylsuchende in ihre Herkunftsländer zurückzuschicken.

Die Zuwanderung wird nun nicht mehr unter dem Aspekt der Assimilation, sondern der Integration thematisiert. Der Prozess der gesellschaftlichen Eingliederung sollte beide Seiten in Anspruch nehmen: diejenigen, die schon da sind, und diejenigen, die neu ankommen. Die Kommission für Ausländerprobleme wurde 1995 in Migrationskommission umbenannt. Sie verlangte, «dass jedes Individuum mit seinem täglichen Handeln dazu beiträgt, dass Integration stattfindet», und «dass Konflikte um unterschiedliche Weltanschauungen und Lebenskonzepte» mit «Respekt» ausgefochten werden. Dies gelang zum Beispiel tamilischen Asylsuchenden, die insbesondere in der zweiten Generation sri-lankische Traditionen und schweizerische Gepflogenheiten integrierten (*NZZ Geschichte* Nr. 47, Juli 2023).

Vielfalt stärke die Resilienz, also die Fähigkeit eines Landes, Probleme zu lösen, sagen Verfechter der Multikulturalität. Die Gesellschaft benötige eine «Leitkultur», sagen konservative Kritiker. Die Frage stellt sich: Wie sichert die Politik die gesellschaftliche Kohäsion in einem Land mit anhaltend hoher Migration aus unterschiedlichen Kulturkreisen? Der Streit entzündete sich besonders an der Frage, ob der Islam zur Schweiz gehöre. 2007 lancierte ein Komitee aus Mitgliedern der SVP eine Initiative «gegen den Bau von Minaretten». Obschon Bundesrat und Bundesversammlung empfahlen, die Initiative abzulehnen, sagten 58 Prozent der Stimmberechtigten Ja. Die Befürworter stellten die «politische Dimension» eines Minaretts in den Vordergrund: Es sei ein «Machtsymbol», sagte SVP-Nationalrat Walter Wobmann, einer der Initianten. Gegner argumentierten, das Minarett gehöre «zur Moschee wie der Kirchturm zur Kirche» (der Islamwissenschafter Reinhard Schulze).

Auch das Verhältnis der Schweiz zur EU und insbesondere die Personenfreizügigkeit führten zu heftigen Debatten. Es war erneut die SVP, die 2011 eine Initiative «gegen Masseneinwanderung» lancierte. Sie verlangte, die Zuwanderung durch Kontingente zu begrenzen, ähnlich wie zuvor mit dem Saisonnierstatut. Die Befürworter kritisierten die offenen Grenzen, den «unkontrollierten Zustrom aus der EU». Sie beklagten «negative Folgen» der Einwanderung, «explodierende» Mieten und Bodenpreise, Staus auf den Strassen, überfüllte Züge. Das Wort «Dichtestress» machte die Runde. Die Gegner argumentierten, die Initiative verstosse gegen das Freizügigkeitsabkommen mit der EU, verschärfe den Fachkräftemangel, schaffe ein «bürokratisches Monster». Die Stimmberechtigten nahmen die Initiative mit 50,3 Prozent knapp an. Weil sie die bilateralen Abkommen verletzt hätte, konnte sie nicht in allen Teilen umgesetzt werden. Aber Arbeitgeber mussten ab jetzt zuerst abklären, ob sich für eine

Illustration: Agata Marszalek

Stelle Arbeitssuchende im Inland eigneten, bevor sie im Ausland suchten.

Wie viel Einwanderung verträgt die Schweiz? Im Lauf des Jahres 2022 wuchs die Wohnbevölkerung netto um 81 000 Personen, was ungefähr der Grösse der Stadt Luzern entspricht. Bald leben neun Millionen Menschen hier. Mittlerweile sind grosse Teile des Mittellandes Siedlungsfläche.

Gemäss Theorie nimmt die Einwanderung zu, bis sich der Wohlstand in den Herkunftsstaaten jenem in der Schweiz angleicht. In der Praxis spielen vor allem andere Faktoren eine wichtige Rolle: rechtliche, gesellschaftspolitische, kulturelle. Voraussichtlich wächst die Bevölkerung in der Schweiz in der Zukunft auf zehn Millionen, was die SVP mit einer weiteren Initiative verhindern will. Auch Teile der Linken kritisieren, dass die Einwanderung die Wirtschaft nicht produktiver mache, ein Wachstum nur in die Breite verursache. «Pro Jahr holen wir über 250 neue Firmen ins Land», sagte SP-Nationalrätin Jacqueline Badran letzten Herbst in der *NZZ am Sonntag*. «Diese bringen ihre Führungskräfte mit, die müssen irgendwo wohnen, also muss man bauen, dann brauchen sie Ärzte, Strassen, Coiffeure und ihre Kinder Schulen und Lehrer.» Für jede eingewanderte Führungskraft seien «geschätzt zehn andere» nötig, die im Umfeld Dienstleistungen erbringen. Den Kritikern widersprechen etliche Ökonominnen und Ökonomen und legen Zahlen vor: Von 2000 bis 2021 ist die Bevölkerung durch Zuwanderung um 21 Prozent gewachsen, die Wirtschaftsleistung hat um 44 Prozent zugelegt, die Produktivität schätzungsweise um 25 Prozent.

Die Schweiz ist ohne Migration nicht denkbar, Migration gehört zum Kern dessen, was das Land ausmacht: Mehrsprachigkeit, Multikulturalität, religiöser Pluralismus. Es ist deshalb erstaunlich, dass Migration kaum Teil der Erinnerungskultur ist, zum Beispiel nicht in einem eigenen Museum thematisiert wird. Der Grund ist vielleicht, dass die Migrationsgeschichte die Folge einer internationalen Verflechtung ist, wie das Autorenteam der *Schweizer Migrationsgeschichte* argumentiert, wohingegen nationale Erzählungen auf Eigenständigkeit, auf das Immer-schon-Dagewesene fokussieren.

Migration im engeren Sinn ist primär eine Folge der Konjunktur und der Wirtschaftspolitik. Sie nimmt immer dann zu, wenn die Wirtschaft wächst und Arbeitskräfte benötigt. Die Betriebe leisten denn auch einen namhaften Beitrag zur gelingenden Integration. Die Zahl der Asylsuchenden hingegen hängt primär von den Verhältnissen in den Herkunftsländern ab. Die politische Steuerungsmöglichkeit ist begrenzt und erfolgt reaktiv über die Revision des Asylrechts. Endgültige Lösungen gibt es nicht, es gibt kein Expertenwissen darüber, wie viel Einwanderung gut ist für die Schweiz. In historischer Perspektive ist Migration auf jeden Fall die Norm. Niemand war schon immer da. |G|



Guido Koller, Jahrgang 1963, ist Historiker und arbeitet im Schweizerischen Bundesarchiv. Jüngere Publikationen, die sich mit der Migration befassen: *Vom Eidgenössischen Arbeitsamt zur Direktion für Arbeit,* in: Die Volkswirtschaft, 21. September 2020; *Humaner als Bern? Basel und die Flüchtlinge,* in: Historisches Museum Basel (Hg.): Grenzfälle. Basel 1933–1945 (Christoph Merian Verlag 2020).



Weiterführende Literatur

André Holenstein, Patrick Kury und Kristina Schulz: Schweizer Migrationsgeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Baden 2018.
Everett S. Lee: A Theory of Migration. Durham 1966.
Simone Müller: «Alljährlich im Frühjahr schwärmen unsere jungen Mädchen nach England». Die vergessenen Schweizer Emigrantinnen. 11 Porträts. Zürich 2017.
Stephan Parak: Asylpraxis der Schweiz von 1979 bis 2019. Bern 2020.
Lisa Tetzner: Die Schwarzen Brüder. Erlebnisse und Abenteuer eines kleinen Tessiners. Aarau 1940.

Ein halber Schritt in Richtung Europa

Im August 1964 unterschreibt der Bundesrat einen Vertrag mit der Regierung in Rom: Das «Italienerabkommen» markiert den Einstieg in die Personenfreizügigkeit. Doch das verschweigen die Behörden damals lieber.

Von Thomas Gees



Bild: Zust / Photopress-Archiv / Keystone

Italien versteht sich als Auswanderungsland, und vorerst ist es politisch kein Problem, dass die Schweiz die Zuwanderung von der Konjunkturlage abhängig macht und keine dauerhafte Niederlassung akzeptiert. Italienische Arbeiterinnen vor der Konservenfabrik Hero in Frauenfeld, Juli 1952.


Hero

Ein Luxusproblem, würde man heute sagen: In den frühen 1960er Jahren sorgte man sich in der Schweizer Politik, weil die Wirtschaft zu stark wuchs. Insbesondere die Baubranche lief auf Hochtouren, billige Arbeitskräfte aus dem Süden waren gefragt; damals kamen sie hauptsächlich aus Italien. Brauchte es mehr von ihnen, um dem Bedarf der Unternehmen zu genügen? Oder weniger, um der Überhitzung der Konjunktur entgegenzuwirken?

Der Bundesrat beschloss, die Arbeitsmigration zu plafonieren, nicht zuletzt auf Drängen der Gewerkschaften. Doch diese Plafonierung war vor allem Theorie. In der Praxis nützten die versprochenen Beschränkungen wenig. Offiziell hielt man sich ans «Rotationsmodell», das heisst an die Idee, die ausländischen Arbeitskräfte würden ihr Einkommen vorübergehend in der Schweiz verdienen, um dann in ihr Heimatland zurückzukehren. Doch die Realität war komplizierter: Die «Gastarbeiter» verlangten nach der permanenten Niederlassung, viele blieben und gründeten eine Familie. Und viele Arbeitgeber wollten ihre Saisonniers, einmal eingearbeitet, dauerhaft beschäftigen und hatten keine Lust, jedes Jahr wieder neue Arbeitsverträge auszustellen. So wurde die Kluft zwischen Regulierung und tatsächlicher Zuwanderung immer grösser.

Zugleich entwickelte sich das «Ausländerproblem» zum Thema einer öffentlichen Debatte, die sich bald ebenso erhitzte wie die wirtschaftliche Konjunktur. Innenpolitisch wollten die Behörden jeden Zweifel daran zerstreuen, dass sich mit dem Rotationsprinzip die Arbeitsmigration kontrollieren lasse. Doch im Sommer des Jahres 1964 geschah in Rom Erstaunliches: Am 10. August unterschrieben die Vertreter Italiens und der Schweiz einen Staatsvertrag, der die Zuwanderung erleichterte und die Abkehr vom Rotationsprinzip bedeutete.

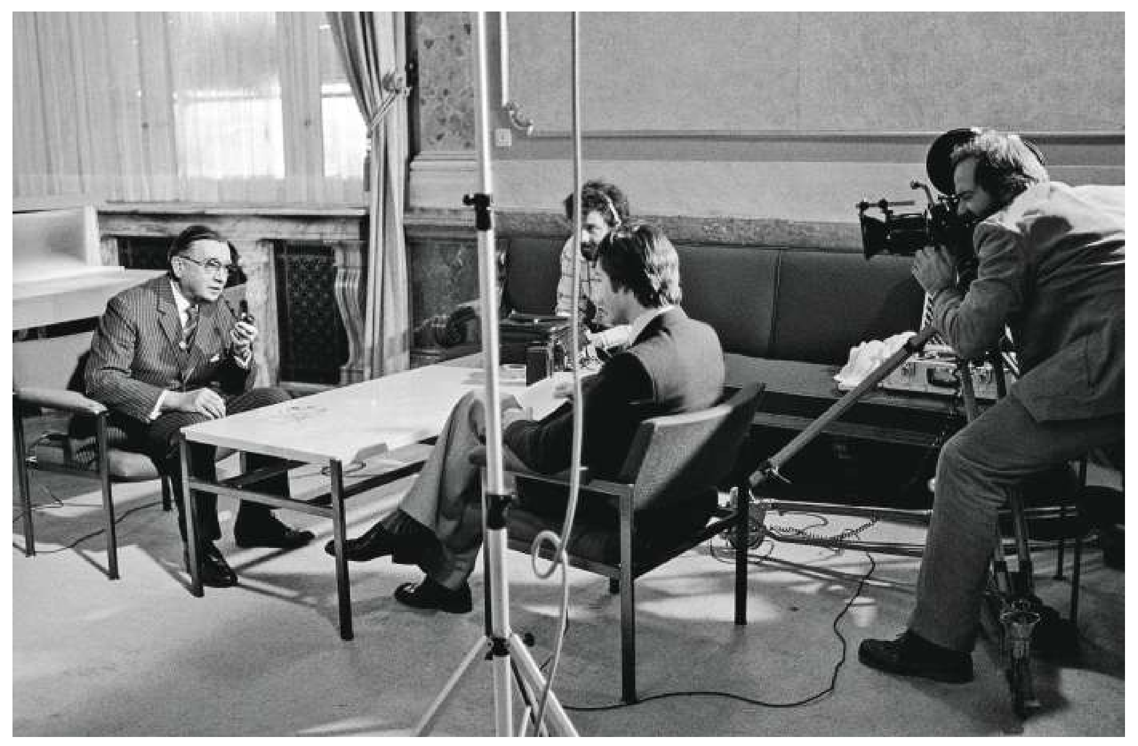
Konkret einigte man sich darauf, die Anwerbe-, Aufenthalts- und Arbeitsbedingungen für die italienischen Arbeitskräfte zu verbessern. Man beschloss, die grösste Migrantengruppe schrittweise mit den einheimischen Arbeitskräften gleichzustellen in Sachen Lohn, Arbeitnehmerschutz, Unfallverhütung und Gesundheitsvorsorge. Und man vereinfachte den Familiennachzug, indem man die Frist verkürzte, nach deren Ablauf eine Niederlassung möglich wurde.

Das «Italienerabkommen», wie es bald genannt wurde, war ein historischer Schritt. Es bedeutete einen migrationspolitischen Paradigmenwechsel: den Übergang vom Rotations- zum Niederlassungsmodell. Man anerkannte, dass die Zuwanderung eine dauerhafte Erscheinung war und sich der Lebensmittelpunkt der italienischen Arbeitsmigranten in die Schweiz verschieben würde. Das macht diesen Staatsvertrag zu einem Meilenstein der Zuwanderungs- und Wirtschaftspolitik. Zugleich markiert die politische Kontroverse, die er entfachte, den Beginn einer bis heute anhaltenden Auseinandersetzung darüber, wie viel Zuwanderung die Schweiz verträgt beziehungsweise braucht.

So viel weiss man in der historischen Forschung zum Thema. Aber eines wird oft übersehen: Mit dem «Italienerabkommen» stellte die Schweiz auch die Weichen in Richtung Europa. Bei den erleichterten Arbeits- und Niederlassungsbedingungen für die italienischen Migranten handelt es sich um die Anfänge jener Personenfreizügigkeit, die mittlerweile einen Pfeiler der Beziehungen mit der EU bildet. Tatsächlich steckt hinter dem Abkommen von 1964 eine aktive schweizerische Europapolitik – ohne sie lässt sich nicht erklären, warum der Bundesrat seinerzeit einen Schritt riskierte, von dem er wusste, dass er ihn besser nicht an die grosse Glocke hängte. In der Tat hielten die Behörden an der Rhetorik der Abwehr fest und betonten in der Öffentlichkeit weiterhin die Massnahmen, die – im Sinn der Konjunkturdämpfung – die Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte und die Zuwanderung beschränken sollten. Zugleich vollzogen die Unterhändler des Bunds, die Spitzen der Verwaltung und der Bundesrat in den Verhandlungen mit Italien den Wechsel zu einer liberalen Migrationspolitik.

Treibende Kraft war Hans Schaffner, seit 1961 für die FDP als Volkswirtschaftsminister im Bundesrat. Er war einer der wenigen Chefbeamten, denen der Sprung in die Regierung gelang, und er war bekannt für träfe Worte. Wenige Tage nach

Bild: Keystone/Str



Der Skandal um den Staatsvertrag von 1964 ist die Stunde von James Schwarzenbach: Der Rechtspopulist führt die aufkeimende Bewegung gegen die «Überfremdung» an. Hier bei einem Fernsehinterview, Dezember 1978.

der Unterzeichnung des Abkommens mit Italien schrieb er einem seiner Amtsdirektoren, «die Schweizer machen sich eben kolossale Illusionen, wenn sie glauben, sie könnten auf die Dauer nur die aktive, im Berufsleben stehende Bevölkerung des Nachbarstaates hereinnehmen, die Familien, Frauen, Kinder und Betagten aber zurücklassen». Das war ein Jahr bevor Max Frisch sein berühmt gewordenes Diktum «Man hat Arbeitskräfte gerufen, und es kommen Menschen» formulierte.

Als Handelsdiplomat mit einem Blick für die grösseren Zusammenhänge war Schaffner vertraut mit den Kräften, welche die internationale Wirtschaftspolitik bestimmten, und er war bestrebt, die Märkte für den Schweizer Export offen zu halten. 1957 war die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), die heutige EU, gegründet worden, und Behörden und Industrievertreter wollten vermeiden, dass die Schweiz abgehängt oder ausgeschlossen würde. Schaffner, damals noch Chef der Handelsabteilung, die im Volkswirtschaftsdepartement zuständig war für die Aussenwirtschaftspolitik, gab zwar wenig auf das Europa-Projekt, das Deutschland, Frankreich, Italien und die Benelux-Länder verfolgten. Er hielt es für zu klein gedacht. Aber ihm war klar, dass die Schweiz nicht um dieses neue Europa herumkam, ob sie nun Mitglied des entstehenden Gemeinsamen Markts war oder nicht.

Das wussten auch die Schweizer Unterhändler, die ab 1960 in Rom ihren italienischen Kollegen gegenübersassen: Wollte man gute Handelsbeziehungen mit der EWG, brauchte es eine Lösung, die sich an den europäischen Prinzipien orientierte. Darum konnten sie auch nicht ignorieren, was die italienische Seite für ihre Emigranten forderte – namentlich das Recht zum sofortigen Familiennachzug, wie es in der EWG seit 1957 galt, und die Niederlassungsbewilligung nach fünf Jahren. Italien sah seine Position durch die europäische Integration gestärkt. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hatten die italienischen



Die Behörden versprechen, die Zuwanderung zu begrenzen, aber es ist der Bedarf an billigen Arbeitskräften, der die Entwicklung bestimmt. Zürich, 1976: Italienische Arbeiter reisen in den Weihnachtstagen nach Hause.

Regierungen die Auswanderung nach Übersee und Nordeuropa gefördert, um den eigenen Arbeitsmarkt zu entlasten und die Arbeitslosigkeit im Land zu lindern. Diesem Zweck dienten sogenannte Anwerbeabkommen, wie sie mit der Schweiz seit 1948 bestanden. Italien verstand sich als Auswanderungsland, und dass die Schweiz die Zuwanderung von der Konjunktur abhängig machte und keine dauerhafte Niederlassung akzeptierte, war vorerst kein Problem.

Doch ab Mitte der 1950er Jahre kamen Italiens Behörden daheim unter Druck. Es gab Kritik an der Lage der eigenen Bürger im Ausland; an ihren schlechten Arbeitsbedingungen, am ungewissen Status ihres Aufenthalts und am verwehrten Familiennachzug. Zwar hielt die italienische Diplomatie an der Auswanderungspolitik als Ventil für den Arbeitsmarkt fest. Doch zugleich verlangte sie nun mehr als nur den Zugang zu den ausländischen Arbeitsmärkten: Sie kämpfte für freie Niederlassung, soziale Gleichstellung und das Recht auf Familiennachzug. Und sie hatte Erfolg. 1957 wurde die Personenfreizügigkeit zu einem Pfeiler der EWG. Bis heute fusst der Gemeinsame Markt auf dem freien Personen-, Handels-, Zahlungs- und Dienstleistungsverkehr.

Ab 1960 bekam die Schweiz das Powerplay Italiens zu spüren. Rom verlangte eine Revision des bestehenden Migrationsabkommens mit der Schweiz, und es profitierte in den Verhandlungen davon, dass die Schweiz den freien Personenverkehr als neues Prinzip der EWG nicht ignorieren konnte. Sie suchte nach einer Verständigung mit dem neuen Wirtschaftsblock. Und diese Verständigung hing auch von einer Lösung mit Italien ab, das zu diesem Block gehörte.

Das war allen Schweizer Vertretern klar, die zwischen 1960 und 1964 das neue Abkommen für die Schweiz aushandelten. Italien forderte neben der freien Niederlassung und dem erleichterten Familiennachzug auch die Aufnahme der Saisonniers in die Arbeitslosen- und in eine obliga-

torische Krankenversicherung sowie Familien- und Kinderzulagen, auch wenn die Angehörigen der Arbeitnehmer in Italien lebten.

Die Experten des Bunds signalisierten Entgegenkommen – man befürchtete, die Arbeitskräfte an Deutschland oder Frankreich zu verlieren. Die wichtigste Änderung in der Niederlassung akzeptierte Bern und kam Rom ein weites Stück entgegen: Nach fünf Jahren ununterbrochenen Aufenthalts konnten sich italienische Migranten und Migrantinnen frei in der Schweiz niederlassen und hier arbeiten. Und nicht nur das: Nach dieser Frist konnten auch ihre Ehepartner und Kinder in die Schweiz ziehen.

Die Verhandlungen mit Italien waren geheim, am 10. August 1964 wurde das «Abkommen über die Auswanderung italienischer Arbeitskräfte nach der Schweiz» unterzeichnet. Doch die italienische Presse bekam Wind davon, und so wurde es auch in der Schweiz bekannt, bevor der Bundesrat darüber informieren konnte. Es hagelte Kritik, Bundesrat Schaffner stand im Gegenwind. Die *Solothurner Zeitung* etwa warf ihm vor, «Wasser zu predigen und selber Wein zu trinken» – das sei «die Taktik, der sich unsere Behörden in letzter Zeit allzu gerne bedienen». Konkret: Die Plafonierung der ausländischen Arbeitskräfte werde durch das neue Abkommen ausgehebelt.

Hans Schaffner echauffierte sich in einer internen Notiz, das Abkommen werde, «bevor es überhaupt nur publiziert worden ist, nach Strich und Faden heruntergemacht». Der Haupttenor sei, so bemerkte der Bundesrat sarkastisch: «Der nach kürzerer Zeit mögliche Nachzug der Familien widerspricht der Konjunkturpolitik.» Kritische Stimmen zur Zuwanderung hatte es auch in der Nachkriegszeit schon gegeben, aus konservativen wie aus gewerkschaftlichen Kreisen. Mit der Skandalisierung des «Italienerabkommens» kippte jedoch die Stimmung.

Als das Parlament das Abkommen ratifizieren sollte, versagte die vorberatende Kommission des Nationalrats die Zustimmung – eine Schmach für die Regierung. Schaffner hatte zuvor die Kommission eindringlich gebeten, der «harmlosen Vereinbarung» zuzustimmen, die sowohl in der Schweiz als auch in Italien medial hochgespielt worden sei. Auf Geheiss der Kommission verfasste die Verwaltung eilends einen Ergänzungsbericht über die Plafonierungspolitik, über die «Beschränkung und Herabsetzung des Bestandes an ausländischen Arbeitskräften». So kam der Bundesrat mit einem blauen Auge davon, zwischen Februar und März 1965 genehmigte das Parlament den Staatsvertrag.

Doch die aufgeladene Debatte hatte Folgen. Ab 1964 formierte sich eine neue politische Bewegung, die gegen die Zuwanderung kämpfte und das Parteiensystem veränderte. Ihr Anführer war der konservative Zürcher Publizist James Schwarzenbach; 1967 zog der Rechtspopulist als erster Vertreter der «Nationalen Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat» in den Nationalrat ein. Migration wurde zum wiederkehrenden Thema von Wahlkämpfen, Initiativen und Referenden. Die «Schwarzenbach-Initiative», die die Reduktion des Ausländeranteils auf zehn Prozent der Gesamtbevölkerung verlangte, erreichte 1970 mit 46 Prozent Ja-Stimmen einen Achtungserfolg. Im Jahr darauf holten die Nationale Aktion und die politisch gleich gelagerte Republikanische Bewegung insgesamt dreizehn Nationalratssitze. Weitere Initiativen folgten, doch den Erfolg von 1970 konnte die Bewegung in jenen Jahren nicht mehr bestätigen.

Um ihr Wind aus den Segeln zu nehmen, versprach der Bundesrat, dem Parlament in jährlichen Berichten Rechenschaft über die Bemühungen abzulegen, den Bestand der ausländischen Arbeitskräfte zu stabilisieren. Statt dazu zu stehen, dass die Schweiz endgültig zum Einwanderungsland geworden war, feilten die Behörden an immer detaillierteren Begrenzungsmechanismen, die keine Wirkung zeigten. Die im «Italienerabkommen» gewährten Freiheiten führten dazu, dass sich ab 1965 immer mehr Familienangehörige in der Schweiz niederliessen. Die Begrenzung der Arbeitsmigration wurde zu einem mühseligen administrativen Akt.

Tatsächlich schlitterte die Schweiz mit dem «Italienerabkommen» in eine zunehmend widersprüchliche Politik. Zwar hatte man das Ende des Rotationsprinzips anerkannt und die Bedingungen für die Niederlassung und für den Familien-

nachzug der Saisonniers gelockert. Gleichwohl hielt man an dieser Ausländerkategorie fest, weil man mit ihr die Zuwanderung steuern zu können glaubte. So gab es festgelegte Kontingente für die «Gastarbeiter», doch wenn sie aufgebraucht waren, bewilligten die Kantone in der Regel Ausnahmen. Daraus resultierte keine Stabilisierung der Zuwanderung, sondern lediglich ein verlangsamtes Wachstum. Erst die Rezession Mitte der 1970er Jahre stoppte die Zuwanderung vorübergehend. Im Bundesrat wusste man, wie ambivalent der Umgang mit den Arbeitsmigranten war. «Wir sind eben insgesamt widerspruchsvoll und unvernünftig», notierte Hans Schaffner 1964. «Verstand und Vernunft sind bei uns rare Artikel geworden.»

Zwar hatten die Behörden mit dem Saisonnierstatut etwas in der Hand, als es um den Kampf gegen die Anti-Überfremdungs-Initiativen ging. Sie wussten aber auch, dass die temporäre Versorgung des Arbeitsmarkts mit günstigen Arbeitsmigranten wirtschaftspolitisch unklug war. Noch während die Diplomaten in Rom verhandelt hatten, hatte eine Studienkommission im Auftrag des Volkswirtschaftsdepartements einen Bericht zum «Problem der ausländischen Arbeitskräfte» erarbeitet. Es brauche Zurückhaltung bei der Rekrutierung, fanden die Experten – nicht wegen der «Überfremdung», sondern weil in Branchen mit vielen billigen Arbeitskräften die Produktivität gering sei. Die Industrie sollte sich stattdessen um den «Übergang zu einer kapitalintensiveren Produktionsweise» bemühen. Doch in der Industrie und in der Landwirtschaft hielt der Hunger nach günstigen Arbeitskräften an.

Auch das illustriert, in welchen Paradoxien die schweizerische Migrationspolitik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gefangen war. Die Behörden hielten am Saisonnierstatut fest, weil sie die Zuwanderung wie versprochen begrenzen und Rücksicht aufs innenpolitische Klima nehmen wollten. Zwar wurden die Erleichterungen, die man den Italienern gewährte, mit vergleichbaren Staatsverträgen auf die Bürger weiterer Staaten ausgedehnt. Damit besserte sich die Lage für jene Zugewanderten, die die Kriterien für eine permanente Niederlassung erfüllten. Doch alle anderen erfuhren die ganze Unmenschlichkeit des Saisonnierstatuts: Das Schweizer Recht riss Familien auseinander. Die «Gastarbeiter» mussten ihre Angehörigen in der Heimat zurücklassen. Oder sie brachten sie hierher und versteckten sie (*NZZ Geschichte* Nr. 31, Dezember 2020).

Der Genfer Historiker Toni Ricciardi beziffert dieses Leid in einem neuen Buch: Er kommt auf rund 50 000 italienische Kinder, die zwischen 1949 und 1975 in der Schweiz ein klandestines Leben führen mussten – Kinder, die nicht zur Schule gehen, nicht draussen spielen und keinen Arzt aufsuchen konnten, ohne ihre Ausweisung und Sanktionen für die Eltern zu riskieren. Dieses düstere Kapitel der Schweizer Geschichte wiegt noch schwerer, wenn man jene Kinder dazurechnet, die in Italien bei Verwandten aufwuchsen, weil die Eltern sie dort lassen mussten: Ricciardi schätzt die Zahl für den genannten Zeitraum auf eine halbe Million. Es sind Kinder, denen eine humane Kindheit verweigert wurde.

Mit dem «Italienerabkommen» von 1964 hatte die Schweiz einen Schritt Richtung Personenfreizügigkeit gemacht. Dass es nur ein halber war, zeigte sich bald – als sich die europäische Integration weiterentwickelte und es darum ging, mit der EWG das Freihandelsabkommen von 1972 auszuhandeln. Es sollte dereinst die Basis für die zahlreichen Abkommen werden, die heute als bilaterale Verträge mit der EU in Kraft sind. Doch damals drohte der Freihandel fast am freien Personenverkehr zu scheitern. Die Frage der ausländischen Arbeitskräfte, die vor allem Italien betraf, sei «voller Tücken und Fallen», schrieb das Volkswirtschaftsdepartement: «An ihr können die Verhandlungen scheitern, falls Italien seine Druckmöglichkeiten überschätzen sollte.»

Die Überfremdungsdebatte erreichte in jenen Jahren ihren Höhepunkt. Es gelang noch einmal, die Diplomaten in Brüssel und Rom zu überzeugen, die Frage der Personenfreizügigkeit auszuklammern und in eine separate Erklärung zu verbannen, aus Rücksicht vor der innenpolitischen Debatte. Doch danach war der freie Personenverkehr nicht mehr wegzuverhandeln, weder in den Diskussionen über den Europäischen Wirtschafts-

Bild: Gertrud Vogler, Sozialarchiv Zürich / Signatur: Sozarch_F_5107-Na-08-126-015; Illustration: Agata Marszalek

«Gleiche Arbeit – gleiche Rechte»: Die «Mitenand-Initiative» verlangt das Ende des Saisonnierstatuts, das Familien auseinanderreisst. Doch dafür ist es noch zu früh, sie geht mit 84 Prozent Nein an der Urne unter. Zürich, 1981.

raum (EWR, 1992) noch in den bilateralen Verträgen (2002). Seither gilt zwischen der Schweiz und den Staaten der EU und der Efta die Personenfreizügigkeit, also das Recht auf freie Niederlassung für Arbeitskräfte, die einen Arbeitsvertrag haben, und für ihre Familien. Das Saisonnierstatut hatte endgültig ausgedient. |G|



Thomas Gees, Jahrgang 1968, ist Historiker. Er hat seine Doktorarbeit über die schweizerische Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik im Kontext der europäischen Integration geschrieben. Heute arbeitet er als Dozent an der Berner Fachhochschule Wirtschaft und leitet dort die Fachgruppe «Public Sector Innovation».



Weiterführende Literatur

Diplomatische Dokumente der Schweiz (Hg.): Migrationsabkommen mit Italien. E-Dossier, www.dodis.ch/de/migrationsabkommen-mit-italien.

Thomas Gees: Die Schweiz im Europäisierungsprozess. Wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konzeptionen am Beispiel der Arbeitsmigrations-, Agrar- und Wissenschaftspolitik, 1947–1974. Zürich 2006.

Marcel Heiniger: Einwanderung, in: Historisches Lexikon der Schweiz, www.hls.ch/de/articles/007991 (Version vom 7. 12. 2006).

André Holenstein, Patrick Kury und Kristina Schulz: Schweizer Migrationsgeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Baden 2018.

Benyamin Khan: Unsichtbare Kinder. Der Umgang der Behörden mit versteckten Kindern von ArbeitsmigrantInnen in der Schweiz (1950er–1970er Jahre). Masterarbeit an der Universität Bern, 2020.

Toni Ricciardi: Kurze Geschichte der italienischen Migration in der Schweiz. Zürich 2023.

Jakob Tanner: Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert. München 2015.

Marc Vuilleumier: Ausländer, in: Historisches Lexikon der Schweiz, www.hls.ch/de/articles/010384 (Version vom 9. 7. 2015).



Oben: 1984, Familienpicknick bei der alten Jagdhütte in Jablanica in den Bergen Nordostbosniens. Nicht mehr im Bild, aber klischeegerecht drehte links von uns ein Spanferkel. – Mitte: 7. Januar 1992, letztes Weihnachtsfrühstück daheim in Crno Blato, Bosnien. – Unten: März 1992, Tuzla, Vater fährt in die Schweiz zurück, wo er als Saisonnier arbeitet. Er fuhr nie besonders gern, aber diesmal weinte er.

Ich wäre am liebsten heute noch Jugoslawin

Die Flucht in die Schweiz war lange her, der Krieg in Bosnien eine ferne Episode im Leben unserer Autorin. Doch dann kam der Abend, an dem er sie einholte. Was war damals wirklich passiert? Ein Stück Geschichtsschreibung in eigener Sache.

Von Tanja Miljanović

Im Sommer 2009 fuhr ich von Bern nach Stansstad, stellte mich breit in der Küche meiner Eltern auf und verkündete, dass ich meinen sicheren und gut bezahlten Job kündigen und ein Jahr um die Welt reisen würde. Vater lächelte. «Gut, geh. Aber kommst du nach Sidney oder Toronto, besuchst du meine Cousinen. Das gehört sich.» Ich stutzte, denn Verwandte kannte ich nur in Österreich, Deutschland und der Schweiz. Und in Ex-Jugoslawien, das war ja klar. Aber Vater winkte ab: «Ach Kind, der Krieg hat uns wie der Wind die Asche in alle Ecken der Welt verstreut.»

Das Flugzeug hob ab. Ich schaute nach unten auf die immer kleiner werdende Schweiz und freute mich auf das Abenteuer. Nepal, Sri Lanka, Neuseeland. Und dann ein halbes Jahr später Sidney. Papas Cousine Jelica und ihr Mann Luka freuten sich über unseren Besuch. Sie holten uns am Flughafen ab, obwohl wir uns auf ein Taxi geeinigt hatten, annullierten unser Hotel, weil bei ihnen doch Platz genug sei, zeigten uns vier Tage lang die Aussichtspunkte und die Strände und führten uns «junge Leute» in die besten Restaurants der Stadt aus. «Bosnische Gastfreundschaft mit australischem Überschwang – eine gelungene Integrationsgeschichte», flüsterte ich meinem Freund zu.

Nur einmal assen wir bei Luka und Jelica zu Hause. Doch einmal reichte, damit geschehen konnte, was geschehen musste, sobald Menschen aus meiner alten Heimat gemütlich und vertraut werden: Das Gespräch landete in Jugoslawien und im Krieg, als wäre es ein Naturgesetz. Der Krieg in Ex-Jugoslawien zwischen 1991 und 1995 war für die meisten Menschen der Region eine Zäsur: Kern und Ursprung vieler unerwarteter Lebensgeschichten. Darauf war ich vorbereitet.

Nicht erwartet hatte ich, dass an jenem Abend des 27. April 2010 ein bis dahin diffuser Krieg der *anderen* zu meinem Krieg werden würde. Dass er mich holen und sich wie ein Dolch in meinen Magen bohren und sich dort einmal kräftig drehen würde. Wir sassen und assen, und Luka erzählte von den Anfängen, den widersprüchlichen Nachrichten im Radio und Fernsehen, je nachdem, ob man einen serbischen, kroatischen oder bosnischen Sender hörte. Er erzählte von der Angst und der Mobilisierung. Vom Nationalismus, der wie ein Virus einige befiel und andere nicht. Er sprach über die Verwirrung und die Ohnmacht gegenüber Ereignissen um Tuzla herum, in seinem und meinem Bosnien, die stattfanden und doch einfach nicht wahr sein konnten.

Bilder: privat



13. Mai 1992, Crno Blato: Ein letztes Mal spielen, bevor wir «verreisen». Bruder, ich und ein Freund aus dem Dorf.

Er war Jurist mit dem Spezialgebiet Immobilien. Sie Englischlehrerin. Sie wollten nicht weg. Sie hatten gute Jobs, eine eigene Wohnung. Doch immer mehr Leute um sie herum begannen «wegzugehen», denn «fliehen», das tat man nicht. Konnte man nicht. Dafür hätte man sich den Krieg eingestehen müssen, und das ging nicht. Nicht bevor er mit den Stiefeln einmarschierte und auf die Menschen schoss. Und doch: Luka entschied, dass es für Jelica zu gefährlich sei. Sie liess sich überreden und verliess am frühen Morgen des 15. Mai 1992 die Stadt. Am gleichen Tag wurde Tuzla abgesperrt, und das Paar sah sich ein Jahr nicht mehr.

«Am 15. Mai?», fragte ich überrascht. «Ja», antwortete Luka. «1992?», hakte ich nach. «Ja. Am 15. Mai 1992 kam es an der Kreuzung Brčanska Malta zum ersten Mal in Tuzla zum offenen Gefecht.» Mir wurde plötzlich etwas übel.

15. Mai 1992, das war zwölf Tage vor meinem neunten Geburtstag. Das musste falsch sein. Diesen Geburtstag hatten wir schon in Belgrad gefeiert. Und davor waren wir noch etwa eine Woche bei Grossvater Rado gewesen. So nahe konnte uns der Krieg nicht gewesen sein, er musste später angefangen haben. Das Kartenhaus meiner persönlichen Geschichte wackelte, und während die anderen weiter plauderten, hörte ich erneut die Schüsse in den Wäldern und wusste, dass Mutter gelogen hatte. Das nächtelange Hochzeitsgeballere auf den Hügeln um unser Dorf herum? Das war der Krieg. Skianzüge statt Pyjamas? Keine mystische Grippe, sondern Bereitschaft. Fünf Kinder und zwei Frauen mit dem alten Škoda spontan auf dem Weg nach Belgrad? Kein nächtliches Abenteuer, sondern Flucht.

Ich erhob mich, ging ins Bad, schloss die Tür und setzte mich auf den WC-Deckel. Die Schweiz hatte nicht mit netten Ferien beim Vater angefangen, der die meiste Zeit des Jahres dort arbeitete. Ich war ein Flüchtlingskind.

Im Sommer 2010 flog ich in die Schweiz zurück und trat in Basel den Masterstudiengang Osteuropäische Geschichte an. Ich wollte Zahlen, Fakten, Wahrheit. Doch osteuropäische Geschichte bedeutete in der Schweiz noch weitestgehend russische Geschichte, Lehrveranstaltungen zu Südosteuropa gab es kaum. Das war schade, aber nicht schlimm, denn ich fürchtete mich in Basel im Jahr 2010 mehr vor der Wahrheit über die jugoslawischen Kriege als damals, als sie noch in den Dörfern, Städten und Bergen meiner ersten Heimat gewütet hatten.

In unserem neuen Daheim am Vierwaldstättersee, in diesem winzigen Zimmerchen mit



Ostern 1993: Vater und ich beim Eiertütsche in unserem Zimmer in Stansstad, Nidwalden.



Sommer 1996, Tuzla: Einer unserer ersten Spaziergänge in der Stadt nach dem Ende des Kriegs. Das war ein sonderbares Gefühl.

der riesengrossen Gemeinschaftsküche und dem luftig weiten Aufenthaltsraum im Wohntrakt der Firma Longhi Bau AG, war der Krieg für mich persönlich weder 1992 noch in den Folgejahren ein wichtiges Thema gewesen. Vater war einer von Dutzenden Saisonniers. Sie stammten aus Portugal, Italien, Spanien, Jugoslawien oder Albanien. Immer war etwas los, die Männer kochten, witzelten, fluchten, und manchmal spielten sie auch mit meinem Bruder und mir. Die meisten hatten selber Kinder, nur waren ihre Kinder nicht da.

Ausserdem hatte ich eigene Sorgen. Bei der Einschulung sagte unsere Übersetzerin, ich hätte die letzte Klasse «nicht gemacht», statt «nicht ganz fertig gemacht», und so wurde ich wegen eines fehlenden Monats erneut in die dritte statt in die vierte Klasse eingeschult. Am ersten Tag nahm ich statt eines Znünis zwei Wörter Deutsch mit. Freundschaften erwiesen sich als schwierig. Ich war auffällig genug, da musste ich niemanden in unser Zwei-mal-drei-Meter-Alleszimmer und in die männergefüllten Gemeinschaftsräume zum Spielen einladen.

Manchmal sagte ich mir auch, dass es so schlimm nicht war und in Bosnien kein richtiger Krieg wütete, denn in einen richtigen Krieg fährt man nicht, und wir fuhren Jahr um Jahr *runter*.

Und doch. Gewisse Dinge waren auch *unten* anders geworden, das liess sich nicht verdrängen. Tuzla zum Beispiel lag ausser Reichweite, auf der anderen Seite des Majevica-Massivs, *drüben,* samt den meisten unserer Freunde. Da konnten wir nicht hin. Genauso wie wir nicht durch Kroatien fahren konnten, sondern den Umweg über Ungarn und Serbien nahmen. Dreissig Stunden Fahrt und am Ende der Reise immer nur Wälder, denn die Adria vor Tante Borkas Haus war wie Tuzla zu einem Nicht-Ort mutiert, über den man zwar sprechen, den man aber nicht mehr berühren konnte.

Wir beerdigten Orte genauso wie Menschen. Aus der Ferne. Und das Einzige, was von ihnen übrig blieb, waren Erinnerungen. Und Sehnsucht. Die Welt schien sich in schmerzerfüllten Wehen zusammenzuziehen und zu schrumpfen. Nur Friedhöfe gediehen in dieser Zeit. Sie breiteten sich wie Unkraut in alle Richtungen aus, doch statt Löwenzahn wuchsen Grabsteine. Ein neues kollektives Gedächtnis entstand: Jugoslawien löste sich als Staat auf und wurde, wie es der Historiker Pierre Nora sagen würde, zu einem Erinnerungsort, einem *lieu de mémoire*.

Während wir uns krampfhaft erinnerten, interessierte sich in der Schweiz niemand mehr

Bilder: privat

für dieses zerbrochene Experiment zwischen Ost und West. Dafür schmückte das neue, das kriegsgebeutelte Jugoslawien manche Schlagzeile. Journalisten und vermeintliche Experten schrieben sich als schnellgebleichte Historiker in Rage; für viele war Jugoslawien, ähnlich wie «der Balkan» an sich, ein mit Stereotypen behaftetes Schimpfwort.

Die Historikerin Maria Todorova gab mit ihrem Buch *Die Erfindung des Balkans* 1997 Gegensteuer: Sie zeigte, wie sich der Westen zu Beginn des 20. Jahrhunderts diesen Raum als barbarisch, aggressiv und halbzivilisiert ausmalte. Laut ihrer Theorie des Balkanismus warfen westliche Beobachter einen einseitigen und vereinfachenden Blick nach Jugoslawien, sie sahen im Krieg den natürlichen Zustand kriegsdurstiger Völker von Ewiggestrigen. Den jugoslawischen Kommunismus verstanden sie als zeitlich beschränkte Gefriertruhe für einen seit je schwelenden Hass zwischen den verschiedenen Ethnien in dieser Region.

Das Kollegium St. Fidelis, die Mittelschule Nidwaldens in Stans, beherbergte kaum Leute wie mich, dafür reichlich gut situierte Akademikerkinder, die nicht nur Zeitungen, sondern auch populärwissenschaftliche Zeitschriften lasen. Bei ihnen daheim lag die Politik nicht in einem Sarg im Keller, sondern wurde beim Abendessen als Konversation gepflegt. Hier sprach man nicht nur über Hass und Barbarei wie am Stammtisch im Restaurant Garni, wo Mutter arbeitete. Hier ging es um das «System».

Dass die Sowjetunion im Osten untergehen musste, war eine historische Gewissheit. Dass auch Jugoslawien zerfiel, der unbequeme Zwitter, das blockfreie Gebilde der Südslawen, war ein zusätzlicher Triumph und bewies die Überlegenheit des Westens. Wer einen Sonderweg einschlug, Rosinen aus verschiedenen Systemen pickte und sich als Vermittlerin zwischen anderen Staaten aufdrängte, war unentschlossen und musste absterben. Da waren sich meine Urschweizer Mitgymnasiasten einig, auch wenn sie damit an Jugoslawien all das kritisierten, was sie an der Schweiz liebten. Doch diese Ironie begriff ich leider erst spät. Damals schämte ich mich nur. Wer wollte schon eine ewiggestrige Barbarin sein, ein *Jugo?*

Im Gegensatz zu den meisten Flüchtlingen aus Ex-Jugoslawien hatte unsere Familie nie einen Flüchtlingsstatus. Das war Mutters Bedingung, und tatsächlich fand mein Vater zusammen mit den freundlichen Damen von der Fremdenpolizei eine andere Lösung, bevor er uns im Juni 1992 in Belgrad besuchte und in einem leicht überfüllten Fernreisebus nach Stansstad holte. Da er bereits seit 1990 in der Schweiz als Saisonnier gearbeitet hatte und für unseren Unterhalt sorgen konnte, erhielten meine Mutter, mein Bruder und ich ein Kurzaufenthaltsvisum, das wir bis Ende 1995 alle drei Monate verlängern durften. Ferner achtete Vater darauf, dass sein eigenes Aufenthaltsvisum ausserhalb der Arbeitssaison sein Saisonniervisum nicht tangierte und er jedes Kalenderjahr neun Monate Arbeitsaufenthalt sammeln konnte. Im Dezember 1994 bekam er das Anrecht auf die Aufenthaltsbewilligung (Ausweis B), der Rest der Familie ein Jahr später.

Was wie eine bürokratische Formfrage anmutet, war entscheidend: Da unsere Familie nie einen Flüchtlingsstatus gehabt hatte, wurden wir nach dem Krieg nicht abgeschoben und durften in der Schweiz bleiben. Der Preis waren regelmässige Reisen in ein Kriegsgebiet, um unsere Pässe zu erneuern, denn wer kein Flüchtling war, benötigte gültige Dokumente aus seinem Heimatland.

Während meines Studiums in Basel besuchte ich mangels Alternativen Veranstaltungen über die Teilungen Polens, den Totalitarismus in der Sowjetunion oder Staatlichkeit in Somalia. Was ich lernte, wendete ich auf den Raum des ehemaligen Jugoslawien an und näherte mich, sozusagen von den Rändern her, meinem Krieg. In meiner Masterarbeit schlich ich mich von hinten an ihn heran. Ich thematisierte eine Schnittstelle zwischen Geschichts- und Politikwissenschaft, die Vergangenheitsbewältigung. Die Friedensforschung besagt, dass nachhaltiger Friede erst möglich ist, wenn die gemeinsame Konfliktgeschichte aufgearbeitet ist. War sie das?

Die Frage stellte ich mir fast zwanzig Jahre nach dem Kriegsende. Im Rahmen einer wissen-

Bilder: privat



1995, Bijeljina: Besuch in der neuen Flüchtlingsunterkunft von Grossmutter Joka, Tante Mara und Grossvater Vukašin.

Bei den Grosseltern, 1995. Die Besuche in Bosnien waren meist mit Tränen verbunden, beim Kommen wie beim Gehen.

schaftlichen Assistenzstelle leitete ich ein Proseminar und wagte mich gemeinsam mit meinen Studenten einen weiteren Schritt an den Krieg heran. Diesmal von vorn: Was waren die Ursachen? Was hatte die Menschen radikalisiert? Wieso konnte der Nationalismus wiederbelebt werden? War es Hass? Ich war erleichtert, als ich feststellte, dass Hass in Jugoslawien, genauso wie in anderen Konflikten, nicht einfach da war, sondern gezielt gesät wurde, um Ängste zu schüren und Menschen aufzupeitschen. Er ist ein politisches Instrument der Entmenschlichung und der Mobilisierung. Hass ist keine Ursache. Hass ist das Ziel.

Wer an den wahren Ursachen für den Konflikt in Jugoslawien interessiert war, konnte aus einem breiten Fächer auswählen. Die Ölkrise von 1973 hatte das Land schwer getroffen, und die weltweite Wirtschaftskrise der 1980er Jahre liess die Inflation in den Himmel steigen. Der bis dahin kritisch diskutierte Finanzausgleich zwischen den finanzkräftigen Republiken im Norden (Kroatien und Slowenien) und jenen im Süden (insbesondere Bosnien und Kosovo) gewann an Brisanz.

Gleichzeitig fürchteten religiöse Führer in einem Jugoslawien, das immer säkularer wurde, um ihren Einfluss. Da auf dem Balkan die nationale Identität durch die Religionszugehörigkeit und nicht durch die Sprache definiert wurde, gaben sich Nationalisten und Kirchen die Hand und stürmten gemeinsam nach vorn. Im Tumult und Geschrei der Lautesten verdrängten Mythen und Halbwahrheiten die Fakten. Erneut zeigte sich, was sowohl der Religionswissenschafter Ernest Renan 1882 als auch rund hundert Jahre später der Politologe Walker Connor beschrieben hatten: Nationalgefühl ist im Glauben an eine Nation und Gemeinschaft begründet und nicht in historisch verifizierbaren Gegebenheiten.

Die Medien bliesen ins Feuer, statt es zu löschen. Gerade im ethnisch stark gemischten Bosnien, wo es zahlreiche konfessionsübergreifende Ehen gab, hörten die Leute von jeher verschiedene Sender – bosnische, kroatische, serbische. Doch mit dem Krieg wurde die Berichterstattung immer gegensätzlicher. So berichtete beispielsweise das serbische Radio, dass die Jugoslawische Volksarmee am 20. November 1991 in Vukovar einmarschiert sei und die Stadt «befreit» habe. In den kroatischen Medien aber erfuhr man, dass dieselbe Armee gemeinsam mit serbischen paramilitärischen Truppen ein Massaker an Kriegsgefangenen und Zivilisten verübt hatte. Wem man vertraute, wurde zu einer Bekenntnisfrage.



Sommer 1997, Bijeljina: Einer der letzten Abende mit meiner Grossmutter, sie starb wenige Monate später. Links meine Mutter.

Die allermeisten entschieden sich für die eigene Bevölkerungsgruppe, weil der Krieg von allen Seiten als ethnischer Vernichtungskrieg aufgefasst wurde (obwohl nur die muslimische Bevölkerung tatsächlich vom Genozid bedroht und spätestens in Srebrenica auch betroffen war). So bewahrheitete sich auch die Theorie der «Massenzeremonie des Zeitungslesens» des Politikwissenschafters Benedict Anderson: Wer das Gleiche las und über das Gleiche weinte, entwickelte eine gemeinsame Erfahrungswelt, baute eine neue Kontinuität auf und legte so den Grundstein für eine neue Identität.

Ich wäre am liebsten heute noch Jugoslawin. Wir hatten echte Probleme, aber Probleme haben auch die Amerikaner. Wieso griffen ausgerechnet wir zu den Waffen? Rund hunderttausend Tote. Mehr als zwei Millionen Vertriebene. Wie konnten sich Menschen das antun? Zahlen und Fakten gab es – ich jedoch wollte das Gefühl, den Antrieb und den Schmerz verstehen. Also machte ich mich erneut auf die Suche und schrieb diesmal einen Roman. Ich stellte Frauen in den Vordergrund und mit ihnen eine der niederträchtigsten Kriegswaffen, die Vergewaltigung.

Bald wird sich der Friedensvertrag von Dayton, der den Bosnienkrieg 1995 beendete, zum dreissigsten Mal jähren. Das Interesse an Bosnien erlebt einen Aufwind. Das hängt auch mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine zusammen. Die Bilder erinnern viele von uns an die eigene Erfahrung und lösen Gefühle aus, für die wir als Kinder keine Zeit hatten. Die Eltern gingen gebückt und arbeiteten sich kaputt – wir wollten helfen und keine zusätzlichen Probleme schaffen. Dafür lernten wir mit zehn Jahren besser dolmetschen als mancher Masterstudent. Heute sitzen unsere Kinder und die Kinder meiner ehemaligen Mitschülerinnen mit ukrainischen Flüchtlingskindern in den Klassen. Wir erinnern uns und stellen Fragen.

Einfache Antworten gibt es nicht, aber so viel weiss ich: Wenn jemand ewigen Hass zwischen den Völkern als Erklärung für irgendeinen Konflikt bemüht, ist die Person entweder nicht informiert oder handelt mit Kalkül. Beidem sollten Sie mit Misstrauen begegnen. 



Tanja Miljanović, Jahrgang 1983, ist Historikerin, Autorin und Politikerin der Grünen Freien Liste im Stadtberner Parlament. Im September erscheint im Zytglogge-Verlag ihr erster und teilweise autobiografischer Roman über den Bosnienkrieg: *Wenn wir wieder Menschen sind.*

Weiterführende Literatur

Marie-Janine Calic: Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert. München 2010.
Slavenka Drakulić: Keiner war dabei. Kriegsverbrechen auf dem Balkan vor Gericht. Wien 2004.
Mark Mazower: Der Balkan. Berlin 2007.
Pierre Nora: Zwischen Geschichte und Gedächtnis. Berlin 1990.
Jacques Sémelin: Säubern und Vernichten. Die politische Dimension von Massakern und Völkermorden. Hamburg 2007.
Holm Sundhaussen: Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten 1943–2011. Wien u. a. 2012.
Maria Todorova: Die Erfindung des Balkans. Europas bequemes Vorurteil. Darmstadt 1999.

Bild: privat; Illustration: Agata Marszalek

Nächste Ausgabe:

AFRIKA

KANONADE VON VALMY

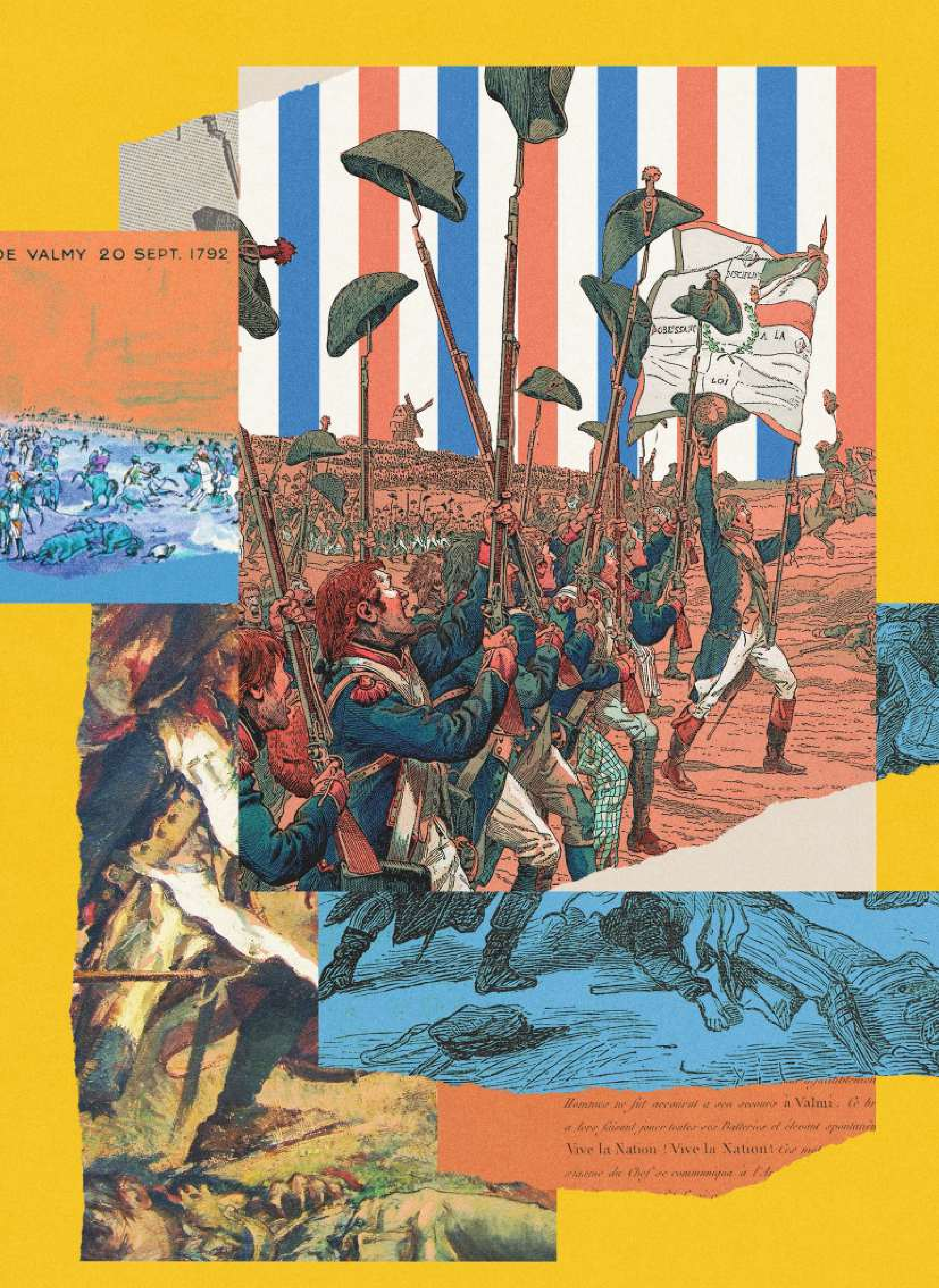
Das Ziel der preussischen Truppen war klar: 1792 wollten sie in Frankreich die Revolution beenden und den König wieder einsetzen. Daraus wurde nichts. Sie trafen auf einen Gegner, der erstmals nicht nur für Sold, sondern für eine Idee kämpfte.

Text Ute Frevert **Illustration** Ricardo Santos

Hat er ihn tatsächlich gesagt, am Abend des 20. September 1792? Oder hat er ihn erst drei Jahrzehnte später in seine Erinnerungen eingefügt? Die Rede ist von Johann Wolfgang von Goethes vielzitiertem Satz: «Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus, und ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen.»

Historiker wie Arno Borst sind skeptisch, ob Goethe sich bereits 1792 so geäussert hat. Dass er vor Ort war bei der «Campagne in Frankreich», ist zwar verbürgt. Als Freund und Minister des Herzogs von Sachsen-Weimar-Eisenach begleitete er seinen Chef auf dem preussisch-österreichischen Feldzug gegen das revolutionäre Frankreich. Hoch zu Ross verschaffte er sich, allen Warnungen trotzend, einen Überblick über die Gefechtslage. Am 20. September aber gab es gar kein Gefecht. Preussische und französische Truppen standen einander bei Valmy, einem Dorf im Nordosten Frankreichs, reglos gegenüber. Über ihre Köpfe donnerten die Kanonenkugeln, zehntausend Schüsse sollen auf jeder Seite abgefeuert worden sein. Die Franzosen hatten die moderneren Geschütze und den besseren Platz auf einer Anhöhe. Weder Infanterie noch Kavallerie kamen zum Einsatz. Die Verluste hielten sich in Grenzen: Am Ende des Tages zählte jede Seite etwa 200 Tote und Verletzte, bei einer Truppenstärke von 82 000 (Frankreich) und 57 000 Mann (Preussen, Österreich, französisches Korps).

Was nun war daran so neu und weltbewegend, wie es Goethe suggerierte? War es die Tatsache, dass die Artillerie die Sache unter sich ausmachte und dazwischen «alles eigentlich nur Zuschauer und Zuhörer» blieb? Oder liess der Dichter lediglich eine flapsig-ironische Bemerkung fallen, um die gedrückte Stimmung im preussischen Lager aufzuhellen? Hatte man am Morgen noch gehofft, «die sämtlichen Franzosen anzuspiessen und aufzuspeisen», ging am Abend «jeder vor sich hin, man sah sich nicht an, oder wenn es geschah, so war es um zu fluchen oder zu verwünschen». Gefragt, was er darüber denke, gab Goethe den später berühmten Satz zum


DE VALMY 20 SEPT. 1792
A LA
LOI
Vive la Nation ! Vive la Nation !

Besten, so wie er den Kreis schon öfter «mit kurzen Sprüchen erheitert und erquickt» hatte.

Wahrscheinlicher jedoch ist es, dass Goethe der Satz erst nachträglich eingefallen ist. Um 1820, als er seine Erinnerungen zu Papier brachte, besass er ein sehr viel klareres Bild der Geschehnisse von 1792 und davon, was ihnen folgte. Man wusste mittlerweile, dass die «Campagne in Frankreich» am Anfang einer langen Kette von Kriegen stand, die Europa (und andere Weltgegenden) von Grund auf erschütterten. Man kannte die Bedeutung, die Napoleon Bonaparte den Ereignissen von Valmy zuschrieb: Hier seien die Feinde Frankreichs zurückgeschlagen worden, und hier habe der französische Siegeszug durch Europa begonnen. Zum Dank erhob er Marschall François-Christophe Kellermann als damaligen Befehlshaber 1808 zum Duc de Valmy. Das Schlachtfeld geriet zur nationalen Erinnerungsstätte, gekrönt von einem Obelisken, in dem Kellermanns Herz 1820 bestattet wurde.

Erst vor diesem Hintergrund ergab Goethes Satz Sinn, und dies sogar in doppelter Hinsicht, nämlich militärhistorisch, aber auch politisch und gesellschaftlich. Militärhistorisch war das, was als Kanonade von Valmy in die Geschichtsbücher eingegangen ist, eine Überraschung für beide Seiten. Siegesgewiss war der Oberbefehlshaber der österreichisch-preussischen Armeen, Herzog Karl Wilhelm Ferdinand zu Braunschweig und Lüneburg, in Frankreich einmarschiert. Er war als erfolgreicher Feldherr Friedrichs II. bekannt und galt als erfahrener Stratege. Ziel der alliierten Truppen war es, nach Paris vorzustossen, die Revolution zu beenden und den französischen König in seine alten absolutistischen Rechte einzusetzen. Unterstützung erfuhren sie von einem Korps adliger französischer Emigranten, die aus ihrem Hass auf die Pariser Revolutionsregierung kein Hehl machten. Sie hatten dem Herzog von Braunschweig versichert, dass er in Frankreich willkommen sei, dass die Bevölkerung ihn als Befreier feiern und die französischen Truppen zu ihm überlaufen würden. Nichts davon trat ein. Dennoch gelang es den Preussen anfangs, wichtige Festungen einzunehmen. Bei Valmy aber trafen sie auf einen zahlenmässig überlegenen Gegner, der keine Anstalten machte, klein beizugeben.

Zwar eilte der preussischen Armee der Ruf einer gut geölten Kriegsmaschine voraus. Und tatsächlich wirkte der Aufmarsch der Infanterie am 20. September 1792 in linearer Formation zunächst einschüchternd. Auf französischer Seite standen zahlreiche Soldaten, die sich freiwillig gemeldet hatten und nur kurz für das Kriegshandwerk ausgebildet worden waren. Doch auch altgedienten Recken sassen die Niederlagen der vergangenen Wochen im Nacken. Dass sie gleichwohl die Reihen fest geschlossen hielten, verdankte sich nicht zuletzt einer mitreissenden Ansprache von Marschall Kellermann, die im Ausruf «Vive la nation!» gipfelte. Kellermann schwor seine Männer damit auf die Verteidigung Frankreichs als Nation freier Bürger ein. Indem sie den Interventionstruppen die Stirn boten, kämpften sie eben nicht mehr, wie früher, für den König, sondern für sich selber und ihresgleichen, für die Unabhängigkeit und Souveränität des Volks und seine freiheitliche Verfassung.

So hatte es im Juli 1792 bereits die Pariser Nationalversammlung in ihrem Dekret *La Patrie est en danger* formuliert. Der im September erneuerte Aufruf an die Bürger, sich angesichts des Ansturms feindlicher Militärverbände freiwillig zu melden und die Errungenschaften der Revolution zu schützen, blies ins gleiche Horn. Hier zeichnete sich bereits ab, was ein Jahr später als *Levée en masse* («Massenaushebung») Gestalt annahm und die Moderne nachhaltig prägen sollte. Kriege wurden fortan völlig anders geführt, mit

---

Die Serie

Bisher erschienen:
- Russische Revolution
- Boxeraufstand
- Erklärung der Menschenrechte
- Beveridge-Plan
- Eroberung Amerikas
- 1968

Nächste Folge: Club of Rome

Illustration: Agata Marszalek

anderem Personal, anderer Taktik und anderen Zielen. Regierungen, egal ob monarchisch oder republikanisch, verliessen sich nicht mehr auf lang dienende Berufssoldaten, sondern rekrutierten ihre Mannschaften aus den jungen Männern des Volks. Die allermeisten blieben nur für die Dauer des Kriegs bei der Fahne und kehrten anschliessend wieder ins bürgerlich-zivile Leben zurück. Allerdings zeigte sich rasch, dass auch diese *soldats-citoyens* ein gründliches militärisches Training benötigten. Das Prinzip der allgemeinen Aushebung zum Kriegsdienst, 1793 in Frankreich geboren, verband sich deshalb mit dem, was der preussische Beamte Barthold Niebuhr 1808 als «dummen Friedensdienst» abkanzelte: einer einmal kürzeren, einmal längeren Ausbildungs- und Übungszeit in der Kaserne.

Diese revolutionäre Veränderung der Militärverfassung hatte weitreichende politische und gesellschaftliche Folgen, in Kriegs- wie in Friedenszeiten. Sie erlaubte es Regierungen zum einen, grössere Armeen zu mobilisieren und sie, wie der preussische Offizier Carl von Clausewitz während der Napoleonischen Kriege beobachten konnte, mit «Energie» und «Enthusiasmus» auszustatten. Zum anderen schuf sie die Voraussetzungen dafür, dass militärische Denk- und Fühlweisen in breiten Kreisen der Bevölkerung heimisch wurden. Viele Länder Kontinentaleuropas, die während des 19. Jahrhunderts die Wehrpflicht für Männer einführten, gerieten in den Sog einer sozialen Militarisierung, die sich in Schulen und Universitäten ebenso abbildete wie in Jugendbüchern und Promenadenkonzerten von Militärkapellen. Damit rückten das Militär und der kriegerische Ernstfall auch denjenigen Menschen nahe, die damit früher kaum je in Berührung gekommen waren. Kinder und Jugendliche veranstalteten Wehrsportübungen, Frauen organisierten «Liebesgaben» für die Soldaten, Veteranen reichten ihre Erfahrungen an die nächste Generation weiter und sorgten als Mitglieder von Kriegervereinen für patriotische Hochstimmung, mit einem gehörigen Schuss Bellizismus.

Dass Goethe eine solche Entwicklung 1792 oder 1822 voraussehen konnte, ist unwahrscheinlich. Sein Bericht bleibt in dieser Hinsicht stumm. Umso beredter war Clausewitz. In den militärhistorischen und -theoretischen Aufzeichnungen, die nach seinem Tod 1831 publiziert wurden, betonte er immer wieder, dass Kriege seit der Französischen Revolution von einem «blossen Geschäft der Regierungen» zu einer «Sache des Volkes» und der «Staatsbürger» geworden seien. Ähnlich formulierte es 1903 Ferdinand Foch, Professor für Strategie an der Pariser Militärakademie und im Ersten Weltkrieg zum Marschall von Frankreich erhoben. Er zitierte Goethe und befand, 1792 seien die Kriege der Könige von den Kriegen der Völker abgelöst worden. Clausewitz wie Foch und dem deutschen General Helmuth von Moltke war klar, dass damit eine gefährliche Entgrenzung des Kriegs einherging und der Krieg, O-Ton Clausewitz, seine «absolute Gewalt» erreichte. In Valmy war diese Gewalt noch durch die Kanonade gebremst worden. Spätestens seit dem August 1914 aber entfaltete sie ihre volle zerstörerische Kraft. |G|

Weiterführende Literatur

Ute Frevert (Hg.): Militär und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart 1997.
Dies.: Die kasernierte Nation. Militärdienst und Zivilgesellschaft in Deutschland. München 2001.
Karen Hagemann u. a. (Hg.): The Oxford Handbook of Gender, War, and the Western World since 1600. New York 2020.
Christa Hämmerle: Ganze Männer? Gesellschaft, Geschlecht und Allgemeine Wehrpflicht in Österreich-Ungarn (1868–1914). Frankfurt am Main 2022.
Gerd Krumeich: Zur Entwicklung der «nation armée» in Frankreich bis zum Ersten Weltkrieg, in: Roland G. Foerster (Hg.): Die Wehrpflicht. München 1994, S. 133–145.



Ute Frevert, Jahrgang 1954, leitet am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin den Forschungsbereich «Geschichte der Gefühle». Zuvor hatte sie Professuren in Berlin, Konstanz, Bielefeld und an der Yale University in den USA. Ihre jüngsten Bücher: *Die Politik der Demütigung* (Fischer 2017), *Kapitalismus, Märkte und Moral* (Residenz 2019) und *Mächtige Gefühle. Von A wie Angst bis Z wie Zuneigung* (Fischer 2020).



Aufruhr im Äther

«Kultur selber machen» lautete das Motto: Mit illegalen Sendern wehrten sich Radiopiraten in den 1970er und frühen 1980er Jahren gegen das Rundfunkmonopol der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft.

Von Anne-Christine Schindler

Wer dem alten Brauch glaubte, stellte sich an diesem Frühlingsabend 1978 auf einen heissen Sommer ein. Bloss zwölf Minuten lang ritten die Zürcher Zunftherren um den brennenden Scheiterhaufen, ehe der mit Knallkörpern gefüllten Schneemannsfigur, dem Böögg, der Kopf zersprang. Wer in diesem Moment vor dem Radio sass und den Frequenzwahlknopf über 100 Megahertz drehte, hörte die raue Stimme des deutschen Sängers Rio Reiser. Radio Schwarzi Chatz, ein illegaler Piratensender, verbreitete sein Programm auf UKW und bot einen Kontrast zur Geräuschkulisse der bürgerlichen Stadt: Rio Reiser sang hier mit seiner Politrockband «Ton Steine Scherben» gegen den Sechseläutenmarsch.

Radio Schwarzi Chatz ging am Sechseläuten 1978 zum ersten Mal «on air». Die Sendung hatten die Piratinnen und Piraten von Jugendlichen gestalten lassen, die im Jugendhaus Schindlergut aktiv waren. Das «Schigu» war damals einer der wenigen sozialen und kulturellen Freiräume in Zürich; Kulturgelder flossen hier vorwiegend in die grossen Kulturinstitutionen.

Aber nicht nur in der Stadt, auch im Äther fehlte es damals an alternativen kulturellen Angeboten. Die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) besass als einzige Rundfunkanstalt im Land eine Programmkonzession – und damit das Monopol auf die Massenmedien Fernsehen und Radio. Als öffentlichrechtliche Anstalt setzte sie Themenschwerpunkte, sendete Musikprogramme, übertrug Gottesdienste, produzierte Hörspiele und prägte so das kulturelle Leben der Schweiz mit.

Jahrzehntelang blieb dieses Modell unhinterfragt. Doch in den 1970er Jahren kam von verschiedenen Seiten Kritik auf. Von rechts warf man der SRG Linkslastigkeit vor, während man



Bild: Fotograf unbekannt, Museum für Kommunikation, FFF_11921

Peilwagen der PTT: Mit ihm konnte man die Empfangsqualität an einem Ort messen, aber auch Schwarzsender orten und stören. Nähe Bern, im Hintergrund der Sendeturm auf dem Bantiger, 1973.

von links strukturelle Reformen innerhalb des Monopolbetriebs forderte. Auch waren immer mehr Hörerinnen und Hörer unzufrieden mit den Radioprogrammen der SRG, wichen auf die Pop- und Rocksender aus den Nachbarländern aus, die sie empfangen konnten. Man hinterfragte das SRG-Monopol und forderte eine Öffnung des Rundfunks für private Anbieter.

Beim Bund gingen damals die ersten Konzessionsgesuche von privater Seite ein. Zeitgleich machte die Erfindung des Mikrochips den Bau von UKW-Sendern für Privatpersonen erschwinglich. Wer also über das notwendige technische Wissen verfügte, konnte mit überschaubarem Aufwand eigene Radioprogramme verbreiten. In Zürich und Genf tauchten Mitte der 1970er Jahre die ersten Piratensender auf, die mit selbstgebastelten oder aus Italien importierten UKW-Sendern auf Sendung gingen. Im Frequenzbereich über 100 Megahertz, der offiziell für Kriegszwecke freigehalten wurde, fanden sie einen leeren Raum vor, den sie beliebig bespielen konnten. So kam Bewegung in die Rundfunklandschaft.

Medienpolitisch markierte diese Zeit, wie es der Historiker Thomas Schneider formuliert, eine «Phase der Orientierungskrise». Das Sendemonopol der SRG stand auf tönernen Füssen, denn das Rundfunkwesen war in der Schweiz verfassungsrechtlich nicht geregelt. 1976 scheiterte ein entsprechender Verfassungsartikel vor Volk und Ständen, was in den Kommentarspalten der Tageszeitungen vor allem der «zunehmenden Skepsis gegen neue staatliche Vorschriften» zugeschrieben wurde. Vor diesem Hintergrund begann die Suche nach einer neuen Rundfunkordnung. Anders als heute stand die Existenzberechtigung der gebührenfinanzierten SRG damals nicht zur Diskussion. Dennoch standen grosse Fragen im Raum: Wie viel mediale Vielfalt braucht eine Demokratie? Wer soll diese Vielfalt garantieren – der Staat oder der Markt? Wer hat ein Recht auf die Verbreitung von politischen Inhalten? Und wem gehört die Kultur?

Die Antworten der Piratinnen und Piraten auf diese Fragen hörten sich mitunter sehr verschieden an. Manche der Sender, die damals entstanden, kamen wie Radio Schwarzi Chatz aus dem linksalternativen Milieu, andere aus dem Umfeld der Frauenbewegung, wieder andere nutzten das Medium für die Verbreitung von antikommunistischen Tiraden. Viele verstanden sich selbst als unpolitisch, störten sich aber, wie sich ein ehemaliger Pirat erinnert, am «Gejodel und Gebät» des Schweizer Radios und sendeten vorwiegend Musik. Dennoch hatten diese Sender, so verschieden sie auch klangen, eine grosse Gemeinsamkeit: Die Piratinnen und Piraten fühlten sich von den Programmen der SRG nicht repräsentiert und wollten mit ihren eigenen politischen und musikalischen Inhalten das Monopol brechen. Damit stiessen sie auf Resonanz. Jugendliche fingen an, Sonntagabende vor ihren Radiogeräten zu verbringen, begeistert von den illegalen Sendern, die eine frische, freche Alternative boten zum biederen Radio DRS. Schnell wurde auch die Presse aufmerksam. Die Piratensender, berichtete im Juni 1977 die NZZ, genössen «in der Bevölkerung aus verständlichen Gründen grosse Sympathie».

Mit einem Verbot nahm die Radiopiraterie schliesslich richtig Fahrt auf: Im Juli 1977 untersagte der Bund den privaten drahtlosen Rundfunk per Verordnung. Nachdem im Jahr zuvor ein Verfassungsartikel gescheitert war, stand die Rundfunkpolitik vor einem Scherbenhaufen – die Kabelrundfunkverordnung (KRFVO) war die Antwort darauf. In gewissem Sinn war sie eine Notlösung: Das in der Verordnung festgeschriebene UKW-Verbot sollte verhindern, dass die immer zahlreicheren Piratensender und private Konzessionsgesuchsteller Fakten schufen, ehe man sich auf eine neue verfassungsrechtliche Grundlage für das Rundfunkwesen geeinigt hatte. Gerade weil sie den Weg zu einer legalen

25. September 1981 im Autonomen Jugendzentrum an der Zürcher Limmatstrasse: Aktivisten sind hier eine Woche lang illegal auf Sendung. Die PTT bekämpfen sie mit einem Störsender. Ihr Name LoRa wird später vom Alternativen Lokalradio Zürich übernommen.



Bild: Michel Fries / Signatur: Sozarch_F_5111-010-018

UKW-Konzession versperrte, bescherte sie der Piratenszene allerdings einen kräftigen Zuwachs. Auch Radio Schwarzi Chatz entstand nach Inkrafttreten der KRFVO. In einem Flugblatt deklarierte es sich noch vor der Ausstrahlung seiner Sechseläuten-Sendung als «einer der Sender», die am Rundfunkmonopol «kratzen».

Aus Sicht der Piratinnen und Piraten untermauerte die restriktiv angelegte Kabelrundfunkverordnung monopolistische Tendenzen im Medienbereich, die linke Kritikerinnen und Kritiker schon seit Jahren beklagten. Die Schweizer Presselandschaft hatte seit Mitte der 1960er Jahre einen Konzentrationsprozess durchlaufen: Kleinere Publikationen gingen ein, und durch Fusionen entstanden regionale Pressemonopole. Vom sogenannten Zeitungssterben profitierten vor allem die grossen Medienkonzerne. Der Publizist Max Schmid beklagte deshalb ein «Missverhältnis in der gepriesenen Vielfalt». Aus linker Perspektive krankte diese Vielfalt zusätzlich daran, dass die grosse Mehrheit der Presseorgane bürgerlich orientiert war. Besonders schmerzhaft zeigte sich das gegen Mitte der 1970er Jahre, als mit der *Alternativen Zeitung* (AZ) eine wichtige linke Publikation einging – eine Lücke, die neue linke Medienprojekte zu füllen versuchten.

So entstand im Frühling 1977 das Alternative Lokalradio (ALR): ein medienpolitischer Verein, der ein unkommerzielles, einfach zugängliches Hörerinnenradio plante und bald ein entsprechendes Konzessionsgesuch stellte. Es scheiterte an der just zu dieser Zeit erlassenen Kabelrundfunkverordnung. Weil das ALR davon ausging, dass nach deren Ablauf Anfang der 1980er Jahre Konzessionen vergeben würden, liess es sich als Stiftung ins Handelsregister eintragen und setzte seine Arbeit auf institutioneller Ebene fort. Dafür wurde es von Radio Schwarzi Chatz kritisiert. Die Chancen des ALR auf eine Konzession, sagte Ende 1978 einer der Piraten auf Sendung, stünden «in ferner Zukunft» wohl nicht schlecht – aber das stütze «unsere Bewegung und unsere Kämpfe hier nicht». Während das ALR noch in der Spielecke verweile, wolle man selbst Fakten schaffen: «Sie sändeled, und mir sänded.»



Bild: Gertrud Vogler, Zürich / Signatur: Sozarch_F_5107-Na-10-125-004

Im billigen und mobilen UKW-Radio, das ohne aufwändige Sendeanlagen auskam und von überall her produziert werden konnte, sahen die Piratinnen und Piraten ein grosses demokratisches Potential. So erklärte sich Radio Schwarzi Chatz zum Sender «für alle, die im Staatsradio nichts sagen dürfen, weil sie als zu wenig wichtig angesehen werden oder weil sie keine Interessenvertreter hinter sich haben». Seine Sendungen hören sich an wie ein Streifzug durch das alternative Milieu, in dem sich die Piraten bewegten. Sie drehten sich, oft in Form von Gesprächen, um Gastrokollektive oder linken Fussball, um Homo- und Heterosexualität, um das Verhältnis von Kirche und Staat, um Punk, Strassenmusik, Hausbesetzungen, genossenschaftliches Wohnen, um Repression und Kindermedien.

Die thematische Bandbreite ergab sich aus dem Selbstverständnis der Piratinnen und Piraten: Sie verstanden sich als «Infrastruktur», als Plattform für gegenkulturelle Anliegen. Um dieses Selbstverständnis theoretisch zu begründen, bezogen sie sich auf eine vielzitierte und von linken Piraten in ganz Europa breit rezipierte Stelle aus Bertolt Brechts Radiotheorie, in der Brecht fordert, «den Hörer als Lieferanten» zu organisieren. Radio Schwarzi Chatz rief seine Hörerinnen und Hörer etwa dazu auf, eigene Beiträge auf Kassette aufzunehmen und diese dann den Piratinnen und Piraten zu übermitteln. So entstand auch die Sechseläuten-Sendung von den Jugendlichen im Schindlergut.

Dieses Selbstverständnis bedingte eine gewisse Offenheit. Radio Schwarzi Chatz war nicht nur inhaltlich, sondern auch personell divers aufgestellt. Die Altersspanne bewegte sich zwischen zwanzig und fünfzig Jahren; manche der Piratinnen und Piraten waren in der Anti-Atomkraft-Bewegung politisiert worden, es waren aber auch «standhafte Gewerkschafter» und «progressive Sozialdemokraten» dabei. So formuliert es ein ehemaliger Pirat – wir nennen ihn hier Peter –, der selbst, wie er sagt, «eher aus der anarchistischen Ecke» kam.

Auch die Einstellungen zur Illegalität gingen auseinander. Manche sahen sie angesichts der Kabelrundfunkverordnung als notwendiges, vorübergehendes Übel und strebten, wie das Alter-

native Lokalradio, längerfristig eine Konzession an. Andere wollten an der uneingeschränkten Rede-, Programm- und Aktionsfreiheit festhalten, welche die Illegalität ihnen ermöglichte. Während etwa Peter, der als Zwanzigjähriger zur Schwarzen Chatz stiess, näher an der «illegal, scheissegal»-Haltung der späteren Jugendbewegung war, nahmen vor allem die älteren Piratinnen und Piraten, die aus traditionellen, organisierten linken Kreisen kamen, die Illegalität als kalkuliertes Risiko auf sich. «Wir sind schon sehr verschieden», reflektierte die Gruppe im Sommer 1980 ihre Sendetätigkeit, «aber alle sind wir bereit, in der Illegalität zu arbeiten.»

Im Lauf der Zeit begannen sich das Selbstverständnis und die Sendepraktiken von Radio Schwarzi Chatz zu ändern – auch auf Druck von aussen. Die schweizerischen Post-, Telefon- und Telegrafenbetriebe (PTT), die als Verwalter des Funkraums für die Bestrafung von Schwarzsendern zuständig waren, verfolgten die Piratinnen und Piraten mit grossem Aufwand. Schwarzsender in freiem Gelände orteten die PTT mithilfe von Funkpeilgeräten. Weil Radio Schwarzi Chatz aber aus Wohngemeinschaften und Dachstöcken sendete und das Peilen auf Stadtgebiet schwierig war, verlegte sich die staatliche Behörde zunehmend aufs Stören. Sie installierte, wie sich Peter erinnert, mehrere teilweise automatisierte Störsender, mit denen sie die Funksignale der Piratensender innert Sekunden mit einem Rauschen überlagern konnte. Damit bewegte sie sich in einer Grauzone, denn zum Aussenden der Störsignale auf den Frequenzen, die die Piratinnen und Piraten besetzten, hätten die PTT selbst eine Konzession gebraucht, die sie nicht besassen.

Bald störten die PTT die Sendungen von Radio Schwarzi Chatz so massiv, dass es seine regelmässigen sonntagabendlichen Sendungen aufgab. Darüber berichtete einer der Piraten dem Westschweizer Fernsehmagazin *Tell Quel,* das im September 1979 eine halbstündige Reportage über die Radiopiraterie in der Schweiz ausstrahlte. Er sehe den Staat zunehmend in eine «techno-totalitäre Richtung» abgleiten, sagte er in die Kamera. Dieser Tendenz durch die illegale Aneignung von Technologie zu begegnen, verstünden die Piratinnen und Piraten als «Protest gegen den Staat». Ihr Motto «Subversiv und intensiv», das die Schwarzi Chatz seit Sendebeginn auf Flugblätter und Kleber gedruckt und als Erkennungsmelodie in ihre Sendungen aufgenommen hatte, sei zunächst nicht mehr als ein Slogan gewesen. Nun aber, erklärte der bärtige Pirat, wollten sie es als Ausdruck einer Staatskritik verstanden wissen.

In dieser Staatskritik wird ein «Unbehagen in der Kultur» spürbar, das der Historiker Jakob Tanner in einem 1983 publizierten Essay als Zeitzeuge beschrieb. Die Kultur, stellte Tanner damals fest, stehe im Zeichen «bürokratischer Zentralisation», «unüberschaubarer Grossorganisation» und «technokratischer Sachzwänge». Tatsächlich gab es im biederen Zürich der 1970er Jahre mehr Raum für Büros als für die Läden, Beizen und WGs des Alternativmilieus. Gleichzeitig sahen sich viele Linke angesichts der ausufernden staatsschützerischen Tätigkeit der Behörden, deren Ausmass Jahre später im Rahmen der sogenannten Fichenaffäre bekannt wurde, mit einer staatlichen Repression konfrontiert, die ihre Handlungsspielräume einschränkte. Dass diese Umstände mitunter lähmend waren, ist in den erhaltenen Sendungen von Radio Schwarzi Chatz gut hörbar. «Warum sagt man dauernd, ‹da ist ein grosser Eisberg, und der wird immer grösser, und das Klima ist frostig›», fragte einer der Piraten etwa in einer Sendung zum Thema Repression, «und warum sagt man nicht: ‹Was machen wir jetzt?›»

Zu dieser Zeit begann es in Zürich zu brodeln. Zunächst waren es die Jugendlichen des «Schigu», die sich auflehnten. Bald nach der Sechseläuten-Sendung von Radio Schwarzi Chatz besetzten sie das Jugendzentrum, dem die Schlies-

Werbung in eigener Sache:
Der Piratensender Radio Banana sendete ab Dezember 1979 im Bereich von 104 Megahertz. Das konzessionierte Radio nutzte lange nur den Bereich von 87,5 bis 100 Megahertz – es blieb ein Frequenzbandbereich zum Kapern.

sung drohte. Im «Schigu», stellte der Soziologe Hans-Peter Kriesi wenige Jahre später fest, sei eine «neue anarchistische Protestjugend» geboren worden, deren Protest kein «im engen Sinne politischer» gewesen sei, sondern «ein kultureller, der sich auf die aufgezwungenen Lebensformen ganz allgemein bezog». Auch die Piratinnen und Piraten der Schwarzen Chatz erkannten, dass im «Schigu» etwas in Bewegung kam – und dass der Musik in diesem Kontext eine wichtige Rolle zukam, die sie aber noch nicht richtig einordnen konnten. In einer Sendung kündeten sie deshalb an, sich näher mit dem Thema «Pönk» auseinanderzusetzen.

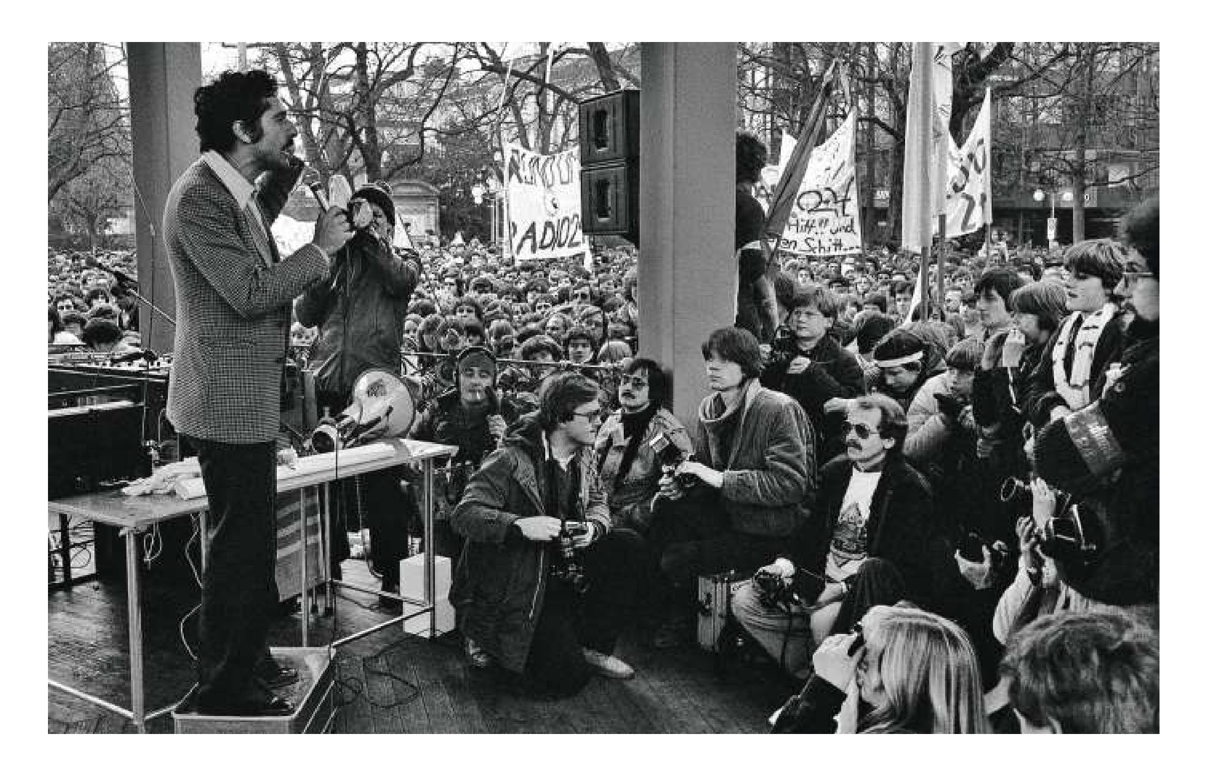
Der Musikkritiker Benedetto Vigne beschreibt die damalige Zürcher Punkszene als «Seismograf», der die Zürcher Jugendunruhen musikalisch vorweggenommen habe. Tatsächlich lässt sich von den Punkfans im «Schigu» eine direkte Linie zu den Unruhen ziehen. Aus dem «Schigu»-Umfeld ging die Gruppe «Rock als Revolte» hervor: Mit Unterstützung der Schwarzen Chatz rief sie dazu auf, die Konzerte kommerzieller Veranstalter zu stürmen. Viele Jugendliche, die bislang unpolitisch gewesen seien, sich aber für die Musik begeistert hätten, seien über diese Konzertstürmungen «neu in die ‹Scene›» gekommen, beobachtete der Soziologe Kriesi. Das Mobilisierungspotential von Musik zeigte sich auch im Dezember 1979 an der grossen Demonstration gegen die Schliessung des illegalen Radio 24, das mit einem potenten UKW-Sender aus Italien nach Zürich sendete – und das dessen Betreiber Roger Schawinski damals noch geschickt als Anti-Establishment inszenierte.

Die Gruppe «Rock als Revolte» war eine wichtige mobilisierende Kraft in der Szene. Im selben Jahr, in dem Radio 24 auf Sendung ging, gründeten einige ihrer Mitglieder unter dem Namen Banana ein eigenes Piratenradio. Im Mai 1980 lud Radio Banana auf Sendung zu einem «unvergesslichen Opernabend». Gut zweihundert junge Zürcherinnen und Zürcher folgten dem Aufruf und versammelten sich in der Innenstadt, um anlässlich einer Abstimmung zu einem 60-Millionen-Kredit für das Zürcher Opernhaus gegen die aus ihrer Sicht ungerechte Verteilung städtischer Kulturgelder zu demonstrieren. Zu ihnen stiessen Hunderte weitere, die nach einem Bob-Marley-Konzert Richtung Opernhaus strömten. Als die Polizei in Kampfmontur dazwischenging, wuchs sich die Demonstration zu einer Strassenschlacht aus, die als Opernhauskrawall in die Geschichte einging.

Mit dem Opernhauskrawall begannen die Zürcher Jugendunruhen, und mit den Unruhen veränderte sich auch der Charakter der Radiopiraterie. Die Piratinnen und Piraten der Schwarzen Chatz gaben das Senden auf, um den jungen Bewegten Platz zu machen, denen sie ihr technisches Wissen und ihre Sendeanlagen zur Verfügung stellten. Die neuen Sender, die auf diese Weise entstanden, klangen ganz anders als die Schwarzi Chatz. Der ehemalige Pirat Peter beschreibt ihren Sound als «Anarcho-Polit-Style»: Statt mit sorgfältig aufbereiteten Inhalten kämpften sie mit dadaistischem Nonsens, Reggae und Punk gegen die akustische Monokultur der SRG und die konservative Kulturpolitik der Stadt.

Piratinnen und Piraten begannen ihre Sender auch taktisch zu nutzen, indem sie beispielsweise das in Zürich schwache UKW-Signal von Radio 24 für kurze Ankündigungen überlagerten. So liessen sich kurzfristig und mit wenig Aufwand viele Menschen erreichen. Während Demonstrationen hörten in Dachstöcken versteckte Bewegte mithilfe von Funkscannern den Polizeifunk ab und verbreiteten unter ständig wechselnden Namen wie «Radio Packeis» die Informationen weiter, an die sie gelangten. Etwa: «Radio Packeis – Limmatbrücke – Tränengas – chömed go hälfe!» Die Presse verbreitete diese Meldungen weiter; so begann sich die öffentliche Wahrnehmung der Piratensender zu verändern. Die SVP bezeichnete Sender wie Radio Packeis

Jenseits der Grenze: Radio 24 sendete aus Como in Italien. Gegen eine geplante Stilllegung der Sendeanlagen demonstrieren am 26. Januar 1980 auf dem Zürcher Bürkliplatz rund dreitausend Personen. Live am Mikrofon dabei: Radiogründer Roger Schawinski.



in einem Communiqué als «eigentliche Kriegssender», und auch die NZZ stellte fest, dass die Radiopiraterie mit den Jugendkrawallen «eine sehr bedenkliche Dimension» angenommen habe, ja dass «die Wende zur kriminellen Agitation» vollzogen worden sei.

Diese neue Aussenwahrnehmung veränderte wiederum die Piratenszene. In den Anfangsjahren der Zürcher Radiopiraterie hatten illegale Musikradios, die sich mehrheitlich als unpolitisch verstanden, und linke Politradios wie die Schwarzi Chatz punktuell zusammengespannt. Es sind Frequenzabsprachen dokumentiert, einmal gab es gar eine gemeinsame Sendung zum Thema Illegalität. Das war nach dem Opernhauskrawall endgültig vorbei. Um sich von den linken Piratenradios abzugrenzen, begannen sich die Musiksender nun als «Privatsender» zu bezeichnen. Ende 1980 entstand mit Free Radio Switzerland (FRCH) ein medienpolitischer Verein, der sich als «Dachorganisation» dieser Privatsender verstand. Er setzte sich auf institutioneller Ebene für eine marktorientierte Öffnung des Rundfunks ein, also für eine Zulassung von werbefinanzierten Privatstationen. Damit schaltete sich der Verein in die medienpolitische Diskussion ein, die sich Anfang der 1980er Jahre um eine grosse Frage drehte: Kommerz auf Megahertz – ja oder nein?

Aus Sorge um die Presse hatte ein kommerzieller, werbefinanzierter Rundfunk lange als undenkbar gegolten: Was, wenn zu viele Werbegelder ans Radio abwanderten? Im Herbst 1979 aber war Roger Schawinski auf den Plan getreten und hatte neuen Schwung in die Werbefrage gebracht. Als er mit seinem Radio 24 auf Sendung ging, das als kommerzieller Sender saftige Werbeeinnahmen einstrich, drohten die Zürcher Grossverlage damit, ebenfalls eigene Radioprojekte aufzubauen.

In bürgerlichen Kreisen begann man sich nun für eine beschränkte Radiowerbung auszusprechen, die Linke hielt weiterhin dagegen. Es war eine Grundsatzfrage, über die man hier diskutierte. UKW, stellten die Medienjournalisten Jürg Frischknecht und Walo von Büren damals fest, sei zu einem «medienpolitischen Experimentierfeld» geworden, auf dem stellvertretend

Bild: Keystone / Str

für technische Neuerungen wie Bildschirmtext, Kabel- oder Satellitenrundfunk ausgehandelt wurde, «wie viel die private Wirtschaft und wie viel der Staat zu sagen haben sollen».

Free Radio Switzerland setzte sich für eine kostendeckende Werbung ein. Das sollte, wie es in der Vereinszeitschrift heisst, «verhindern, dass aus dem Monopol der SRG ein Oligopol der wenigen» würde – nämlich jener, die über die nötige Finanzkraft verfügten. Ein werbefreies Lokalradio neben den SRG-Programmen verurteilte der Verein als «Scheinlösung». Gleichzeitig sprach er sich für eine Deregulierung aus: Bis auf ein Rahmengesetz sollten den zukünftigen Privatsendern keine Vorschriften gemacht werden. Die Sendervielfalt werde sich durch das «Leistungsprinzip» selbst regulieren.

Laut Free Radio Switzerland sollte also nicht der Staat, sondern der Markt die Vielfalt im Rundfunkwesen garantieren. Diese Ansicht war mit einer grundlegend staatskritischen Haltung verbunden, die wesentlich mit den Aktivitäten der PTT zusammenhing. Wie die Piratinnen und Piraten der Schwarzen Chatz hatten nämlich auch die Mitglieder des Vereins mit der Behörde zu kämpfen. In der Vereinszeitschrift ist von «Ostblockmethoden» die Rede: Insbesondere dass die PTT als staatliche Behörde die Signale der Piratensender mit Störsignalen überlagerten, verurteilte Free Radio Switzerland als «antidemokratisch». Manche Musikpiraten verunglimpften die PTT als «Staat im Staat» und die öffentlichrechtliche SRG als «Staatsradio». Auch der damalige Vereinspräsident von Free Radio Switzerland sagt heute, seine Erfahrungen mit den PTT hätten seinen Blick auf den Staat verändert. Dem Slogan «Mehr Freiheit, weniger Staat», mit dem die FDP neuerdings zu den Wahlen antrat, habe er sich «vollumfänglich» angeschlossen, und obschon er zunächst unpolitisch gewesen sei, habe er sich in der Folge «ziemlich stark der FDP zugewendet».

So zeigt sich an der Radiopiraterie eine merkwürdige Überschneidung; der Historiker Jakob Tanner bezeichnete sie rückblickend als «grenzüberschreitende Liberalisierungsmaxime». Um 1980, stellt er in seiner *Geschichte der Schweiz* fest, seien die «markantesten Absagen an den Staat» von zwei «gegenüberliegenden Polen» gekommen: auf der einen Seite von den Liberalen, idealtypisch repräsentiert durch den Wahlslogan der FDP – auf der anderen Seite von der Jugendbewegung, deren Leitspruch auch in der letzten erhaltenen Sendung der Schwarzen Chatz zu hören ist: «Mached us em Staat Gurkesalat!»

Free Radio Switzerland scheiterte schliesslich an seinem Vorhaben. Weil sich die meisten seiner Mitglieder mehr für das Katz-und-Maus-Spiel mit den PTT interessierten als für konkrete medienpolitische Arbeit, löste sich der Verein 1982 auf. Im selben Jahr erliess der Bund die sogenannte Rundfunkversuchsverordnung (RVO). Sie ersetzte per 1. November 1983 die Kabelrundfunkverordnung von 1977 und öffnete den Rundfunk für private Stationen. In kurzer Zeit gingen 269 Konzessionsgesuche ein. In der Stadt Zürich erhielten drei private Lokalradios eine Sendebewilligung: Schawinskis Radio 24, das Verlegerradio Z, das heute Energy heisst, und Radio LoRa, das aus dem Alternativen Lokalradio (ALR) hervorgegangen war.

Als sich die Öffnung des Rundfunks abzeichnete, brachten Peter und andere ehemalige Piratinnen und Piraten von Radio Schwarzi Chatz ihr Praxiswissen beim Aufbau von Radio LoRa ein. Abgesehen von Gruppierungen wie dem ALR waren es aber vor allem bürgerliche Kräfte, die sich in die Ausgestaltung der Schweizer Rundfunklandschaft einbrachten. Im Kanton Baselland beispielsweise erhielt mit dem Piratensender Andromeda ein ehemaliges Free-Radio-Switzerland-Mitglied dank tatkräftiger Unterstützung der FDP als Radio Raurach eine Konzession. Die Linksparteien wehrten sich angesichts der in der RVO festgeschriebenen Werbeerlaubnis bis zuletzt gegen eine Öffnung des Rundfunks und verschliefen so die Chance, Einfluss auf die Neugestaltung des Radiowesens zu nehmen. Mit Ausnahmen wie Radio LoRa, das als werbefreies, offen zugängliches Gemeinschaftsradio noch immer ein diverses Programm in die Region Zürich sendet, setzten sich in den Jahren nach der Öffnung deshalb mehrheitlich kommerzielle Interessen durch.

Illustration: Agata Marszalek

Die Kritik am Rundfunkmonopol von PTT und SRG und die daraus folgende Öffnung des Rundfunks lassen sich in eine umfassendere Liberalisierungstendenz einordnen. Sie wirkte sich auch auf andere staatliche Monopole aus: In den späten 1970er Jahren kam das bislang wenig hinterfragte Konzept des Service public unter Reformdruck. Der öffentliche Sektor geriet zunehmend in die Defensive. Gleichzeitig wurden Forderungen nach Liberalisierung und Deregulierung immer lauter – das stellen die Historikerin Gisela Hürlimann und der Historiker Philipp Ischer fest, die die Kritik an den staatlichen Monopolbetrieben SBB und PTT in einem Aufsatz mit dem Titel *Kontinuität im Wandel* untersucht haben. Es habe eine Verschiebung stattgefunden: Lange Zeit sei es in der föderalen Schweiz beim Service public darum gegangen, einen sozialen und territorialen Zusammenhalt zu schaffen. Ab den späten 1970er Jahren sei stattdessen das Individuum mit seinen «Bedürfnissen als Kundin oder Kunde» in den Vordergrund gerückt.

Wer heute, fast 45 Jahre nach der Sechseläuten-Sendung der Schwarzen Chatz, vor dem Radio sitzt und sich durch die Frequenzen wählt, hört die Auswirkungen dieser Verschiebung. Die Individualisierung, die Hürlimann und Ischer beschreiben, ging mit einer Entpolitisierung einher: Heute dominieren Hits und Soft-News die Radiolandschaft. Die Radiopiratinnen und -piraten waren dagegen auf eine Demokratisierung des Kulturverständnisses aus gewesen und hatten ein vielgestaltiges Phänomen geschaffen. Diese kreative Energie ging im Lauf der 1980er und 1990er Jahre mehrheitlich verloren – die Kommerzialisierung des Rundfunks brachte eine neue akustische Monokultur hervor.

Das beklagte auch Bundesrat Moritz Leuenberger, damals Infrastrukturminister, als er am Radio Day 2008 vor der versammelten Schweizer Radiobranche eine Ansprache hielt. Leuenberger war damals gerade im Begriff, die Konzessionen zu verteilen, die bis heute gelten. «Ich wünsche mir», schloss er seine Rede mit wehmütiger Nostalgie, «den frischen, flexiblen und frechen Geist der Piratenzeit zurück.» |G|



Anne-Christine Schindler, Jahrgang 1994, hat an der Universität Zürich Zeitgeschichte und Kulturanalyse studiert. Sie arbeitet im Ausstellungswesen und als Journalistin. Dieser Beitrag basiert auf ihrer Masterarbeit *Zürcher Radiopirat:innen zwischen Medien- und Kulturpolitik, 1976–1983. Eine Soundgeschichte* (Universität Zürich 2022).



Weiterführende Literatur

Sascha Deboni: «Räuber und Polizei». Die PTT und die Radiopiraterie, in: Blog des Museums für Kommunikation, November 2021.

Jürg Frischknecht und Walo von Büren: Kommerz auf Megahertz? Dossier Radioszene Schweiz. Basel 1980.

Gisela Hürlimann und Philipp Ischer: Kontinuität im Wandel, in: Hans-Jörg Gilomen u. a. (Hg.): Dienstleistungen. Zürich 2007, S. 229–247.

Hanspeter Kriesi: Die Zürcher Bewegung. Bilder, Interaktionen, Zusammenhänge. Frankfurt am Main und New York 1984.

Rudolf Müller: Radiopiraten und Wellenhexen, in: Memoriav-Bulletin 13 (2006), S. 18–21.

Adrian Scherrer: Überlieferungsbildung in der Grauzone. Die Bedeutung der Kontextualisierung audiovisueller Dokumente am Beispiel der Piratenradios. Masterarbeit, Universität Bern 2014.

Thomas Schneider: Vom SRG-«Monopol» zum marktorientierten Rundfunk, in: Theo Mäusli und Andreas Steigmeier (Hg.): Radio und Fernsehen in der Schweiz. Baden 2006, S. 83–128.

Im Bauch der Stadt

Just als New York am Boden lag und seine U-Bahn am Verlottern war, liess sich ein junger Fotoreporter aus der Schweiz vom Treiben unter Tage faszinieren.

Text Daniel Di Falco **Bilder** Willy Spiller

Man hatte ihn gewarnt: Es sei zu gefährlich dort unten, für Auswärtige sowieso. Und die Kamera werde ihm auf jeden Fall geklaut. «Aber gerade darum wollte ich das sehen.» Und was er sah, betörte ihn: «Es war irrsinnig, der Film, der hier ablief. Ich bekam die ganze Stadt zu sehen, wie durch ein Kaleidoskop», berichtete der Zürcher Fotograf Willy Spiller letztes Jahr. Anlass war die Neuausgabe des Bands mit jenen Bildern, die er zwischen 1977 und 1984 in der New Yorker U-Bahn aufgenommen hatte. Und noch etwas hatte seinerzeit für das Projekt gesprochen, wie Spiller lächelnd sagte: «Ich konnte im Sitzen arbeiten.»

Es hätte bessere Zeiten für ein solches Vorhaben gegeben. Um 1900 waren elektrische Untergrundbahnen der Inbegriff von Modernität in den boomenden Metropolen gewesen. Auch New York wuchs rasant, die Strassen waren überlastet – im Untergrund eröffneten sich neue Möglichkeiten, den Verkehr und damit die Stadt zu organisieren. 1904 ging das erste Stück der New York City Subway in Betrieb, und um die Mitte des 20. Jahrhunderts war sie das grösste städtische Transportsystem der Welt.

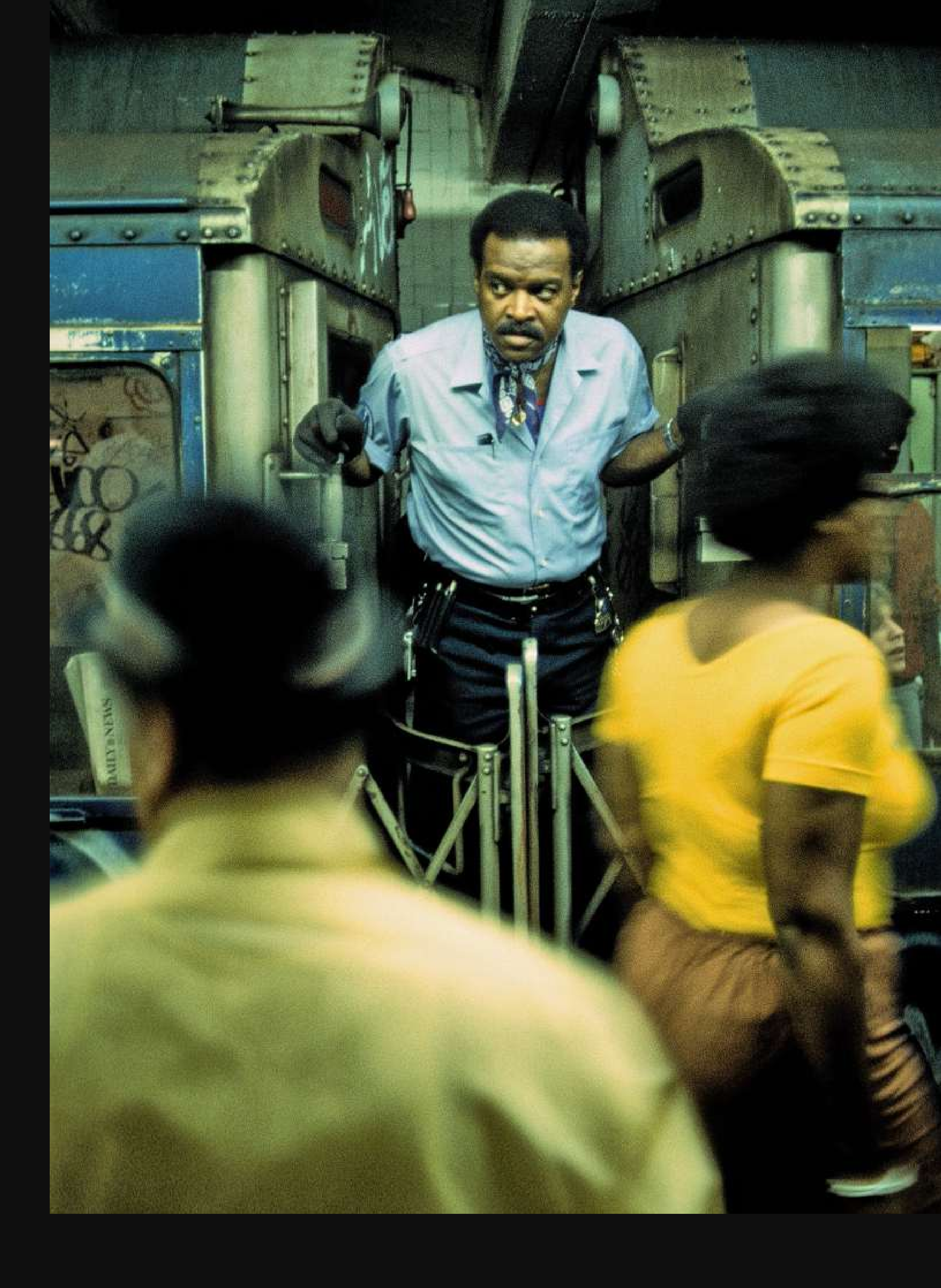
Was folgte, war ein Verfall. «Sollte der Tag je kommen, an dem sich die Stosszeiten ohne Gedränge abspielen, wird das Geschäft scheitern», hatte der U-Bahn-Pionier August Belmont bereits früh erklärt. Den drei konkurrierenden Betreiberfirmen waren Profite tatsächlich wichtiger als der Ausbau und die Modernisierung der alternden Anlagen und Fahrzeuge. Dazu kamen politische Investitionshindernisse und die Not der öffentlichen Hand: 1975 war New York bankrott.

Das war die Zeit, als Willy Spiller in New York ankam, um als junger Fotoreporter für die NZZ die USA abzudecken. 1979 zählte man pro Woche 250 Raubüberfälle und andere schwere Delikte in der Subway. Was von der Sicherheit im Untergrund zu halten war, zeigte Hollywood mit Filmen wie *Stoppt die Todesfahrt der U-Bahn 1-2-3* (1974). Oder mit *Incident… und sie kannten kein Erbarmen* (1967): Zwei Halbstarke (Martin Sheen und Tony Musante) terrorisieren in der Bronx ungestört die Insassen eines ganzen Wagens. Tatsächlich erfasste der Niedergang der Stadt auch den Verkehr unter Tag. 1982 hatten sich die Passagierzahlen halbiert, von zwei Milliarden in der Nachkriegszeit auf eine Milliarde jährlich.

Doch Willy Spiller schreckte all das nicht. Er sah in der Subway mehr als die Geisterbahn, von der sich die Öffentlichkeit damals bannen liess. «Klar sind dort furchtbare Sachen passiert. Aber ich hatte Glück.» Die Bilder, die er machte, meist nebenbei, wenn er quer durch New York zu einem seiner Termine fuhr – sie zeigen das bunte Treiben im dunklen Bauch der Stadt, die kinetische Energie der Züge, die Enge in den Wagen, das pausenlose Aufeinandertreffen Unbekannter, das so bezeichnend für das Grossstadtleben ist.

1903 hatte der Soziologe Georg Simmel die «Blasiertheit» als Kulturtechnik beschrieben, mit der sich die Bewohner der modernen Metropolen vor der Flut von Reizen schützen: Man ist da und doch nicht da, man sieht die andern an und zugleich durch sie hindurch. Die Kraft von Willy Spillers Bildern verdankt sich dem Gegenteil: Da liess sich einer packen. Auch wenn er im Untergrund, wie er sagt, ausnahmslos Krawatte trug. |G|

Willy Spiller: Hell on Wheels. New York Subway 1977–1984. Texte von Bill Shapiro u. a., englisch. Edition Bildhalle 2023. 128 S., um 90 Fr.


DAILY NEWS




ormation
SS




TRUE
TRUE
Only 5


242 ST-B'WAY
SOUTH FERRY
BROADWAY
LOCAL
8615
96



Flucht aus der Schweiz

Im Zweiten Weltkrieg überlebten 1511 Besatzungsmitglieder amerikanischer Bomber die Notlandung in der Schweiz. In Bergdörfern interniert, wollten viele bald nur noch eines: fort von hier. Die Geschichte von George Michel.

Von Jürg Flückiger

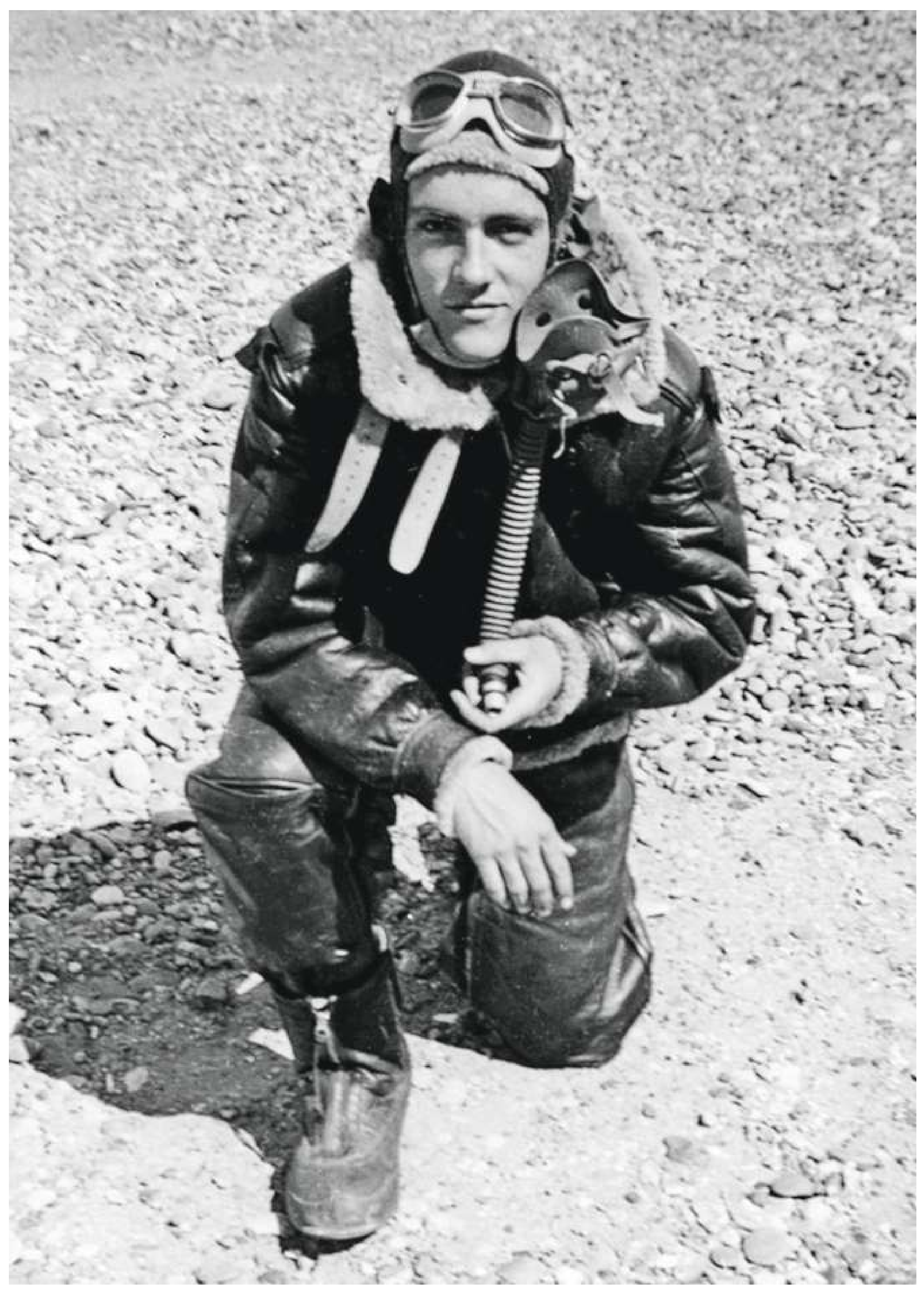
«Franken, Franken, Franken», schrieb George Michel am 3. Januar 1945 in sein Tagebuch: «Diese Schweizer scheinen zu wissen, wie man sie uns aus der Tasche zieht.» Der zwanzigjährige Amerikaner hatte genug davon, von den Einheimischen wie ein Huhn gerupft zu werden. Wobei im Bergdorf Wengen selbst die Hühner, so schien es ihm, überall herumrannten, ohne Eier zu legen. Jedenfalls hatte er seit zwei Monaten kein Ei mehr gesehen.

Die Mahlzeiten im Hotel Regina, das als Internierungslager diente, waren so mager geworden, dass er angefangen hatte, in seinem Zimmer einen Feldkocher zu benutzen und die Büchsen mit dem gehackten Schinken aus den Rotkreuzpaketen aufzuwärmen. Er fragte sich, warum er und seine Kameraden kein besseres Essen erhielten. An der Lebensmittelknappheit, wie immer behauptet wurde, konnte es nicht liegen, denn immer, wenn sie ausgingen, tischten die Wirte in Wengen von allem genug auf – vorausgesetzt, sie brachten das entsprechende Entgelt und die nötigen Rationierungsmarken mit. Und auch für die wurde auf dem Schwarzmarkt gutes Geld verlangt. Als ihn schliesslich die Kälte auch noch aus dem Hotel und ins Chalet Bertha trieb, wo die Internierten Kurse besuchen konnten und es wenigstens einen elektrischen Ofen hatte, wurde eine Frage immer dringender: Sollte er wirklich den Rest des Kriegs hier oben aussitzen?

Ein halbes Jahr davor und einen Monat nach seinem zwanzigsten Geburtstag, am 11. Juli 1944, war George William Michel um 3 Uhr 30 aus seinem unruhigen Schlaf auf einer Pritsche gerissen worden. Das war auf der englischen Basis Wendling der US-Luftwaffe, und spätestens als er zum Frühstück eine halbe Stunde später statt der üblichen pampigen Pancakes und des trockenen Toasts gebratene Eier und frische Orangen bekam, wusste er, dass seine zehnte Bombermission lang werden würde. Beim Briefing um 4 Uhr 30 erfuhr er, dass das Ziel München war.

Als Funker an Bord einer B-24 mit dem Übernamen «Georgia Peach» war George Michel Teil der «Combined Bomber Offensive», mit der britische Lancaster-Bomber in der Nacht und riesige Verbände amerikanischer Bomber des Typs B-17 «Flying Fortress» und B-24 «Liberator» am Tag deutsche Städte und Industriebetriebe mit verheerenden Bombenteppichen überzogen. Beschädigte Bomber, die den Rückweg nicht mehr schafften, suchten oft Zuflucht in neutralen Ländern. Damit veränderte sich auch in der Schweiz die Wahrnehmung des Kriegs.

Am 13. August 1943 landete die erste B-24 mit dem Übernamen «Death Dealer» in der Nähe von Wil im Kanton St. Gallen. Sie wurde von ihrer Besatzung, die nicht wusste, was sie in der Schweiz erwartete, umgehend in Brand gesetzt. Bis zum 20. April 1945 folgten ihr 165 weitere, teilweise schwer havarierte amerikanische Bomber.



Mit neunzehn Jahren freiwillig in den Krieg: George William Michel, Funker der United States Army Air Forces, während seiner Ausbildung auf dem Stützpunkt Blythe in Kalifornien, April 1944.

An ihren Notlandeplätzen sorgten sie für grosses Aufsehen. Im August 1943 meldete der Berner *Bund:* «Fliegende Festungen notgelandet bei Utzenstorf und Dübendorf» und vermutete, «dass sie von Sizilien herkamen».

Am 8. Oktober des gleichen Jahres legte die *Schweizer Illustrierte Zeitung* nach und berichtete über «die Luftkämpfe, die am vergangenen Freitag über unserem eigenen Hoheitsgebiet stattgefunden haben»: In deren Verlauf hätten die Amerikaner «einen Apparat infolge eines Volltreffers durch unsere Flab» verloren. Die Zeitschrift lieferte Bilder der B-17 «Battle Queen», die am 17. August bei Utzenstorf im Kanton Bern in einem Kartoffelacker notgelandet war, und

Die Notlandungen zogen Scharen Schaulustiger an, die Heerespolizei sperrte die Orte mit Stacheldraht ab.

erklärte ausführlich, wie diese «fliegenden Ungeheuer», für die sich «jedermann interessiert», aufgebaut, bemannt und bestückt waren. In der Regel waren neun oder zehn junge Amerikaner an Bord. Sie hatten die Hölle des Luftkriegs hinter sich und bisweilen nur eine Chance von eins zu vier gehabt, ihre durchschnittlich 25 Einsätze zu überleben.

Die Meldungen in der Presse zogen Scharen von Schaulustigen an, die Heerespolizei musste die Notlandeplätze mit Stacheldraht absperren und bewachen. Die 1511 Besatzungsmitglieder der amerikanischen Bomber, die lebend in der Schweiz ankamen, wurden in abgelegenen Bergkurorten interniert. Für 597 Offiziere war das Davos, für die übrigen 914 – meist Unteroffiziere im Rang eines Sergeant – entweder Adelboden oder Wengen. Dort schrieben sie auffallend oft Tagebücher, wie die Historikerin Li Gerhalter 2021 in ihrer Dissertation herausgefunden hat. Das wurde ihnen erleichtert durch den Umstand, dass die YMCA, die Young Men's Christian Association, im Rahmen ihrer Kriegsgefangenenhilfe über das Rote Kreuz «Wartime Logs» verteilte, Bücher mit ungefähr 140 unlinierten Seiten und einer Anleitung, wie man ein solches Tagebuch führte, als «sichtbare Verbindung zwischen euch und den Menschen zuhause».

Auch George Michel, geboren am 10. Juni 1924 in Saginaw, Michigan, benutzte ein solches Buch. Tag für Tag hielt er seine Beobachtungen in gut leserlicher Handschrift fest. Seine Schilderungen bewahrte er zeitlebens auf; sie zeigen den Blick eines Kriegsgefangenen in einem neutralen Land im Strudel eines ungewissen Weltgeschehens.

Das Erste, was George Michel von der Schweiz vernahm, waren Schüsse. Am 4. April 1944, drei Tage nach der irrtümlichen Bombardierung Schaffhausens durch die Amerikaner, die vierzig Tote und mehr als tausend zerstörte Gebäude zurückliess, hatte General Henri Guisan befohlen, auf alle eindringenden fremden Flugzeuge das Feuer zu eröffnen – es sei denn, sie seien eindeutig in Schwierigkeiten oder zeigten die Absicht, auf Schweizer Boden zu landen. Die Schweiz hielt sich damit streng an ihre Maxime der bewaffneten Neutralität und duldete keine Verletzung ihres Luftraums. Das war einerseits dem Druck aus Deutschland geschuldet. Er hatte schon am 7. November 1940 – gegen den Willen von General Guisan – den Bundesrat bewogen, eine Verdunkelung von Gebäuden und Anlagen ab 22 Uhr anzuordnen, um den britischen Bombern die Orientierung zu erschweren. Andererseits ergab sich der Schiessbefehl aus der Bedrohung, die vom Luftkrieg ausging: Er fand immer näher an der Grenze statt und zog die Schweiz bisweilen in Mitleidenschaft.

So griffen im September 1944 amerikanische Jäger des Typs P-51 «Mustang» und P-47 «Thunderbolt» die Bahnhöfe von Moutier und Delémont und ausserdem den Schnellzug von Zürich nach Basel an. Am 4. März 1945 warfen amerikanische Bomber ihre tödliche Fracht über dem Basler Güterbahnhof und über Schwamendingen bei Zürich ab, wodurch insgesamt fünf Menschen getötet und neunzehn verletzt wurden. Angesichts solcher Ereignisse hörte der Bundesrat auf den General und beschloss am 12. September

Bild: Schweizerisches Bundesarchiv E27#1000/721#14678*



Beim Angriff auf München von der deutschen Flugabwehr beschädigt und zum Ausweichen über den Bodensee in die Schweiz gezwungen: George Michels B-24 «Georgia Peach» nach der Notlandung in Altenrhein, 11. Juli 1944.

1944, die Verdunkelung aufzuheben und «eine deutliche, weit sichtbare Kenntlichmachung der Grenze» anzuordnen, sowohl in der Nacht wie am Tag, worauf überall entlang der Grenze Fahnen gehisst und Schweizerkreuze auf die Dächer gemalt wurden.

Auch auf George Michels «Georgia Peach» wurde das Feuer eröffnet, als sie nach heftigem Beschuss durch die deutsche Flugabwehr über den Bodensee in die Schweiz ausweichen musste. Erst als die Besatzung das Fahrgestell ausfuhr, zum Zeichen, dass sie in Not war, schwiegen die Bührle-Kanonen. Unglücklicherweise fiel dabei der Navigator, Second Lieutenant John Gates, fast durch die Klappe des Bugrads hinaus, und dabei öffnete sich sein Fallschirm im Innern des Flugzeugs. Bei neun Mann Besatzung und acht übriggebliebenen Fallschirmen kam ein Absprung nicht mehr infrage – es blieb nur noch eine Notlandung auf der in Sicht kommenden Graspiste des Flugplatzes von Altenrhein. Als die Maschine aufsetzte, knickte das Bugrad ein, sie kam auf der Nase schlitternd zum Stehen. Umgehend wurde sie von Schweizer Soldaten umringt, die der aussteigenden Crew «mit typischem Schweizer Akzent» (Michel) mitteilten, dass sie in der Schweiz sei, aber nur dreihundert Meter weiter die österreichische Grenze und ein Empfang durch die deutsche Wehrmacht gewartet hätten.

«Es schien, als könnten sie gar nicht genug tun, damit wir uns willkommen fühlen», schrieb George Michel am Tag darauf in sein Tagebuch. Nach ihrer Notlandung erhielt die Besatzung Gelegenheit zu einem Spaziergang entlang der hell erleuchteten und reich gefüllten Schaufenster von Rorschach, die sie angesichts des rundherum tobenden Kriegs in Erstaunen versetzten. Später wurden die jungen Amerikaner mit Büchern und Zigaretten beschenkt und konnten im Tea-Room des Hotels Anker auswählen, was sie trinken wollten – die meisten entschieden sich für Bier. Als er in einem Hotelbett zwischen frischen Laken einschlief, fragte sich Michel, ob er das alles nur träume.



Das Hotel Regina in Wengen ist ihr «Camp»: George Michel (vorn), sein Zimmergenosse Joe Burdette (hinten links) und zwei weitere Internierte, September 1944.

Am nächsten Tag lernte George Michel die ersten Worte Deutsch von einer Kinderschar. Sie hatte sich an die Fersen der Amerikaner geheftet und winkte ihnen am Bahnhof zum Abschied, als sie sich auf den Weg nach Dübendorf machten. Von da wurden sie ins Berner Oberland gebracht, zuerst per Bahn nach Frutigen und von dort mit dem Bus nach Adelboden. Nicht nur die elektrisch betriebenen Züge machten auf Michel grossen Eindruck, sondern auch die Landschaft: «So etwas Friedliches und Schönes hatten wir schon lange nicht mehr gesehen. Es kam uns immer noch wie ein Traum vor.» Beeindruckt war er auch von seiner Unterbringung in einem Doppelzimmer im Adelbodner Hotel Kulm. Baracken und Pritschen gewohnt, waren er und sein Zimmergenosse Joe Burdette, der mit ihm an Bord der «Georgia Peach» in die Schweiz gekommen war, verwundert über die paradiesischen Zustände in dem leerstehenden Ferienhotel.

Bei der Internierung hielt sich die Schweiz strikt ans internationale *Abkommen betreffend die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen im Falle eines Landkriegs,* das 1907 in Den Haag vereinbart worden war und bis heute die Basis für die schweizerische Neutralitätspolitik bildet. Als rechtliche Grundlage der Internierung nannte Oberst René Probst, Sektionschef des Eidgenössischen Kommissariats für Internierung und Hospitalisierung (EKIH), in seinem *Schlussbericht über die Internierung fremder Militärpersonen 1940–1945* unter anderem die Artikel 11 und 12 des Haager Abkommens.

Dass gemäss Artikel 11 «die neutrale Macht, auf deren Gebiet Truppen der kriegführenden Heere übertreten», diese «möglichst weit vom Kriegsschauplatz unterbringen» musste, traf sich gut, denn in den Schweizer Bergkurorten standen alle Hotels kriegshalber leer. Und die Hoteliers waren umso lieber bereit, ihre Häuser zu Internierungslagern zu machen, als Artikel 12 festhielt, dass die Kosten der Unterbringung nach Kriegsende durch das Herkunftsland der Internierten zu tragen seien. Anders als die rund zwölftausend polnischen Soldaten, die 1940 an der Seite des französischen 45. Armeekorps von den vorrückenden Deutschen in die Schweiz abgedrängt und hier in Barackenlagern untergebracht wurden, quartierte man die Amerikaner in Hotels ein: Hinter ihnen stand ein funktionierender Staat. Nach dem Kriegsende wurden den USA die Übernachtungen in Rechnung gestellt.

Eigentlich hätten für die Internierten nach schweizerischem Militärstrafgesetz rigide Regeln gegolten. Das EKIH hatte am 1. November 1941 den «Orange-Befehl» an die heimische Bevölkerung erlassen, der unter anderem besagte, dass Internierte nur mit spezieller Bewilligung Privatwohnungen betreten, Wirtshäuser, Kinos, Sportveranstaltungen und andere öffentliche Anlässe besuchen sowie Velo fahren durften. Verboten waren ihnen zudem die «Eingehung einer Ehe» und «alle auf eine solche hinzielenden Beziehungen». Die Wirklichkeit in Davos, Adelboden und Wengen sah allerdings anders aus. «Ünschi Buaba», wie die Amerikaner zum Beispiel in Davos genannt wurden, genossen weitgehende Freiheiten, die sie mit ihrem Sold ausgiebig nutzten – zur Freude des kriegsbedingt

darbenden Gewerbes. Die Bestimmungen des «Orange-Befehls» wurden zwar als «Swiss Regulations» in die amerikanischen Regeln für das Internierungslager in Adelboden übernommen. Er wurde aber weitgehend missachtet – von den Amerikanern, von der Bevölkerung und sogar von den wachhabenden Armeeangehörigen.

Trotzdem hatte George Michel nur einen Gedanken: Er wollte möglichst schnell zurück. Schliesslich hatte er sich nicht mit neunzehn Jahren freiwillig zum Kriegsdienst gemeldet, um in einem Ferienort das Ende des Kriegs abzuwarten. Und wie allen anderen Angehörigen der amerikanischen Luftstreitkräfte war ihm vor dem Start eingebläut worden, nach einer Festnahme in einem neutralen Land zu fliehen und zu seiner Einheit zurückzukehren (ohne dabei Gebrauch von der Waffe zu machen oder Gewalt gegen lokale Beamte anzuwenden). Zudem sehnte er sich nach seinen Eltern, mit denen er telegrafisch in Kontakt stand, und vor allem nach seiner Freundin Jeanie im fernen Michigan.

Dass er mit seinem Heimweh nicht allein war, merkte George Michel am Ruck, der am Freitag, dem 25. August 1944, zehn Tage nachdem er von Adelboden nach Wengen ins Hotel Regina verlegt worden war, durch das «Camp Wengen» ging: Die britische Interniertenzeitung *Marking Time* meldete in grossen Buchstaben, die amerikanischen Truppen hätten auf ihrem Vorstoss durch Europa bei Genf die Schweizer Grenze erreicht. Die amerikanische Gesandtschaft und das EKIH reagierten sofort auf die neue Situation – wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Beim Mittagessen forderten die amerikanischen Vorgesetzten die Internierten auf, nicht der Verlockung eines Fluchtversuchs auf eigene Faust zu erliegen. Am Abend verstärkten die Schweizer die Aufsicht: «Heute Nacht sind weitere bewaffnete Wachen mit Maschinengewehren eingetroffen», notierte Michel. Er liess sich davon nicht entmutigen. Den Zeitungsausschnitt klebte er in sein «Wartime Log» und schrieb darunter: «Wie lange noch?» Er musste noch eine ganze Weile warten.

Der amerikanische Militärattaché in Bern, General Barnwell R. Legge, und seine Mitarbeitenden hatten vor allem Angst, ihre Staatsangehörigen könnten bei einem Fluchtversuch in Frankreich den Deutschen in die Hände fallen. Deshalb – und um die Schweizer Behörden nicht zu verärgern – untersagten sie ihren internierten Soldaten die Flucht, bauten aber gleichzeitig ein verdecktes Fluchtnetzwerk auf und arbeiteten dabei eng mit dem «Office of Strategic Services» zusammen, dem militärischen Geheimdienst der USA, dessen Leiter der spätere CIA-Direktor Allen W. Dulles war, der ebenfalls von Bern aus operierte (*NZZ Geschichte* Nr. 18, Oktober 2018).

Das Netzwerk setzte sich aus amerikanischen Agenten, Schweizer Zivilisten und Angehörigen der französischen Résistance zusammen. Ein Knotenpunkt war der amerikanische Soldatenfriedhof in Münsingen. Floyd E. MacSpadden, der als Pilot mit seiner havarierten B-17 «Madame Betterfly» am 6. September 1943 in Dübendorf notgelandet war, arbeitete dort als Friedhofsgärtner – und daneben verdeckt als Fluchthelfer. Die Gesandtschaft hatte ihn zum Sonderbeauftragten für den Vertrieb von Filmen für die Internierten ernannt, wofür er nach Basel, Genf und Zürich fahren musste. So konnte er durch die Schweiz reisen und flüchtende Internierte mit Essen und Zivilkleidern versorgen. Ausserdem brachte er sie zu geheimen Treffpunkten, wo sie von der Résistance übernommen und nach Frankreich geführt wurden.

Sollte die Flucht allerdings scheitern, war mit den Schweizer Behörden nicht zu spassen. Sie stellten sich auf den Standpunkt, die Internierung «fremder Militärpersonen» sei eine humanitäre Geste und der Internierte habe sich «aus freiem Willen in das Gastland» begeben. Wenn er fliehe, «so schadet er dem Lande, welches ihm Asyl gewährte» – er verdiene daher eine strengere Bestrafung als ein Kriegsgefangener, der «sich gegen seinen Willen in der Gewalt des Feindes» befinde und durch seine Flucht dem «Interesse seines Vaterlandes» folge. So rechtfertigte Oberst René Probst vom EKIH nach dem Krieg den Umstand, dass Internierte nach Fluchtversuchen härter bestraft wurden, als es laut dem Genfer *Abkommen über die Behandlung der Kriegsgefangenen* von 1929 zulässig war. Statt Arreststrafen

Bild: privat

von maximal dreissig Tagen wurden sie zu fünf bis sieben Monaten Haft im berüchtigten Straflager Wauwilermoos verurteilt.

Im stacheldrahtumzäunten Barackenlager in der Gegend zwischen Nebikon und Sursee mussten «schwierige Elemente» verschiedener Nationalitäten, durchmischt mit «ehemaligen Ausreissern guten Charakters», ihre Strafe absitzen. Geleitet wurde es seit Juli 1941 von Hauptmann André Béguin, der schon vor dem Krieg als Hochstapler und Betrüger aufgefallen war, sich in der rechtsextremen Nationalen Front engagierte und offen mit dem Naziregime sympathisierte. Später vom Zürcher Divisionsgericht wegen Betrug, Urkundenfälschung, Sichbestechenlassen und Missbrauch der Befehlsgewalt zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt, führte Béguin das Lager mit unmenschlicher Härte.

Internierte wurden in der Schweiz für Fluchtversuche härter bestraft, als es völkerrechtlich zulässig war.

Die Ernährung war mangelhaft, die hygienischen Bedingungen waren katastrophal, Schlafgelegenheiten und sanitäre Einrichtungen praktisch inexistent. Die Insassen litten fast alle an Infektionskrankheiten. Einzelhaft für geringfügige Verstösse gegen Anordnungen des Lagerkommandanten war an der Tagesordnung. Es kam zu schweren sexuellen Misshandlungen. Versuchten Insassen zu fliehen, liess Béguin die Wachmannschaft auf sie schiessen. Der amerikanische Militärhistoriker Dwight Mears, der die Schweizer Internierungspraxis im Kontext des Völkerrechts untersucht hat, sieht in der Schaffung dieses rechtsfreien Raums Parallelen zum Gefangenenlager Guantanamo Bay, das die USA nach dem 11. September 2001 einrichteten.

Die völkerrechtswidrige Bestrafung der flüchtigen Amerikaner eskalierte schliesslich zu einer diplomatischen Krise, die am 29. Dezember 1944 am runden Tisch durch Bundesrat Karl Kobelt und Militärattaché Legge gelöst werden musste. Eigentlich hätte die Schweiz die flüchtenden Internierten auch einfach ziehen lassen können, denn gemäss Artikel 6 des Haager Abkommens von 1907 ist eine neutrale Macht nicht verantwortlich, wenn Leute einzeln die Grenze überschreiten, um in den Dienst einer kriegführenden Partei zu treten. Stattdessen kam das EKIH mit seiner unverhältnismässigen Härte ans Limit seiner Kapazitäten, als die Alliierten Ende August 1944 die Westgrenze der Schweiz erreichten und die internierten Amerikaner in Scharen einen Fluchtweg suchten.

Als am 25. September in den Bergen der erste Schnee fiel und sich der Winter mit unfreundlicher Kälte ankündigte, machte sich im «Camp Wengen» Monotonie breit. Immer mehr G. I. versuchten zu flüchten und sich ins befreite Frankreich durchzuschlagen. Die Schweizer versuchten, der Lage Herr zu werden, indem sie den Amerikanern als Kollektivstrafe die Checks für den Sold sperrten und die Essensrationen kürzten – was deren Motivation auszureissen noch vergrösserte. Am 30. September machte sich auch George Michel ernsthaft Gedanken über eine Flucht und schrieb in sein Tagebuch: «Die Jungs sind in den letzten Tagen wirklich massenhaft abgehauen. Wenn nicht bald Hilfe kommt, werde ich wahrscheinlich einer von ihnen sein.»

Andere Internierte zerbrachen am Druck. James D. Stotts war traumatisiert, nachdem er als Seitenschütze einer B-17 einen mörderischen Luftkampf mit neun deutschen ME-109-Jägern und den Beschuss durch die Schweizer Fliegerabwehr erlebt und am 24. April 1944 in Neftenbach in der Nähe von Winterthur eine Bruchlandung überstanden hatte. Deshalb hatte man ihn schon am 4. September für eine psychiatrische Behandlung nach Bern gebracht. Nach seiner Rückkehr nach Wengen bemerkten seine Kameraden, dass es ihm nicht besser ging, und beantragten eine weitere Behandlung, die von Schweizer Seite abgelehnt wurde. Am 4. Oktober schrie Stotts in seinem Zimmer nach seiner Mutter und stürzte sich aus dem Fenster im vierten Stock. Die Neuigkeit machte umgehend die Run-

Bild: Schweizerisches Bundesarchiv E5330-01#1975/95#27217*



Internierte, die auf der Flucht erwischt werden, landen im berüchtigten Straflager Wauwilermoos. Eine der Baracken auf einer amtlichen Aufnahme von 1944, rechts die Pritschen, links die Latrinen.

de, Michel sah schwarz: «Ich schätze, er hat keine grosse Chance.» Am 16. Oktober erlag Stotts im Spital seinen Verletzungen.

In Wengen war der «Evasionskonflikt», wie es Oberst Probst nannte, in vollem Gang. Auch das breite Ausbildungsangebot für die Internierten, welches das EKIH organisierte (und die amerikanische Gesandtschaft bezahlte), änderte daran nichts. Und auch nicht die Möglichkeit, von Schweizer Armeeangehörigen das Skifahren zu erlernen, die George Michel ausgiebig nutzte. In der Hoffnung, den Fluchtversuchen entgegentreten zu können, ging das EKIH so weit, den Amerikanern Schweizer Zivilisten zuzuteilen, die sie auf Schritt und Tritt begleiteten.

Als Michel und sein Zimmergenosse Joe Burdette die Erlaubnis erhielten, einen Ausflug nach Mürren zu machen, versuchten sie, diese «Swiss ‹SS›», wie sie sie spöttisch nannten, abzuhängen: Sie legten den Abstieg nach Lauterbrunnen zu Fuss in der rekordverdächtigen Zeit von 35 Minuten zurück – quer durch den Wald, meist rutschend. Bei der Wanderung von der Grütschalp nach Mürren vergassen sie ob der spektakulären Schönheit der Berglandschaft für einen Moment den Krieg, und Michel fand es schwer zu glauben, «dass irgendjemand ein Recht darauf hat, in solchen Zeiten so glücklich und zufrieden zu sein». In Mürren wurde das Wandergrüppchen mit grossen Augen von den dort internierten Italienern empfangen. Sie waren nach der Kapitulation ihres Landes ab September 1943 in die Schweiz gekommen, aus Angst vor Massakern der deutschen Wehrmacht, die Norditalien besetzt hielt. Besonderes Aufsehen erregte die B-24, die auf Burdettes Lederjacke aufgemalt war. Die Italiener gaben den Amerikanern den Tipp, in die «Alpenruhe» essen zu gehen – «und Junge, Junge, war das ein guter Vorschlag».

Auf dem Rückweg machte George Michel einen Versuch, sein in einem Kurs frisch erlerntes Französisch in Rationierungsmarken vom Schwarzmarkt umzumünzen, und fragte Passanten: «Avez-vous des coupons pour l'argent?»



Im Winter 1944/45 bieten die hiesigen Behörden den G. I. Skikurse an, aber die helfen wenig gegen den Lagerkoller und die Fluchtgedanken. George Michel (ganz links) vor dem Eiger auf einem Bild aus seinem Tagebuch.

Es funktionierte! Aber auch mit den Marken überkam ihn der Lagerkoller. Zwar rührten ihn die Weihnachtsfeier, die das Hotelierehepaar Reinert im «Regina» arrangiert hatte, und die menschliche Wärme von Frau Reinert, die jedem Internierten ein Stück Seife und ein Paar eigenhändig gestrickte Wollsocken schenkte. Aber als er am Mittwoch, dem 3. Januar 1945, die Geschichte mit den Franken und den Eiern in sein Tagebuch schrieb, dachte er erneut darüber nach, wie lange er noch bleiben sollte.

Schliesslich wurde am Abend des 14. Januar 1945 bei der Vorführung des Films *The Lady Is Willing* mit Marlene Dietrich und Fred MacMurray im Hotel Palace das Heimweh unerträglich. «Es war wohl die Szene um den Hamburgerladen, die den Funken entzündete», schrieb er ins Tagebuch. «Ich glaube nicht, dass ich in der Schweiz noch länger zufrieden sein kann.» Das war der letzte Eintrag. Auf einen linierten Zettel kritzelte er mit Bleistift noch ein paar kaum leserliche Notizen über die nächsten Tage. Die letzte Notiz stammt vom 21. Januar 1945: «Ich werde versuchen, nach Hause zu gehen.»

Am 22. Januar 1945 verliess George Michel Wengen mit dem Zug. In seiner Tasche hatte er eine gefälschte Bewilligung und ein Bahnbillett, von einem Kameraden so kunstvoll abgeknipst, dass es aussah, als sei es schon auf einer Hinfahrt von Bern benutzt worden. So, als Besucher getarnt, konnten Michel und fünf andere G. I. unbehelligt in die Bundesstadt fahren. In seiner Tasche befand sich ein Zettel, auf dem in Handschrift stand: «Felddeg Weg # 1» und «Phone 63641». Das Telefonbuch von 1945 führte unter dieser Nummer folgende Adresse auf: «Légation États-Unis, Attaché militaire section des internés, Feldeggweg 1, 031 6 36 41».

Dort wurden die «escapees» schon erwartet. General Legges Fluchtnetzwerk funktionierte wie geschmiert, die flüchtigen Soldaten waren telefonisch angekündigt worden, und ihre Weiterreise mit der Hilfe französischer Widerstandskämpfer war bereits arrangiert. Sogar die Teams,

Bild: privat; Illustration: Agata Marszalek

die sie von Frankreich aus mit Dakota-Transportflugzeugen nach England bringen sollten, waren benachrichtigt. In der Gesandtschaft konnte sich George Michel Zivilkleider aussuchen. Zu seinem grossen Bedauern musste er sich auch von den «G. I. shoes» trennen, die ihn verraten hätten.

Am nächsten Tag wurde er auf den Zug nach Lausanne gebracht. Dort erwartete ihn ein grossgewachsener Mann in einem schwarzen Ledermantel, der die Gruppe im Gänsemarsch, aber in unauffälligem Abstand an den See brachte. Michels Armbanduhr zeigte 23 Uhr 30, als aus dem nächtlichen Nebel ein Ruderboot auftauchte. Es gehörte Raymond Servoz, einem französischen Fischer. Er ruderte die Gruppe lautlos zur Mitte des Sees, wo sein Bruder Jean-Louis – wie er ein Mitglied der Résistance – auf einem grösseren Fischerboot mit zwei Aussenbordmotoren wartete. Es brachte die fünf durchfrorenen Amerikaner in Windeseile hinüber auf die französische Seite, nach Lugrin, wo im Haus der Servoz eine Tasse heisser Rotwein und ein warmes Bett auf sie warteten.

Am nächsten Tag wurden die G.I. von der amerikanischen Armee nach Annecy gebracht und von dort am 25. Januar weiter nach Lyon, von wo sie mit den von Bern aus bestellten Flugzeugen nach England und kurz darauf zurück in die USA transportiert wurden. George Michel war entkommen. In der Karteikarte, die das EKIH über ihn angelegt hatte, wurde von Hand eingetragen: «23.1.45, évadé». Woher der Beamte die Information hatte, dass er genau am 23. Januar die Schweiz verlassen hatte, ist nicht bekannt.

Fast fünfzig Jahre später schrieb George Michel die Geschichte seiner Flucht aus der Schweiz am Computer nieder, in einem siebenseitigen Dokument für die «Swiss Internees Association», einen Verein ehemaliger Internierter, der mittlerweile aufgelöst wurde, weil er kaum noch Mitglieder hatte. 1991 kehrte Michel nach Wengen zurück und suchte den Fotografen Fritz Lauener auf, um in dessen Fotoarchiv nach Erinnerungen zu suchen. In den folgenden Jahren schrieb er ihm mehrmals, wie viel ihm Wengen und seine Einwohner bedeuteten. Obschon die Schweizer auf sein Flugzeug geschossen und ihn in abgelegenen Bergdörfern gefangen gehalten hatten, war er sein Leben lang froh, einen sicheren Landeplatz gefunden zu haben. Am 26. Februar 2018 starb George William Michel 93-jährig im Beisein seiner Familie.

Die Schweiz hält sich bei ihrer Neutralität bis heute an das Haager Abkommen von 1907. Im Sommer 2022 sorgte das für eine Debatte über die Frage, ob man ukrainische Kriegsversehrte hier gesundpflegen dürfe, ohne sie durch eine Internierung an der Rückkehr in die Ukraine zu hindern. |G|



Jürg Flückiger, Jahrgang 1964, ist Historiker und absolviert einen Masterstudiengang für Geschichtsdidaktik und öffentliche Geschichtsvermittlung an der Pädagogischen Hochschule Luzern und an der Universität Freiburg. Die Tagebücher von George Michel und anderen in der Schweiz internierten Amerikanern verarbeitet er derzeit zu einem historischen Roman.

Weiterführende Literatur

Regula Bochsler und Pascal Derungs: Helden vom Himmel. Dokumentarfilm. CH 1993.

Jörg Friedrich: Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940–1945. München 2002.

Li Gerhalter: Tagebücher als Quellen. Forschungsfelder und Sammlungen seit 1800. Göttingen 2021.

Peter Kamber: Schüsse auf die Befreier. Die «Luftguerilla» der Schweiz gegen die Alliierten 1943–45. Zürich 1993.

Dwight Mears: Interned or Imprisoned? The Successes and Failures of International Law in the Treatment of American Internees in Switzerland, 1943–45. Chapel Hill 2012.

Stephen Tanner: Refuge from the Reich. American Airmen and Switzerland During World War II. Rockville Centre 2000.

Theo Wilhelm: Fremde Flugzeuge in der Schweiz 1939–1945. Uetikon am See 2019.

Daniel Wyss: Notlandung. Dokumentarfilm. CH 2015.

Zurück zur Natur

Der Philosoph Jean-Jacques Rousseau ging zur Zeit der Aufklärung hart mit seinen Zeitgenossen ins Gericht: Die Menschheit habe sich ihrer Natur entfremdet, die Zivilisation nichts als Verderbnis gebracht. Seine radikalen Vorschläge gegen dieses Übel hallen bis heute nach.

Von Volker Reinhardt





1765 flüchtete Jean-Jaques Rousseau auf die Petersinsel im Bielersee. Nach sechs Wochen wurde er von den Berner Behörden aus dem Gebiet verbannt. Gemälde von Johann Joseph Hartmann, 1791.

Wenn sich junge Menschen auf Strassen und Autobahnen festkleben, fallen die konkreten Folgen und die symbolische Botschaft zusammen: So geht es nicht weiter! Der Lauf des Verkehrs und der Lauf der Geschichte müssen gestoppt werden. Die grosse Frage lautet: Lässt sich die Geschichte in eine neue, bessere Richtung umleiten – oder geht der Weg zurück, zu verloren gegangenen Ursprüngen?

Das war schon für den Genfer Philosophen, Literaten und Publizisten Jean-Jacques Rousseau im 18. Jahrhundert eine Frage von Sein oder Nichtsein der Menschheit. Warum ist das Verhältnis zwischen der Zivilisation und der Natur so schwer gestört? Warum zerstört die Menschheit ihre Lebensgrundlagen? Rousseaus Antwort darauf war: Der Mensch hat seine eigene Natur verloren. Erst wenn er sie wiederfindet, kann er das gestörte Verhältnis zu seiner Umwelt wieder ins Gleichgewicht bringen.

> Das Grossstadtleben und die Emanzipation der Frauen waren für Rousseau Zeichen der Dekadenz.

Diese These war für die meisten von Rousseaus Zeitgenossen eine grosse Provokation. Er stellte mit seiner Kritik den Fortschritt der Zivilisation infrage, den die führenden Denker der Aufklärung für ihre Zeit in Anspruch nahmen. Sein Einspruch ist bis heute populär, und bis heute polarisiert er. Es lohnt sich deshalb, seine Beobachtungen über den Menschen und die Welt näher zu betrachten – nicht um darin allgemeingültige oder umstandslos praktikable Lösungen zu finden, sondern um nachzuvollziehen, wie dieser wortmächtige Ideengeber Vorstellungen und Werte mitgeprägt hat, die auch im heutigen Zeitalter der Klimakrise leidenschaftlich diskutiert werden.

Die Mitte des 18. Jahrhunderts war in Europa von grossen gesellschaftlichen Veränderungen und Innovationen geprägt. In den Metropolen florierte das moderne Leben. Frauen setzten sich für Gleichberechtigung ein, und naturwissenschaftliches Denken verbreitete sich zunehmend an der Spitze der Gesellschaft. Für den Nostalgiker Rousseau waren das Erscheinungen einer alles zersetzenden Dekadenz – sie zeigten, wie weit sich der Mensch von seinen natürlichen Anlagen entfernt und damit sich selbst entfremdet habe. Die grosse Frage war in seinen Augen, ob und wie weit sich diese Fehlentwicklungen rückgängig machen liessen. 1762 erschien sein aufsehenerregender Erziehungsroman *Emile oder über die Erziehung,* in dem er Handlungsanweisungen für eine bessere Zukunft gab.

Für die damalige Gegenwart boten sich laut Rousseau nur zwei Lösungen an: entweder aussteigen – oder als Gesellschaft einen radikalen Neuanfang machen. Das Aussteigen machte er in seiner eigenen Lebensführung exemplarisch vor. Er brach mit tradierten Regeln und wurde damit zum Vorbild für alle künftigen Generationen, die mit der überzivilisierten und überregulierten Welt haderten und hadern, vom «Sturm und Drang» über die Romantik bis zu den gegenwärtigen Nachhaltigkeits- und Natürlichkeitsbewegungen. Rousseau entwarf das Bild eines Menschen, der von der Natur gut geschaffen, aber durch die Zivilisation verdorben worden ist.

Wie aber kam es dazu, dass sich ein Theaterdichter und mässig erfolgreicher Musiker aus dem Genfer Kleinbürgertum zum Menschheitslehrer aufschwingen konnte? Worin liegt das Populäre und Populistische seiner Ideen, auf welche Denktraditionen, welche Beweisführung stützte er sich? Und wieso entfaltete sein Gedankengut eine derart grosse Wirkung?

Die ersten viereinhalb Jahrzehnte von Rousseaus Lebensgeschichte bieten wenig Aufregendes. Als Sohn eines Uhrmachers begann er eine Lehre bei einem Graveur, aus der er ein Jahr später ausbrach. Beim Versuch, nach einem Ausflug am späten Abend nach Genf zurückzukehren, fand er die Stadttore geschlossen vor – im Rückblick für ihn ein erster Wink des Schicksals. Er begab sich auf eine unstete Wanderschaft, die ihn über die französische Alpenstadt Annecy

Bild S. 90/91: Schweizerisches Nationalmuseum

nach Turin führte, wo er zum Katholizismus übertrat. Kurz vor dem endgültigen Absinken in Obdachlosigkeit und Armut kehrte Rousseau nach Annecy zurück.

Er zog bei der nach damaligen Massstäben sehr freizügig lebenden Aristokratin Françoise-Louise de Warens ein und erfuhr dreizehn Jahre lang eine zweite Kindheit. Seine neun Jahre ältere Gastgeberin vermittelte ihm Geborgenheit und nahm auf eigenwillige Art Einfluss auf sein Gefühlsleben. Er nannte sie lebenslang «maman», auch nachdem sie den Zeitpunkt für gekommen gehalten hatte, ihn theoretisch und praktisch sexuell aufklären zu müssen – sehr zu seinem Unbehagen. Rousseau hatte eine lebenslange Aversion gegen frei ausgelebte Sinnlichkeit, speziell von Frauen, ein Erbe der strengen Moral des Genfer Reformators Johannes Calvin.

Rousseau machte sich auf dem Anwesen von «maman» als Gärtner nützlich, übernahm diverse kleinere Anstellungen in Annecy und Chambéry, wohin Madame de Warens 1731 übersiedelte, und suchte nach seinen Begabungen und künftigen Tätigkeitsfeldern. Er schildert diese Jahre im ersten Teil seiner *Confessions (Bekenntnisse)* betitelten Autobiografie als eine Zeit der irdischen Seligkeit in einem ländlichen Garten Eden. Seine Tage waren ausgefüllt mit Exkursionen in die Natur und einer autodidaktischen Beschäftigung mit Musik, für die er ein ehrgeiziges neues Notationssystem entwarf.

Aus diesem Paradies wurde er 1742, im Alter von dreissig Jahren, brüsk vertrieben, als «maman» einen leistungsfähigeren jungen Mann für Haus und Bett rekrutierte. Er zog nach Paris, um sich einen Namen als Komponist und Musiktheoretiker zu machen, was misslang. Stattdessen fasste er im Milieu gleichaltriger Intellektueller Fuss und schrieb Artikel für die von den Philosophen Denis Diderot und Jean le Rond d'Alembert herausgegebene *Encyclopédie,* das vielbändige Hauptwerk der kritischen Aufklärung. Dass sich der Zuzüger aus der Provinz so schnell integrierte, ist erstaunlich. Er selbst erklärte es sich im Rückblick so, dass er sich beim Arbeiten fremdbestimmen liess und seine eigene Weltsicht noch nicht gefunden hatte.

Fünf Jahre nach seiner Ankunft in Paris folgte das Erweckungserlebnis: 1749 sah Rousseau in der Zeitung eine Preisfrage, die die Akademie von Dijon ausgeschrieben hatte. Ähnlich heutigen Quizshows verliehen die Gelehrtengesellschaften im 18. Jahrhundert Preise für die Beantwortung von philosophischen Fragen, mit dem Ziel, den öffentlichen Diskurs und eine aufgeklärte Wertegemeinschaft zu fördern. Nun also wollte die Akademie von Dijon wissen, «ob der Fortschritt der Wissenschaften und Künste zur Läuterung der Sitten» beigetragen habe. Rousseau deutete es später als Zeichen der Vorsehung: «Als ich das las, sah ich ein anderes Universum und wurde ein anderer Mensch. Meine Gefühle passten sich mit unfassbarer Schnelligkeit der Tonlage meiner Ideen an. Alle meine kleinen Leidenschaften wurden von der Begeisterung für die Wahrheit, die Freiheit und die Tugend erstickt, und das Erstaunlichste daran ist, dass sich diese Aufwallung vier oder fünf Jahre in meinem Herzen so glühend bewahrte, wie sie vielleicht in keinem anderen Menschenherzen jemals lebendig gewesen ist.»

Sein damaliger Freund Denis Diderot hatte die Episode anders in Erinnerung: Rousseau sei unsicher gewesen, was er schreiben sollte, und er habe ihm geraten, die mit der Preisfrage verknüpften Erwartungen zu unterlaufen. Das tat Rousseau in seiner preisgekrönten Antwort, die ihn über Nacht berühmt machte: Die Welt sei im 18. Jahrhundert, das man für den Gipfelpunkt der Geschichte hielt, nicht besser, sondern schlechter geworden.

Fünf Jahre später schrieb die Akademie von Dijon erneut eine Preisfrage aus. Diesmal wollte sie wissen: Warum sind nicht alle Menschen gleich, und ist diese Ungleichheit vielleicht in Ordnung? Auch diesmal fiel Rousseaus Antwort radikal aus: Historisch betrachtet, sei Eigentum nichts anderes als Diebstahl. Von jetzt an stand er wie kaum ein anderer Publizist im Sturm der öffentlichen Meinung. Angeekelt von den Anfeindungen und der intellektuellen Schickeria von Paris, zog er sich in die Gartenhäuser adliger Protektorinnen und Protektoren zurück, zusammen mit seiner Lebensgefährtin, der Wäscherin

Thérèse Levasseur, mit der er fünf Kinder hatte, die das Paar auf seine Initiative samt und sonders im Pariser Findelhaus abgab.

In dieser Zeit verfasste Rousseau seine Hauptwerke. Sein Briefroman *Julie oder Die neue Heloise* erschien 1761; *Emile oder Über die Erziehung* sowie sein politisches Hauptwerk, der *Contrat social*, kamen ein Jahr später heraus. Rousseau sprach den sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kirchlichen Verhältnissen darin mit beispielloser Radikalität die Legitimation ab. Die Publikationen lösten eine Verfolgungswelle aus, die niemanden überraschte, ausser Rousseau selbst, und ihn ins Exil trieb: erst nach Môtiers im damals preussischen Neuenburg, dann auf die Petersinsel im Bielersee (die wirklich noch eine Insel und nur per Boot erreichbar war), schliesslich nach England und am Ende wieder nach Paris, wo man ihn trotz Haftbefehl duldete.

All seine späteren Werke sind Rechtfertigungs- und Verteidigungsschriften. Ab Mitte der 1760er Jahre war Rousseau zunehmend von der Angst beherrscht, dass seine einstigen Freunde Denis Diderot und der Schriftsteller und Enzyklopädist Melchior Grimm zusammen mit mächtigen Politikern eine Intrige gegen ihn angezettelt hatten, die er als Einziger nicht zu durchschauen vermochte. Die tatsächlich erlittene Verfolgung mischte sich mit der Wahnvorstellung einer universellen Verschwörung. Am Ende von Leben und Werk, in der ersten der zehn postum veröffentlichten *Träumereien des einsamen Spaziergängers,* steht ein Aufschrei: «So bin ich denn alleine auf der Welt und habe keinen Bruder, keinen Nächsten, keinen Freund und keine Gesellschaft ausser mir selbst.»

Bereits in seiner Autobiografie hatte Rousseau sein Leben in pathetischen Tönen mit seinem Werk verknüpft. «Ich will meinesgleichen einen Menschen in der ganzen Wahrheit der Natur zeigen», stand dort, «und dieser Mensch werde ich sein.» Das hiess in anderen Worten, dass sich alle anderen Menschen derart weit von der Natur entfernt hatten, dass sie den natürlichen Menschen gar nicht mehr erkennen, geschweige denn beschreiben konnten. Oder wieder mit Rousseau: «Ich bin so beschaffen wie kein anderer von denen, die ich gesehen habe.» Damit war ein schwindelerregend hoher Anspruch erhoben: Rousseau war der einzige Mensch, der so war und sich so darstellen konnte, wie ihn die Natur geformt hatte – eine Natur, die ihrerseits das Werk eines gütigen Schöpfergottes war. An seinen Wesenszügen liessen sich die Absichten des Allmächtigen ablesen. Rousseau verstand es als seine Pflicht, seinen Mitmenschen den Spiegel vorzuhalten und sie über ihre Entfremdung von der Natur aufzuklären.

Diese Haltung unterschied sich radikal von jener der tonangebenden Aufklärer des 18. Jahrhunderts. So unterschiedlich ihre Anliegen und Positionen auch sein mochten, in einem waren sich die Aufklärer einig: Nach einem langen Irrweg der Ignoranz und des Fanatismus, in einer Ära, die man nun als «Mittelalter» abqualifizierte, hatte Europa im 18. Jahrhundert ein neuartiges Stadium der Rationalität, der Wissenschaftlichkeit und der empirischen Welterforschung erreicht. Das weckte berechtigte Hoffnungen, dass in näherer Zukunft Aberglauben und Intoleranz überwunden werden konnten. Ein gerechter, auf Gewaltenteilung beruhender Staat unter intellektueller Führung, mit freier Presse und einer offenen Zivilgesellschaft werde es allen Menschen ermöglichen, ihre Fähigkeiten zu entfalten und je nach ihren Leistungen aufzusteigen.

Diese Grundsatzüberzeugungen stellte Rousseau in seiner Preisschrift über den Nutzen des Fortschritts – später als *Abhandlung über die Wissenschaft und Künste* publiziert – infrage. Sie ist eine Anklage gegen den Prozess der Zivilisation, und er beginnt sie mit einem der Fanalsätze, die sein literarisches Markenzeichen wurden: Wissenschaften und Künste seien die «Blumengirlanden um die eisernen Ketten» der versklavten Menschheit. Sie töteten das ursprüngliche Gefühl für Würde und Freiheit und verkehrten diese hohen Empfindungen ins Gegenteil, so dass die Unterdrückten ihre Unterdrücker lieben lernten.

Künstler und Wissenschafter betrachtete Rousseau als gefügige Kreaturen und Kostgänger der Tyrannen, deren Macht sie rechtfertigten. Sie stellten Tugenden als Laster und Laster

Bild: Schweizerisches Nationalmuseum



Das Buch der Natur gilt es in Wald und Wiesen zu studieren: Botanische Lektionen stehen am Beginn von Rousseaus natürlicher Erziehungslehre. Die Radierung zeigt den Philosophen in der Natur, um 1790.



Rousseau nannte sie «maman»: Die Baronin Françoise-Louise de Warens. Aquarell des Genfer Arzts Hippolyte Gosse aus dem 19. Jahrhundert.

als Tugenden dar, zwangen die Menschen dazu, Masken zu tragen, und entfremdeten sie ihrer wahren Natur. Vorausgegangen sei dem ein Sündenfall: «Völker, wisset also ein für alle Mal, dass die Natur euch vor den Wissenschaften schützen wollte, so wie eine Mutter eine gefährliche Waffe aus den Händen ihres Kindes reisst» – doch darauf wollte die Menschheit offenbar nicht hören. Erst am Ende seiner Abhandlung gibt Rousseau eine Ahnung davon, dass es mit dem Verlauf der Geschichte doch eine kompliziertere Bewandtnis haben könnte: «Woraus entstehen all diese Missbräuche, wenn nicht aus der unheilvollen Ungleichheit, die die Wertschätzung der Talente und die Erniedrigung der Tugend unter den Menschen verbreitet haben?»

Dieser Verkehrung der Werte war die zweite, nicht mehr preisgekrönte Abhandlung gewidmet, die Rousseau auf die Frage nach den Ursachen und der Rechtmässigkeit der Ungleichheit hin verfasste. Darin verfolgte er die Geschichte der Menschheit bis zu ihrem «Naturzustand» zurück – nicht um zu einem absoluten Nullzustand zurückzukehren, was er für unmöglich hielt, sondern um die Entwicklung zu bewerten. Um den verlorenen Ursprung zu beschreiben, musste Rousseau nur in sein Inneres schauen. Dort fand er das Streben nach Leidlosigkeit und als Gegenstück dazu Mitgefühl und Mitleid mit seinesgleichen – natürliche Regungen, die er in jedem Menschen erhalten glaubte. Dieser Naturzustand sei ein unverbrüchlicher Rechtstitel jedes Menschen und bis in die Gegenwart einklagbar. Mit biblischer Wucht trägt Rousseau diese Offenbarung vor: «O Mensch, in welcher Gegend der Welt du auch leben und was du auch immer denken magst: Hier ist deine Geschichte!» Im Zustand der Natur lebe man wie ein glückliches Tier, ausserhalb der Paarungszeit solitär, von der Hand in den Mund, ohne unbefriedigte Bedürfnisse, ohne Schmerz, ohne den Tod zu spüren.

Dieser vorhistorische Zustand habe geendet, als die Menschen Werkzeuge entwickelten und merkten, dass sie in Gruppen sicherer lebten als allein. Dieses Leben in Kleingruppen und Höhlen sei dem Naturzustand noch sehr nah und daher weiterhin gut gewesen – jeder Mensch war autark und nicht auf die Arbeitskraft seines Mitmenschen angewiesen; Leidenschaften wie Liebe und Eifersucht köchelten auf Sparflamme. Der Sündenfall folgte durch zwei Entdeckungen: dass man aus bestimmten Pflanzen Korn und aus Korn Brot gewinnen kann und dass die Erde Metalle birgt, aus denen sich Pflugscharen und Schwerter schmieden lassen. Beides, so Rousseau, hätte sich verhindern lassen. Dem widerspricht seine These, dass die Fähigkeit zur Weiterentwicklung im Menschen angelegt sei. Trifft das zu, ist es zwingend, dass sie sich auch entfaltet – ein Paradox, auf das kritische Leser wie der Aufklärer und Philosoph Voltaire mit ätzender Ironie verweisen sollten.

Laut Rousseau begann der nächste Entwicklungsschritt der Menschheit mit einem Betrug: «Der Erste, der ein Gelände einzäunte und auf die Idee kam zu sagen: Das gehört mir, und Dumme fand, die ihm das glaubten, war der wahre Begründer der Zivilgesellschaft.» Alles Eigentum sei also unrechtmässige Aneignung. Auf diesem Betrug habe ein zweiter aufgebaut: Die Reichen hätten einen Vertrag entworfen, der die bestehenden Besitzverhältnisse für unantastbares Recht erklärt habe, und die Armen dazu gebracht, die-

Bild: Bibliothèque de Genève

sem zuzustimmen – unter dem falschen Versprechen, dass sie in der neuen Ordnung gleichberechtigt sein würden. Der Pakt machte den Staat zu einem Privatbesitz der Reichen. Sie rissen die Souveränität an sich und regierten mit Willkür. Der Weg in die Masken- und Dekadenzgesellschaft des Hofs war damit gebahnt, der Absturz in Unmoral unaufhaltbar.

So entstand eine Modernität, die in den nachfolgenden Werken Rousseaus auf immer entschiedenere Ablehnung stösst. Sein subjektives Unbehagen angesichts von Industrialisierung, Freihandel, Verstädterung und Wissenschaftsprimat übertrug er pauschal auf den Grossteil der Menschheit: Die Sehnsucht nach einer Rückkehr ins Stadium der frühen Hüttengesellschaften mit ihren harmlosen Passionen und unschuldigen Vergnügungen bleibe in jedem Menschen lebendig. Nur: Wie soll so eine Rückkehr in einen naturnahen Zustand aussehen?

Einen ersten Weg zeigte Rousseau in seinem monumentalen Briefroman *Julie oder Die neue Heloise* auf: Nach mancherlei selbstquälerischen Herz-Schmerz-Episoden, in denen entsagungsvolle Tugend glühende Liebe überwindet, fliehen die beiden Hauptfiguren, die adlige Julie d'Étanges und der bürgerliche Hauslehrer Saint-Preux, nach Clarens an den Genfersee. Dort gibt es zwar auch keine ursprüngliche Natur mehr, aber als Ersatz lässt sich eine künstliche Natur schaffen: mit planvoller Landwirtschaft, mit Freizeitbeschäftigungen, die den Arbeitseifer fördern, und mit einem sittlich einwandfreien Verhältnis der Geschlechter. Auch in der neuen Lebensordnung bleiben Dienstboten und Mägde, was und wo sie sind. Aber das Dienstverhältnis ist nicht mehr durch adelige Arroganz begründet, sondern durch Respekt und Liebe, wie in einer grossen Familie – was die Ausbeutung von Arbeitskraft ungemein erleichtert.

Einen anderen Weg der Rückkehr zur Natur weist Rousseau in seinem Traktatroman *Emile*. Rousseaus Pädagogik ist eine radikale Abkehr von den Normen und Verhaltensweisen der korrupten Adelsgesellschaft, mit dem Ziel, dass der Zögling Emile zu einer ganzheitlichen und autarken Persönlichkeit geformt wird. Das hiess konkret, zuerst die «Gesetze der Natur» in Feld und Wald und Wiesen zu studieren, anschliessend handwerkliche Fähigkeiten und die Lust an körperlicher Tätigkeit zu fördern und dabei jede Form der «Kopfbildung» wie Lesen und Schreiben weit hinauszuzögern. Zu diesem Programm des natürlichen Reifens gehörte für Rousseau auch die Hinwendung zur Religion: Jeder unverbildete Mensch finde den Glauben an seinen gütigen Schöpfer in sich selbst, und er erkenne Gott in der von diesem wundersam gefügten Natur. Aus diesem natürlichen Glauben hätten alle Religionen ein krauses Gemisch unverständlicher Dogmen gemacht und das wahre Bild Gottes bis zur Unerkennbarkeit verzerrt.

Als Emile im Roman älter wird, kommt ein Kapitel über das Wesen der Geschlechter hinzu: Die Natur hat Mann und Frau demnach ungleich geschaffen, den Mann zum Handeln, die Frau zur Sanftheit und Passivität, den Mann zum Begehren, die Frau zum Empfangen. Nichts sei daher unnatürlicher als eine Frau, die philosophiere; weibliche Intelligenz sei nicht abstrakt, sondern praktisch ausgerichtet. Auf dieser – für heutige Leserinnen und Leser schockierend frauenfeindlichen – Grundlage kommt der tugendhafte Emile mit der tugendhaften Sophie zusammen. Die Ehe zerbricht erst an der Gegenwelt des Lasterpfuhls Paris.

Der dritte Weg zurück zum natürlicheren Leben – nach der Idylle am Genfersee und der naturgemässen Erziehung – liegt laut Rousseau in einer gerechten gesellschaftlichen und politischen Ordnung. Diesem Thema widmete er seinen *Contrat social* von 1762. Er beginnt mit dem berühmtesten seiner Fanalsätze: «Der Mensch ist frei geboren, und überall liegt er in Ketten.» Alle bestehenden Staaten beruhten auf Unterdrückung und seien deshalb illegitim. Die einzig statthafte Methode der Staatsgründung bestehe darin, dass alle Bürger einen Vertrag schlössen, und zwar gleichberechtigt, auf Augenhöhe. Das aber könne nur gelingen, wenn sie auch ökonomisch weitgehend ebenbürtig seien. Alle tauschten auf diese Weise freiwillig ihre natürliche Freiheit gegen eine Gleichheit im Staat und vor dem Gesetz ein.

Dazu gehöre, dass die Bürger ihre Souveränität nicht abträten, sondern im Kollektiv ausübten. Der Souverän bestimme die Regierungsform: Monarchie, Aristokratie oder Demokratie. Jede Regierung sei strikt an die Weisungen des Volks gebunden, neige aber gesetzmässig dazu, die Hoheitsrechte nach und nach an sich zu reissen. Um das zu verhindern, müsse der Souverän Vorsorge treffen: durch häufiges Zusammentreten und aktive Ausübung seiner Hoheit.

Entscheidend für die Lebensfähigkeit des so gebildeten Staats sei die «volonté générale», der Gemeinwille. Rousseau verstand ihn als Übereinstimmung in Zielen und Werten, er ist also nicht mit dem Mehrheitswillen zu verwechseln. Der Gemeinwille könne beim Niedergang eines Staats auch nur von einer kleinen Minderheit vertreten werden – während der Französischen Revolution leiteten die Jakobiner um Maximilien de Robespierre daraus den Führungsanspruch einer revolutionären Avantgarde ab. Im Gesellschaftsvertrag übereignet sich der Einzelne der Gemeinschaft vollständig; er stimmt sogar seinem Todesurteil zu, sollte er sich gegen den Geist dieser Übereinkunft vergehen. Der Ersatz für die natürliche Freiheit ist also ein Staat, der zwar auf Gleichheit beruht, dafür jedoch jede Form von Abweichung und damit Individualität rigoros unterdrückt.

> In Rousseaus idealem Staat wird jede Form von Abweichung und Individualität unterdrückt.

Damit ist Rousseaus politisches Modell untauglich für eine moderne Demokratie, die auf Meinungsfreiheit, Pluralismus und Kompromissen zwischen unterschiedlichen Interessen beruht. Zudem sind in seinem Gesellschaftsvertrag nicht alle Menschen Bürger – die Frauen sowieso nicht, aber auch nicht alle Männer. Vorbild für Rousseaus Idealstaat war die Republik Genf, wie sie in einer von ihm imaginierten idealen Vergangenheit einmal gewesen sein soll, als die gehobene Mittelschicht und die reicheren Kaufleute einträchtig zusammen regierten.

Hoch aktuell ist hingegen Rousseaus Kritik am Parlamentarismus. Dass Souveränität – heute würde man sagen: Demokratie – mehr sein muss, als alle vier oder fünf Jahre einen Wahlzettel auszufüllen, deckt sich mit dem Unbehagen angesichts der Bürgerferne der Politik und der Politikverdrossenheit der Regierten im 21. Jahrhundert. Bereits im 19. Jahrhundert hat diese Kritik dazu beigetragen, die rein parlamentarisch angelegte schweizerische Bundesverfassung von 1848 in den Jahren 1874 bis 1891 zur Referendumsdemokratie weiterzuentwickeln.

Von allen Thesen Rousseaus hatte allerdings nicht jene zum Gesellschaftsvertrag die stärkste Wirkung auf unsere Gegenwart, sondern seine hymnisch vorgetragene Verkündigung, dass der Mensch von Natur und damit seinem Wesen nach gut sei. Und dass er gut bleiben könne, wenn er nach den Prinzipien der Natur erzogen werde. Die Pädagogik Johann Heinrich Pestalozzis, der seine Hauptwerke vor und während der Französischen Revolution veröffentlichte und die Erziehungstheorie über Generationen hinweg prägte, geht auf Rousseaus *Emile* zurück. Auch Pestalozzi wollte Verstand, Gemüt und Körper ganzheitlich ausbilden.

Das Lob der Natur ist eine Erscheinung der Neuzeit; im Mittelalter war die Natur als potenziell gefährlich wahrgenommen worden, als Ort des Sündenfalls und des Bösen. Eine positive Bewertung der Natur bahnte sich erst im 17. Jahrhundert an: Immer mehr Theologen rückten von der Theorie der Erbsünde ab, auch das Menschenbild hellte sich auf. Der selbstverschuldet aus dem Paradies vertriebene Mensch wurde nicht länger als Spielball seiner inneren Neigung zum Bösen verstanden. Nach René Descartes, dem Begründer des Rationalismus, war der Kosmos von Gott nach physikalischen Gesetzen perfekt geschaffen; der Philosoph Gottfried Wilhelm Leibniz sprach gar von der «besten aller möglichen Welten». Doch mit so anrührender Wortgewalt wie Rousseau hat niemand das

Illustration: Agata Marszalek

strahlende Bild der Schöpfung und des Menschen gepredigt: Er wurde der wirkungsmächtigste Wortführer der perfekten Natur.

Einwände blieben von Anfang an nicht aus, und sie mehrten sich im 19. und 20. Jahrhundert. Gehörten nicht auch Krankheiten und Katastrophen zur Natur, und bestand deren Prinzip nicht in einem unbarmherzigen Fressen und Gefressenwerden, im Kampf ums Überleben? Die von Charles Darwin 1857 wissenschaftlich erhärtete Theorie der Evolution widersprach Rousseaus Bild der Natur diametral. Und wie liess sich der Tsunami, der nach einem Erdbeben am 1. November 1755 Lissabon und grosse Teile Nordafrikas verwüstete, mit dem Bild eines gütigen Schöpfers der idealen Natur vereinbaren? Darüber diskutierte das intellektuelle Europa damals leidenschaftlich. Rousseaus Diagnose lautete: Wenn die Portugiesen im Hüttenzustand geblieben wären, wären nicht tonnenschwere Dächer über ihnen zusammengebrochen. Schuld war die vom Menschen gegen alle Warnungen der Natur errichtete Zivilisation.

Rousseaus Kulturpessimismus und seine Verherrlichung der Natur hatten grossen Einfluss auf die europäische Romantik des 19. Jahrhunderts. Sie träumte von einer Wiederversöhnung von Mensch, Gott und Natur. Dass Rousseau zugleich die Schreckensherrschaft der Jakobiner in Frankreich als Ideengeber, ja Chefideologe beeinflusst hat, ist kein Widerspruch: Auch Robespierre und seine Mitstreiter wollten eine ökonomische und soziale Dynamik rückgängig machen, die sich seither als unumkehrbar erwiesen hat. Ihren verbindlichen Tugendkanon nach dem Vorbild von Rousseaus Gemeinwillen setzten sie 1793 und 1794 mit Terror durch.

Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts machte es sich der atheistische Philosoph Marquis de Sade zur Lebensaufgabe, Rousseaus Menschenbild zu widerlegen. Er schrieb Romane, in denen das lebenskräftige Böse über das schwächliche Gute triumphierte. Scheusale beiderlei Geschlechts rechtfertigten ihre Grausamkeiten damit, dass die Natur ihnen die Neigung zum Quälen ihrer Mitmenschen eingegeben habe, es also so und nicht anders gewollt habe. Laut de Sade ist der Mensch für die Natur nicht mehr wert als ein Insekt – Zerstörung ist ihr Prinzip.

Heute stellen sich die Fragen, an denen Rousseau sich ein Leben lang abgearbeitet hat, mit neuer Dringlichkeit: Kann es einen Weg zurück zu verloren gegangenen Ursprüngen geben, oder liegt die Lösung im gesellschaftlichen und technologischen Fortschritt? Ist die Verklärung der Natur im Zuge der Klimabewegung zu einem Religionsersatz geworden, der einen differenzierteren Blick auf die menschlichen Lebensbedingungen verhindert? Lässt sich das gestörte Verhältnis zur Umwelt beheben, ohne auf Fragen der gesellschaftlichen Ungleichheit einzugehen? Es ist Rousseaus Verdienst, dass wir diese Fragen stellen und so leidenschaftlich diskutieren. Die Antworten müssen wir selbst finden. |G|



Volker Reinhardt, Jahrgang 1954, ist Professor für Allgemeine und Schweizer Geschichte der Neuzeit und hat an der Universität Freiburg gelehrt. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte Italiens, Frankreichs und der Schweiz. Zuletzt sind im Verlag C. H. Beck *Voltaire. Die Abenteuer der Freiheit* (2022) und *Montaigne. Philosophie in Zeiten des Krieges* (2023) von ihm erschienen. Anfang 2024 erscheint eine Biografie von Giordano Bruno. Eine Biografie von Jean-Jacques Rousseau ist für das Jahr 2026 geplant.



Weiterführende Literatur

Thomas Lau, Volker Reinhardt und Rüdiger Voigt (Hg.): Der Bürger als Souverän. Jean-Jacques Rousseaus Lehre von der «volonté générale» im Spiegel der Zeit. Baden-Baden 2018.

David Rosenfeld: Rousseau’s Genevan Politics. An Essay in Historical Interpretation. New York 1993.

Magdalena Scherl: Ersehnte Einheit, unheilbare Spaltung. Geschlechterordnung und Republik bei Rousseau. Bielefeld 2016.

Jean Starobinski: Rousseau. Eine Welt von Widerständen. Frankfurt am Main 1993 (Original: Jean-Jacques Rousseau. La transparence et l’obstacle. Paris 1971).

Raymond Trousson: Jean-Jacques Rousseau. Paris 2003.

Die Ameise

Billionen von Tieren leben auf der Erde, aber nur wenige haben sich im Lauf der Jahrmillionen so erfolgreich ausgebreitet wie die Ameisen. Das beeindruckt die Menschen: Seit je suchen sie in den Nestern der Insekten nach Vorbildern für ihre eigenen Staaten.

Text Claudia Mäder **Bild** Marta Zafra



Es war einmal ein Bauer, der einfach nicht genug Korn haben konnte. Mehr und immer mehr wollte der Mann ernten und horten, und also begann er das Feld seines Nachbarn zu plündern. Dieser Diebstahl blieb nicht unbemerkt: Zeus, der Göttervater, sah das Treiben des Mannes – und verwandelte ihn zur Strafe in eine Ameise. Fortan war dieses Tier in der Welt. Winzig klein und auf sechs Beinen krabbelnd, hatte es jede menschliche Form verloren. Doch den Charakter des Bauern hat die Ameise beibehalten: Wo und wann man sie trifft, immer rafft sie Nahrung zusammen. Diese Geschichte zirkulierte im antiken Griechenland. Sie fand Eingang in die Fabelsammlung des legendären Dichters Äsop und hielt auf poetische Weise fest, was damals viele Zeitgenossen als gewiss erachteten: Mensch und Ameise sind in ihrem Verhalten so ähnlich, dass die eine aus dem anderen entstanden sein könnte.

Natürlich hat die Ameise weder den Menschen noch dessen Götter gebraucht, um ihr Leben auf der Erde zu beginnen. Das Insekt existierte, lange bevor es erste Vertreter unserer Gattung gab – die ältesten, in Bernstein konservierten Exemplare sind rund hundert Millionen Jahre alt. Seit der Kreidezeit haben sich die Ameisen auf der ganzen Welt ausgebreitet, und dies mit stupendem Erfolg. Laut Schätzungen gibt es heute 10 000 Billionen von ihnen, eine schwindelerregende Zahl, die etwas fassbarer wird, wenn man sie in Tonnen umrechnet: Alle Ameisen der Welt sollen ungefähr gleich schwer sein wie die Gesamtheit der Menschen. Dass sich diese Tiere derart durchsetzen konnten, führt man auf ihre Lebensweise zurück. Wie manche Bienenarten gelten die Ameisen als soziale Insekten: Sie kommen nur in grossen Gemeinschaften vor und haben dort spezifische Rollen. Während ein einziges Weibchen den Nachwuchs produziert, versorgen Scharen von Arbeiterinnen die Larven, beschaffen Nahrung oder bauen das Nest. Diese kooperative Organisation, so der Befund der Forschung, hat den Ameisen einen evolutionären Vorteil verschafft gegenüber vielen solitär lebenden und daher fragileren Tieren.

Die besondere Lebensform ist den Naturbeobachtern schon früh aufgefallen. In seiner *Tierkunde* rechnete Aristoteles die Ameise als «Zoon politikon» zu denjenigen Wesen, «deren Werk ein einziges und allen gemeinsames ist». Zu dieser Kategorie der sozialen Tiere gehörten laut dem Griechen auch die Biene, die Wespe, der Kranich – und allen voran der Mensch. Ihm räumte Aristoteles eine Sonderstellung ein, wie in seinem staatsphilosophischen Werk *Politik* deutlich wird. Der Mensch, schreibt er dort, sei «in weit höherem Mass» ein «Zoon politikon» als die anderen Genannten, denen mit Sprache und Vernunft die Grundbedingungen für einen echten Staat fehlten. Diesen Einschränkungen zum Trotz: Aristoteles' Einteilung hat die Basis gelegt für weitreichende Vergleiche zwischen Menschen und Ameisen. Nicht mehr nur in ihrem individuellen Verhalten wurden die emsigen Tiere als nahe Verwandte unserer eigenen Spezies gesehen. Auch die Organisation ihres Kollektivs galt von nun an als exemplarisch und wurde über

Jahrtausende hinweg als Lehrstück präsentiert: Im Reden über den Ameisenhaufen spiegeln sich die Staats- und Gesellschaftskonzepte aller Zeiten.

Natürlich, manche Menschen interessierten sich auch auf ganz praktische Weise für die Tierchen. Heilerinnen wie Hildegard von Bingen probierten sie als medizinischen Wirkstoff aus, und vielen Bauern brachten sie einen Zustupf ein. Als «Ameisler» sammelten sie die Puppen der Insekten im Wald, um sie auf den Märkten als Futter an Vogelhalter zu verkaufen. Aber auch wenn diese Nebeneinkünfte mancherorts bis ins 20. Jahrhundert von Bedeutung blieben: Die unbestrittene Hauptrolle haben die Ameisen in der Gedankenwelt der Menschen gespielt. Genauso wie den Griechen und Römern sind sie auch Juden und Christen als Vorbild an Fleiss erschienen. Beim verwandelten Bauern aus Äsops Fabel mag die übereifrige Nahrungssuche an Gier erinnern. Im Allgemeinen aber wurde das Tun der Tiere positiv gewertet. In weiser Voraussicht, hiess es bei römischen Naturforschern, sorge die Ameise vor; unermüdlich und selbst nachts lege sie Vorräte an, um für karge Zeiten gerüstet zu sein. An diesem Wesen hatte sich der Mensch zu orientieren, wie unter anderem die Autoren des Alten Testaments mitteilten: «Gehe hin zur Ameise, du Fauler, siehe ihre Weise an und lerne!»

Den Arbeitseifer fand man umso bemerkenswerter, als die Insekten offenbar herrenlos waren. «Sie, die keinen Richter, Vorsteher und Gebieter hat, sie bereitet im Sommer ihr Brot», ist in den *Sprüchen* des Salomo zu lesen, und ähnlich hat sich auch Aristoteles geäussert. Er bezeichnete die Ameisen als «anarch», als Tiere «ohne Anführer» – im Unterschied zu den Bienen, deren Schwärme man von einem «König» regiert sah. In Tat und Wahrheit sind Bienenstock und Ameisenhaufen ähnlich strukturiert. Das zentrale, für die Reproduktion zuständige Tier ist den frühen Forschern aber offenbar nur bei den Bienen aufgefallen, die folglich zum Sinnbild der Monarchie aufstiegen. Die führerlose Organisation der Ameisen mochte Bewunderung wecken, das Ideal jedoch bildete der angeblich hierarchisch regierte Bienenstaat – bis sich die Zeiten änderten. In der Aufklärung entwickelte sich das Ameisennest zum republikanischen Gegenmodell. Voltaire etwa entdeckte bei diesen Tieren, bei denen ein jedes für das Wohl des Ganzen arbeite, eine «hervorragende Demokratie», und in der Schweiz stellte eine Zeitschrift zur Zeit der napoleonischen Wirren nüchtern fest, dass die Ameisen den Menschen in Sachen Staatsstabilität noch einiges voraushatten: «Die freien Republiken der Ameisen bestehen noch bis auf den heutigen Tag, während schon manche menschliche Republik zu Grunde gieng.»

Eigentlich wäre in der Aufklärung ein rationalerer Blick auf das Tier möglich gewesen. Denn inzwischen hatten sich verschiedene Naturwissenschafter darangemacht, die Insekten mit Mikroskopen zu studieren und das Verhalten verschiedener Arten exakt zu beschreiben. Doch neue Erkenntnisse vermochten die alten Bilder kaum zu verdrängen. Zwar wurde in der Frühen Neuzeit klar, dass Ameisen keine Vorräte sammeln, um im Winter davon zu zehren – weil sie dann in Starre ver-

fallen und gar keine Nahrung brauchen. Das Image als umsichtige Vorsorger blieb den Tieren trotzdem erhalten: Als im 19. Jahrhundert Spargesellschaften fürs Volk aufkamen, war «Ameise» einer der beliebtesten Namen, die sich die Vereine gaben. Auf noch frappantere Weise setzten sich die herkömmlichen Deutungsmuster auf der Ebene von Staat und Gesellschaft durch: Neues Wissen über die Ameisen, das die Forschung generierte, wurde stets auf menschliche Ordnungsformen übertragen. 1810 zum Beispiel legte der Schweizer Insektenkundler Pierre Huber in einer Studie dar, dass manche Ameisenarten ausziehen, um Individuen anderer Arten zu fangen, in ihr Nest zu bringen und sie dort als Arbeiterinnen einzusetzen. Alsbald tauchte diese Erkenntnis als Argument in den Diskussionen um den Sklavenhandel auf: Die Ameisen zeigten, schrieb etwa ein Amerikaner, dass Sklaverei den Gesetzen der Natur entspreche.

Aber auch das Gegenteil von Ausbeutung und Unterdrückung, nämlich vollkommene Gleichheit und absoluten Gemeinsinn, konnte im Ameisennest erblicken, wer das wollte. «Man kann sagen, dass diese Insekten uns eine perfekte Art von Sozialismus vorleben», schrieb Auguste Forel 1874. Der Schweizer Psychiater, Hirnforscher und Sozialist war einer der grössten Ameisenkenner seiner Zeit und hat die Tiere permanent für Vergleiche mit den Menschen herangezogen – die es leider wegen ihres übermässigen Individualismus (noch) nicht schafften, sich «gänzlich mit der Kollektivgesellschaft» zu identifizieren. Und die Übertragungen reichten noch weiter: Alkoholiker glichen laut Forel «degenerierten» Ameisen. Um «Degenerationen» bei den Menschen zu stoppen, setzte der Psychiater auf Eugenik, regelmässig ordnete er die Sterilisation «abnormer» Frauen und Männer an. Wer im Individuum nichts sieht und im Haufen alles, kann solche Eingriffe leicht für statthaft halten.

Die Ameisen mögen so schwer sein wie die Menschen, ihrer Vereinnahmung noch durch die dunkelsten Ideologien standen sie machtlos gegenüber: Die Nationalsozialisten fanden in den Nestern der Insekten den «Totalstaat reinster Prägung» – von der «Selbstaufgabe für die Staatsidee» bis zum Umgang mit «Sozialparasiten» konnten die Menschenverachter alles Mögliche aus dem Dasein der Tierchen ablesen. Seit dem Zweiten Weltkrieg hat sich der Fokus zwar verschoben. In jüngerer Zeit, in der Datenströme die Welt zu lenken scheinen, interessiert vor allem die Frage, wie innerhalb des Ameisengewimmels die Informationen fliessen. Doch ganz verschwunden sind die alten Konzepte mitnichten, das weiss man in der Schweiz am besten: Die Ameise, das vorsorgende Wesen, zierte hier bis vor kurzem die Rückseite der Tausendernote. Auf der Vorderseite war Auguste Forel zu sehen. |G|



Claudia Mäder, Jahrgang 1980, war Redaktorin bei der *NZZ am Sonntag.* Am 1. Februar 2024 übernimmt sie die Leitung von *NZZ Geschichte.*



Weiterführende Literatur

Dominik Berrens: Soziale Insekten in der Antike. Göttingen 2018.

Sarah Jansen: Ameisenhügel, Irrenhaus und Bordell. Insektenkunde und Degenerationsdiskurs bei Auguste Forel, in: Norbert Haas u. a. (Hg.): Kontamination. Eggingen 2001, S. 141–184.

Niels Werber: Ameisengesellschaften. Eine Faszinationsgeschichte. Frankfurt am Main 2013.

Illustration: Jindrich Novotny

Zugaben

106
Werkstatt
Von Lea Haller

110
Empfehlungen

114
Das Buch meines Lebens
Von André Holenstein

Der Sound der Schweiz

Günther Giovannoni leitet das nationale Tonarchiv, die Fonoteca Nazionale Svizzera in Lugano. Hier werden historische Tonträger restauriert – Notenrollen, Schellackplatten, Magnetbänder – und die Aufnahmen in die Zukunft gerettet.

Text Lea Haller **Bild** Loreta Daulte

Es knistert und rauscht ein wenig, aber dann ist sie da, klar und verständlich: die Stimme des Physikers Albert Einstein. Als wäre man dabei, damals am 22. August 1930, als er im Haus der Funkindustrie in Berlin die Eröffnungsansprache zur siebten Deutschen Funkausstellung und Phonoschau hält, Titel: *Völkerverständigung als Aufgabe des Rundfunks*. Zweieinhalb Jahre später wird Hitler die Macht ergreifen. Auf Einstein werden wegen seiner jüdischen Herkunft Attentäter angesetzt, Kopfgeld: 5000 Dollar. Noch aber gilt das freie Wort, und der einst Staatenlose, von 1901 bis 1914 Schweizer Bürger, ein Mann, der jede Form von Nationalismus strikt ablehnt, auch jenen im Tarnanzug des Patriotismus, redet den Anwesenden ins Gewissen, den Äther als Mittel der Demokratisierung zu verstehen.

In Wirklichkeit ist das hier nicht das Haus der Funkindustrie, sondern ein kleiner Raum in der Zentralbibliothek Zürich. Wenn man im zweiten Stock Richtung WC abbiegt und bei der Musikabteilung an der Pforte klingelt, erhält man Zutritt zum Tonarchiv der Schweiz: Hier befindet sich eine von landesweit 55 Hörstationen der Nationalphonothek.

«Wir sammeln das klingende Kulturgut der Schweiz», sagt Günther Giovannoni, der die Phonothek seit 2019 leitet. Ihr Zentrum befindet sich in Lugano, provisorisch untergebracht in einer Villa auf dem Gelände einer städtischen Klinik. 24 Leute arbeiten hier, und die Arbeit wird ihnen nicht so schnell ausgehen. Jährlich werden etwa 20 000 historische Tondokumente angeliefert. Es sind Sachen, die Private auf dem Dachboden finden, die in Archiven oder in Depots von Museen liegen – an Orten, an denen das Know-how und die finanziellen Mittel fehlen, um sie fachgerecht in die Zukunft zu retten. Hinzu kommen jährlich rund tausend neue Aufnahmen, die man für kommende Generationen sichern will. In Lugano werden sie erschlossen, digitalisiert und für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Rund sechs Millionen Tondokumente befinden sich heute im Besitz der Phonothek, auf 550 000 Tonträgern. Die Sammlung umfasst fünf Sparten: klassische Musik, Jazz, Rock/Pop, Volksmusik und Gesprochenes. Rund siebzig verschiedene Trägermedien gibt es. Die Walzen, Rollen, Platten und Bänder lagern im klimatisch streng regulierten Untergrund. Hier kann man sie besichtigen – und erkennt nicht viel.

«Das ist der grosse Unterschied zu vielen anderen Kulturgütern», sagt Günther Giovannoni: «Bei Tonträgern ist die Information nicht unmittelbar zugänglich.» Der Ethnologe, den von jeher eine Begeisterung für die Vielfalt menschlicher Lebens- und Schaffensformen antreibt, war Kurator am Museo delle Culture in Lugano, bevor er zur Phonothek kam. «Ein Objekt liegt offen vor Ihnen. Auch die in einem Buch enthaltene Information können Sie ohne Hilfsmittel lesen, sofern Sie des Lesens fähig sind und die Sprache beherrschen.» Ein Tonträger jedoch offenbart sich nicht. Es braucht ein Abspielgerät.



«Ziel ist eine perfekte Kopie des Originals.» Günther Giovannoni und sein Team digitalisieren historische Tondokumente. Im Archiv der Phonothek, Dezember 2023.

Und so hat man in diesem Haus immer zwei Sorgenkinder: das historische Tondokument – und das Gerät, das es noch lesen kann. «Am schlimmsten sind CD-R», sagt Giovannoni. Die beschreibbare Compact Disc, die in den 1990er Jahren handelsüblich war, hat eine Lebensdauer von rund fünf Jahren; wenn sie nach zwanzig Jahren noch lesbar ist, hat man Glück gehabt. Robuster war die DAT-Kassette, die Sony 1987 auf den Markt brachte. Sie war beliebt, die Information wurde digital gespeichert. Dann kam sie aus der Mode, und 2007 stellte Sony die Produktion von Abspielgeräten ein. Die Phonothek ist zwar noch im Besitz von Geräten, aber die Leseköpfe haben eine beschränkte Lebensdauer, nach rund zweitausend Stunden sinkt die Qualität. Irgendwann wird der Vorrat an Leseköpfen aufgebraucht sein, und dann schweigen die DAT-Kassetten für immer – ausser man gewinnt den Kampf gegen die Obsoleszenz. Zurzeit suchen die Techniker einen Weg, um alte Leseköpfe zu restaurieren.

Weniger gefährdet sind ältere Aufnahmen. Was in Plattenform mit Rillen daherkommt, ist mit einem herkömmlichen Plattenspieler abspielbar – sofern die Platte unbeschädigt ist. Bei seriell hergestellten Platten kann man im Schadensfall allenfalls Ersatz auftreiben. Unersetzlich sind hingegen Unikate: Blättert die Lackschicht einer Acetatplatte oder ist eine Schellackplatte zerbrochen, ist die Toninformation verloren. Beziehungsweise: Sie war verloren – bis ein Mitarbeiter auf die Idee kam, die Information nicht mit einer Nadel abzutasten, sondern mit einer Kamera abzubilden. Zusammen mit externen Experten entwickelte die Phonothek eine Maschine namens Visual Audio: Von der sorgfältig zusammengeklebten Platte wird ein grossformatiger Film belichtet, auf dem die unterschiedlich tiefen und breiten Rillen zu sehen sind. Anschliessend wird die Fotografie gescannt, und dann wandelt ein Computer die grafischen Daten in Ton um. «Es ist eine Art Magie», sagt Günther Giovannoni. «Die Qualität ist nicht die gleiche wie beim Abspielen durch einen Plattenspieler, aber wenn die Platte kaputt ist, ist das die einzige Möglichkeit, die Information zu retten.»

Es sei dem «Spieltrieb des bastelnden und grübelnden Forschers» und der «konstruktiven Phantasie des technischen Erfinders» geschuldet, sagte Einstein 1930 in seiner Rede, dass die Werke «der feinsten Denker und Künstler» nicht mehr einer Elite vorbehalten seien. Das gilt nicht minder für ihren Erhalt: Wer auch nach hundert oder zweihundert Jahren noch wissen möchte, wie die Welt früher klang, muss in versierte Spezialisten investieren. Dabei geht die Expertise der Phonothek über den rein technischen Bereich hinaus: Sie setzt ethische Standards. «Es reicht nicht, ein Gerät zu haben, um etwas zu digitalisieren», sagt Giovannoni. «Es braucht fundierte Kenntnisse: Wie muss man dieses Gerät justieren, kalibrieren, pflegen?» Das Ziel ist eine perfekte Kopie des Originals. Erst nachher kann eine zweite, restaurierte Datei für den Gebrauch erstellt werden, auf der man Nebengeräusche unterdrückt.

Lange Zeit war die Phonothek als privater Verein organisiert. Seit 2016 ist sie eine Sektion der Nationalbibliothek, die zum Bundesamt für Kultur gehört. Für Günther Giovannoni ein richtiger Schritt: «Der Erhalt des nationalen Kulturguts muss eine öffentliche Aufgabe sein.» Verändert hat sich damit die Rechenschaftspflicht, sie gilt nun gegenüber den Steuerzahlern. «Früher hat der Stiftungsrat einfach entschieden: Das machen wir, das ist sinnvoll.» So half die Phonothek etwa, die mexikanische Nationalphonothek aufzubauen. «Ein solcher Transfer von Knowhow wäre auch heute noch wichtig. Gerade in tropischen Ländern mit schlechten Lagerbedingungen droht der Verlust von wertvollem Kulturgut.» Hier steht die internationale Gemeinschaft in der Verantwortung; die Schweiz könnte mit gutem Beispiel vorangehen.

Auch im Bereich des Sammelns hat Giovannoni Pläne. Es sei zwar erst eine Idee, noch kein ausgefeiltes Projekt, aber etwas fehlt bisher im Archiv der Phonothek: Töne aus dem Alltag, sogenannte Soundscapes. Wie klang es einst in einer Weberei, wenn alle Maschinen liefen? Wie auf einem belebten Platz? Oder auf einer von Insekten wimmelnden Wiese? Irgendwer wird es auf einem Tonträger gespeichert haben. |G|

www.fonoteca.ch

Impressum

Ausgabe 50, Februar 2024

Redaktion
Redaktionelle Leitung: Lea Haller
Redaktion: Daniel Di Falco
Art Direction: Claudio Gmür
Bildredaktion: Barbara Stauss
Korrektorat: Andrea Suter, Barbara Walder

Wissenschaftlicher Beirat
Prof. Dr. Irène Herrmann, Universität Genf
Prof. Dr. Caspar Hirschi, Universität St. Gallen
Prof. Dr. Gisela Hürlimann, TU Dresden
Prof. Dr. Sacha Zala, Universität Bern

Ressortleiter Kultur und Geschichte der «NZZ am Sonntag»
Peer Teuwsen

Adresse Redaktion
NZZ Geschichte, Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich
Tel. +41 44 258 11 11, geschichte@nzz.ch

Verlag
Neue Zürcher Zeitung AG, Postfach, CH-8021 Zürich

Leserservice
Tel. +41 44 258 10 00, leserservice@nzz.ch
www.nzz.ch/leserservice

Jahresabonnement

NZZ Geschichte (inkl. E-Paper):
98 Fr. (Schweiz), 107 € (Deutschland und Österreich),
107 Fr. (übriges Ausland)

NZZ Geschichte digital (E-Paper):
98 Fr. (Schweiz), 90 € (Ausland)
Tel. +41 44 258 10 00, go.nzz.ch/geschichte

Einzelheftbestellung (inkl. Mehrwertsteuer und Porto)
19 Fr. (Schweiz und Ausland),
shop.nzz.ch/geschichte, shop@nzz.ch

Anzeigenverkauf
NZZone, Neue Zürcher Zeitung AG
Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich
Tel. +41 44 258 16 98, sales@nzzone.ch, www.nzzone.ch
Predi Vukovic-Häfliger, Product Manager
Tel. +41 44 258 12 62, predi.vukovic@nzzone.ch

Konzept und Creative Direction
Winkreative

Druck
Multicolor Print AG, Baar

Management
Unternehmensleitung: Felix Graf
Projektleitung: Lukas Leuenberger

Nächste Ausgabe
28. 3. 2024

ISSN 2297–2722

Unerhörte Musik

Arno Lücker: 250 Komponistinnen. Frauen schreiben Musikgeschichte.
Die Andere Bibliothek 2023. 648 S., um 65 Fr.



lha. Vielleicht kennen Sie ja Clara Schumann und Fanny Hensel, allenfalls auch Lili Boulanger. Aber Marguerite Canal? Modesta Sanginés Uriarte? Rebecca Clarke? Teresa Procaccini? Der Musikwissenschafter Arno Lücker hat 250 Komponistinnen aufgestöbert, die grossartige Musik geschrieben haben – im 16. und 17. Jahrhundert in den Klöstern, später für die Salons der aristokratischen Gesellschaft, schliesslich für die modernen Sinfonieorchester, für Kammermusiker und Solisten, fürs Schallplattenpublikum und fürs Radio. Jede dieser Frauen hat ihre eigene Geschichte, ihren eigenen Ton. Was sie eint, ist, dass sie nicht aus Verlegenheit komponierten: Sie waren Überzeugungstäterinnen.

Gut eineinhalb Kilogramm wiegt dieses Buch – keine Bettlektüre. Doch wer den 250 vorgestellten Stücken lauscht (die via QR-Code greifbar sind), bleibt ohnehin nicht liegen. Hier wird nicht gezaudert, diese Frauen legen sofort los.

Wissen als Handarbeit

Dominik Erdmann und Stefan Brönnimann: Humboldts Wetterwerkstatt. Die Anfänge der modernen Klimaforschung.
Haupt 2023. 240 S., um 42 Fr.

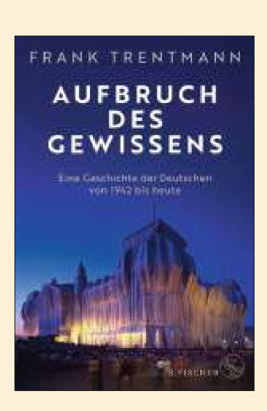
ddf. Wie lässt sich das Klima verstehen? Mit Schere und Leim. So machte es vor über zweihundert Jahren Alexander von Humboldt an seinem Schreibtisch. Der berühmte deutsche Naturwissenschafter und Forschungsreisende begründete auch die moderne Klimatologie – was das hiess und wie er vorging, ganz konkret, zeigen in bester populärwissenschaftlicher Manier der Historiker Dominik Erdmann und der Klimaforscher Stefan Brönnimann anhand der Papiere aus dem Nachlass Humboldts. Weil er sie lose sammelte, konnte er die Beobachtungen über die Natur immer wieder umsortieren und zu neuen Zusammenhängen kombinieren. Zu seiner Wissenschaft gehörte auch, dass er seine Notizen zerschnitt und zusammenklebte. So liess sich veraltetes Wissen entfernen und neues beliebig integrieren.



Die Suche nach der verlorenen Moral

Frank Trentmann: Aufbruch des Gewissens. Eine Geschichte der Deutschen von 1942 bis heute. S. Fischer 2023. 1036 S., um 55 Fr.

lha. «Zuerst kommt das Fressen, dann kommt die Moral», heisst es in Bertolt Brechts *Dreigroschenoper*. Das jedoch tauge nicht als Erklärung für das Schweigen und das Selbstmitleid der Deutschen nach den Greueln des Holocaust, wie der Historiker Frank Trentmann klarmacht: «Ethik ist kein Luxus», auch die Armen «haben moralische Bedenken». Dieses Buch zeichnet den Wandel von Sitten und Sicht-



weisen nach, den «Prozess einer fundamentalen Moralisierung» der Gesellschaft. Denn unmittelbar nach dem Krieg wurde zwar nicht über die Opfer gesprochen – aber geschwiegen wurde auch nicht. Die neue deutsche Ethik war selbstbezogen, nicht politisch. Was ist gut und recht? Diese Frage betraf bald alle Bereiche des öffentlichen Lebens.

Importierte Italianità

Toni Ricciardi: Eine kurze Geschichte der italienischen Migration in der Schweiz. Seismo 2023. 236 S., um 38 Fr.

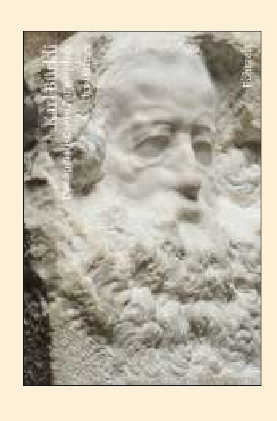


tgs. Es ist eine so gehaltvolle wie «kurze» Geschichte: Der Genfer Historiker Toni Ricciardi schildert jene Zuwanderung, die die Schweiz im 20. Jahrhundert prägte wie keine andere – jene aus Italien. Die Mediterranisierung des öffentlichen Raums, die Begeisterung für den Fussball, die Veränderung der Essgewohnheiten, all das brachten Menschen aus dem südlichen Nachbarland hierher. Zugleich entzündeten sich auch die Kontroversen über das richtige Mass an Zuwanderung an der italienischen Immigration in den drei Jahrzehnten der Hochkonjunktur. Ricciardi bietet einen Überblick, der seine besondere Anschaulichkeit den Quellen der Federazione delle Colonie Libere Italiane in Svizzera (FCLIS) verdankt. Als grösste Ausländerorganisation im Land vertrat sie die Anliegen der Immigranten und förderte die Pflege der Italianità.

Ein besserer Demokrat

Urs Hafner: Karl Bürkli. Der Sozialist vom Paradeplatz. Echtzeit 2023. 216 S., um 44 Fr.

ddf. Es gibt einen Bürkliplatz in Zürich, an bester Lage am See. Aber der gehört nicht Karl Bürkli, sondern einem anderen Spross der Familie, der besser ins Bild der Elite passt, die die moderne Schweiz ab 1848 baute: Emil Bürkli, Stadtingenieur und freisinniger Politiker. Karl dagegen: vom Gymnasium geflogen, in Paris für frühsozialistische Utopien entflammt, Kommunarde in Texas, Milizionär in Nicaragua, dann Wirt im Niederdorf und Volksvertreter in der Stadt und im Kanton. Zum zweihundertsten Geburtstag hat ihm der Historiker Urs Hafner ein Denkmal geschenkt – eine packende Biografie, die klarmacht, dass es neben Alfred Escher und Co. noch andere Helden gab. Karl Bürkli reformierte die Wirtschaftsordnung, als Mitgründer des Konsumvereins (heute Coop) und der Kantonalbank. Und er kämpfte, gegen viele Liberale, für die Realisierung der direkten Demokratie.

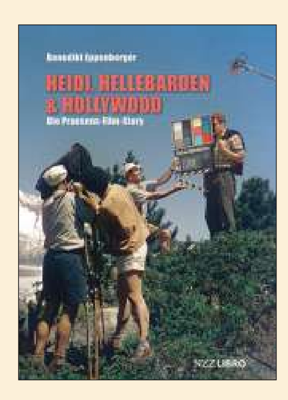


Ein angefeindeter Patriot

Benedikt Eppenberger: Heidi, Hellebarden & Hollywood. Die Praesens-Film-Story. NZZ Libro 2023. 336 S., um 49 Fr.

Ausstellung im Landesmuseum Zürich: Close-up. Eine Schweizer Filmgeschichte. Bis 21. April.

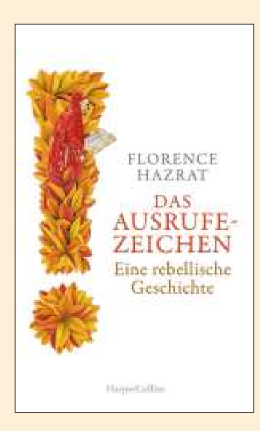
ddf. *Füsilier Wipf.* Oder *Gilberte de Courgenay.* Oder *Heidi.* Man muss in den Annalen des Schweizer Films nicht lange suchen, um die markanten Spuren zu finden, die die Praesens-Film dort hinterlassen hat. Die Produktionsfirma, vor hundert Jahren gegründet, ist bis heute tätig. Eine Erfolgsgeschichte, doch hinter den Kulissen legt Benedikt Eppenberger, Kulturjournalist und SRF-Redaktor, doppelbödige Realitäten frei. So fabrizierte



die Praesens mit ihren Kinohits zwar den kulturellen Zement der Geistigen Landesverteidigung, litt aber zugleich unter Anfeindungen und Repressalien der Behörden: Lazar Wechsler, Firmengründer und «Filmzar der Schweiz» (NZZ), war ein jüdischer Immigrant.

!

Florence Hazrat: Das Ausrufezeichen. Eine rebellische Geschichte. Harper Collins 2024. 224 S., um 28 Fr.



lha. Es ist der Macho unter den Satzzeichen – raumgreifend, pathetisch, exzessiv, ein «emotionaler Verstärker». Die Rede ist vom Ausrufezeichen, das so ungehobelt Aufmerksamkeit für Erfreuliches und Beunruhigendes einfordert, dass seine Kritiker nie weit waren. Der amerikanische Schriftsteller F. Scott Fitzgerald erklärte, ein Ausrufezeichen sei, als würde man über seine eigenen Witze lachen. Auch der Duden-Verlag empfahl 2002, man solle in einem Sachtext «mit dem Ausrufezeichen sparsam umgehen». Bloss kein Überschwang! Doch es gibt auch Verfechterinnen: Die Autorin dieses Buches ist eine von ihnen. Florence Hazrat zeichnet nach, wie das rebellische Zeichen vor etwa 600 Jahren in unsere Sprachen fand und was es seither angerichtet hat – in Popkultur, Berichterstattung und politischer Propaganda.

Israel und Palästina

Saul Friedländer: Blick in den Abgrund. Ein israelisches Tagebuch. C. H. Beck 2023. 237 S., um 28 Fr.

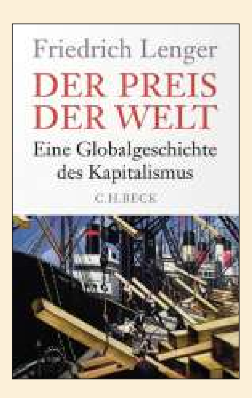
lha. Dieses Buch entstand vor dem 7. Oktober 2023, als die Hamas in menschenverachtender Brutalität 1200 Jüdinnen und Juden abschlachtete, und vor dem darauffolgenden Krieg Israels gegen die Hamas in Gaza mit unzähligen zivilen Opfern. Aber was der in Kalifornien lebende israelische Historiker zwischen Januar und Juli 2023 in einem Tagebuch-Essay festhielt, öffnet den Blick für die historischen Entwicklungslinien des Nahostkonflikts, der auch ein innerisraelischer Konflikt ist. Hoffnung, Leid und Terror, illegale Siedlungen, Rechtsrutsch und ein Kampf gegen die Justizreform: Friedländer analysiert differenziert die tektonischen Verschiebungen. Er zeigt, wieso sich das liberale Judentum in Israel nie durchgesetzt hat. Und er skizziert ein mögliches künftiges Miteinander, mit einem entmilitarisierten palästinensischen Staat.



Expansion und ihre Grenzen

Friedrich Lenger: Der Preis der Welt. Eine Globalgeschichte des Kapitalismus. C. H. Beck 2023. 669 S., um 53 Fr.

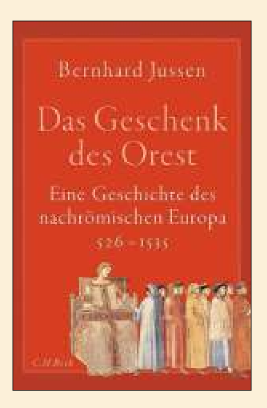
lha. Es liegt im Wesen des Kapitalismus, dass er nicht an Grenzen haltmacht, weder an imperialen noch an nationalen oder kontinentalen. Wie eine Raupe frisst er sich durch immer neue Bereiche und verändert dabei seine Gestalt. Der Historiker Friedrich Lenger zeichnet diese nicht linear verlaufende dynamische Entwicklung nach, vom Handelskapitalismus der Frühen Neuzeit bis in die digitalisierte Gegenwart. Er zeigt, wie «Akkumulationsnetzwerke» in Machtbeziehungen eingebettet waren (und



umgekehrt) und wie sie immer wieder Asymmetrien hervorbrachten: zwischen reichen und armen Ländern, zwischen Metropolen und Peripherien, zwischen jenen, die die Spielregeln auf den globalen Märkten festlegen, und jenen, die sich ihnen fügen müssen.

Revolution von innen

Bernhard Jussen: Das Geschenk des Orest. Eine Geschichte des nachrömischen Europa 526-1535. C. H. Beck 2023. 480 S., um 51 Fr.



lha. Im Altertum gab es kein Wort für Witwe, nur eines für «Frau ohne Mann» (griechisch *chera*, lateinisch *vidua*). Ob diese Frau unverheiratet, geschieden oder hinterblieben war, interessierte nicht. Das änderte sich ums Jahr 400, als die Ehe mit dem Christentum von einem schlichten Zivilstand zu einem Sakrament wurde und die sexuelle Enthaltsamkeit zur seligmachenden Tugend. Die *vidua* war nun die Hinterbliebene, die idealerweise zuerst trauerte und dann in lebenslanger Keuschheit lebte. An solchen Beispielen zeigt der Mediävist Bernhard Jussen, dass die Menschen damals neue Werte schufen – und damit eine neue Gesellschaft. Kein «Untergang» des Römischen Reichs durch den «Einfall der Barbaren» findet hier statt, kein «finsteres Mittelalter» folgt darauf. Es war eine Revolution von innen.

Fortschritt ist farbig

Schweizer Kameramuseum, Vevey: Gustave Eiffel und die Fotografie. Bis 28. April. www.cameramuseum.ch.

ddf. Man kennt den Mann, der der Stadt Paris das meistfotografierte Bauwerk der Welt bescherte, einen 300 Meter hohen Turm aus 18 000 Teilen. Dass Gustave Eiffel aber nicht nur die Kunst des Stahlbaus beherrschte, sondern auch die im 19. Jahrhundert ebenso moderne Technik der Fotografie, zeigt das Kameramuseum in Vevey. Erstmals sind hier die Bilder zu sehen, die der französische Ingenieur in der Stadt am Genfersee aufnahm, wo er 1893 eine Villa kaufte und die Sommermonate verbrachte. Er fotografierte in Haus und Garten, ebenso das Winzerfest von 1905 oder den spektakulären Unfall eines Automobils. Noch spektakulärer aber sind, neben den schwarz-weissen, die farbigen Bilder: Ab 1910 erprobte Eiffel die Autochrom-Technik der Gebrüder Lumière, das erste industrielle Verfahren für Farbfotos. Ein Mann des Fortschritts, an vielen Fronten.



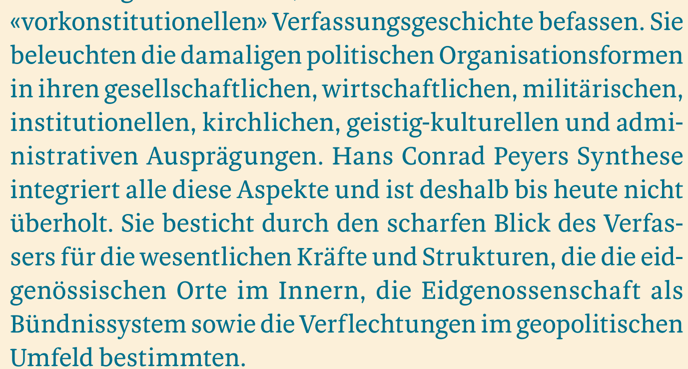
Hans Conrad Peyer: Verfassungsgeschichte der alten Schweiz

Von André Holenstein

«Trochnigi Ruschtig», würde man in Bern sagen. Aber Hans Conrad Peyers *Verfassungsgeschichte der alten Schweiz* von 1978 hat mich als Schweizergeschichtler durchs Leben begleitet und immer wieder beeindruckt. Als konzise Einführung in die Grundstrukturen und zentralen Entwicklungsmomente der «alten Schweiz» vom späten Mittelalter bis zur Gründung der Helvetischen Republik 1798 gehörte sie zu meinen unbedingten Lektüreempfehlungen an die Studierenden.

Die Aufmachung des Büchleins mag zur scheinbar spröden Materie passen. Die einzige Abbildung findet sich auf dem Umschlag: Dort prangt das vom eidgenössischen Wappenkranz umrahmte Reichswappen, gleichsam als programmatische Ansage. Das Motiv stammt aus einer gedruckten Bilderchronik von 1507, der ersten gesamteidgenössischen Geschichte. Sonst finden sich in Peyers Buch weder Karten noch Abbildungen, Grafiken oder Tabellen. Dazu passt die schnörkellose, geradezu lapidare Sprache des Autors, der seinen Gegenstand frei von zeitgeistigem Jargon behandelt, nicht ohne hier und da einprägsame Charakterisierungen einzustreuen. Etwa jene vom Thurgau, der im 18. Jahrhundert «wie ein Museum des Spätmittelalters erscheinen» mochte.

Sicher: In den vergangenen vierzig Jahren sind gewichtige Handbücher und Abhandlungen erschienen, die sich mit dem weiten Feld einer «vorkonstitutionellen» Verfassungsgeschichte befassen. Sie beleuchten die damaligen politischen Organisationsformen in ihren gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, militärischen, institutionellen, kirchlichen, geistig-kulturellen und administrativen Ausprägungen. Hans Conrad Peyers Synthese integriert alle diese Aspekte und ist deshalb bis heute nicht überholt. Sie besticht durch den scharfen Blick des Verfassers für die wesentlichen Kräfte und Strukturen, die die eidgenössischen Orte im Innern, die Eidgenossenschaft als Bündnissystem sowie die Verflechtungen im geopolitischen Umfeld bestimmten.





André Holenstein, Jahrgang 1959, war bis zu seiner Emeritierung im vergangenen Jahr Professor für ältere Schweizer Geschichte an der Universität Bern. 2014 erschien sein Buch *Mitten in Europa. Verflechtung und Abgrenzung in der Schweizer Geschichte* (Verlag Hier und Jetzt).

Illustration: Agata Marszalek

Blättere ich im Buch, staune ich ob des Kenntnisreichtums und der Breite der Fragen, etwa jener nach der politischen Bedeutung des Untertanenprotests. Wer schon immer wissen wollte, warum es die Schweiz noch gibt – jenes Gebilde, das Züge seiner «spätmittelalterlichen staatlichen Struktur bis heute bewahrt hat» –, der findet die Antworten bei Hans Conrad Peyer. |G|


Augusto Giacometti
Freiheit | Auftrag
Aargauer Kunsthaus
27.1. – 20.5.2024
Augusto Giacometti (1877 – 1947), Selbstbildnis, 1910, Schlesisches Landesmuseum, Opava, CZ, Foto: Ludek Wünsch



Tolstoj und die Schweiz: «Diese Natur lässt mich kalt.»

Sein kritischer Blick auf soziale Missstände in der Schweiz

Ab Di 27.2.2024, 17.30 – 19.00 Uhr, 3×